

Das Verfahren vor dem Manngerichte

in bürgerlichen Rechtstreitigkeiten
zur Zeit der bischöflichen und Ordensherrschaft
in Livland.

Eine
zur Erlangung des Grades eines Doctors der Rechte
verfasste und
mit Genehmigung Einer Hochverordneten Juristen - Facultät
der Kaiserlichen Universität Dorpat
zur öffentlichen Vortheidigung bestimmte

Abhandlung

von

Oswald Schmidt,

Magister der Rechte.



Biblioth.
Academ.
Dorpat.

Dorpat.

Gedruckt bei E. J. Karow, Universitäts-Buchhändler.

1865.

Gedruckt mit Genehmigung der Juristen-Facultät der Kaiserlichen Universität Dorpat.

Dorpat, den 5. November 1865.

Nr. 99.

Carl v. Rummel,
d. Decan der Juristen-Facultät.

D 32764

Das deutsche Gerichtswesen hatte sich zur Zeit der Einwanderung der Deutschen nach Livland bereits in reicher Mannigfaltigkeit entwickelt. Kaiserliche und Territorialgerichte, gemeine und besondere Gerichte bestanden in verschiedenartiger Organisation neben einander. Brachten nun gleich die deutschen Einwanderer heimische Rechtsanschauungen, Gewohnheiten und Sitten mit, so war doch eine unmittelbare Uebertragung der deutschen Gerichtsformen unausführbar. Das Resultat einer langen Entwicklung, setzten sie politische und sociale Zustände voraus, die in Livland fehlten. Hier waren es einfache Anfänge, an welche das Gerichtswesen anknüpfen musste. Es war aber, wenn man von der eigenthümlichen Entwicklung der städtischen Verfassung absieht, zunächst ein Verhältniss, welches die Grundlage der rechtlichen Organisation des Landes bildete, — das Lehnverhältniss. Das Lehnswesen, welches gerade damals in hoher Blüthe stand, beherrschte so sehr die Anschauungen der Zeitgenossen, dass die rechtliche Organisation des Landes sich auf dieser Grundlage vollziehen musste. Nur durch Belehnung von Seiten der Landesherren der verschiedenen Territorien, in die sich Livland bald nach seiner Germanisirung unter der Herrschaft der Bischöfe und des Ordens spaltete, konnten die Einwanderer besitzlich werden. Das nächste Bedürfniss führte daher zur Feststellung und Ausbildung des Lehnrechtes, so wie zur Einführung und Ausbildung von Lehngerichten, für welche die nächste Veranlassung in der Verpflich-

tung der Lehnsmannen zum Gerichtsdienste gegeben war. Diese Gerichte wurden nach den versammelten Mannen Manngerichte genannt. Aber eben so wenig, wie das Lehnrecht auf die Dauer die einzige Grundlage des Rechtszustandes verbleiben konnte, ebenso wenig vermochten die Manngerichte sich in der ausschliesslichen Eigenschaft als Lehngerichte zu behaupten. Wie das Lehnrecht durch Aufnahme landrechtlicher Grundsätze sich zum Ritterrechte umgestaltete, so verloren auch die Gerichte, in denen dieses Recht zur Anwendung kam, den Character blosser Lehngerichte. Sie erhielten vielmehr die Bedeutung der gemeinen Gerichte im Lande, neben denen sich besondere Gerichte für einzelne Verhältnisse ausbildeten. Während aber in Deutschland die Landgerichte und Lehnhöfe stets selbständig in dem Verhältnisse von gemeinen und besonderen Gerichten neben einander bestanden, stellten die Manngerichte in Livland eine eigenthümliche Mischung land- und lehnrechtlicher Formen dar, bei welcher freilich die letzteren auch für die Folgezeit die Grundlage bildeten.

Die Ausbildung selbst erfolgte allmählig und zwar in einer Deutschland gegenüber selbständigen Weise. Die Verkenning dieses Entwicklungsganges und die Neigung einheimische Processinstitutionen aus einer unmittelbaren Reception der entsprechenden landrechtlichen Einrichtungen Deutschlands zu erklären, hat zu mehrfachen Irrthümern Veranlassung gegeben.

Die Bedingungen für die Entstehung der Manngerichte lagen in allen Territorien, mit Ausschluss des Bisthums Reval, vor. In diesem war der Grundbesitz verhältnissmässig so unbedeutend, dass die nothwendige Voraussetzung des Manngerichtes, ein Vasallenstand, sich nicht ausbilden konnte. Es musste daher die Art und Weise, in welcher die Streitigkeiten wider die Stiftsgeistlichkeit verhandelt werden sollten, durch be-

sondere Verträge des Bischofs mit der Stadt Reval und dem Ordensmeister geregelt werden ¹⁾. In den Ordensgebieten, mit Ausschluss von Harrien und Wierland, war zwar der Vasallenstand geringer an Anzahl und von minderem Ansehen, als in den bischöflichen Landen, da der Orden den grössten Theil des Landes durch seine Beamten verwalten liess, — nichts destoweniger hat sich das Gerichtswesen in den bischöflichen Territorien (vom Bisthum Reval abgesehen) und in den Ordenslanden in seinen Formen wesentlich übereinstimmend ausgebildet. Dazu trug insbesondere der Umstand bei, dass die Vasallen der einzelnen Territorien, nachdem sie im Laufe der Zeit zu bedeutenden ritterschaftlichen Corporationen geworden, stets bestrebt waren die von einer Corporation errungenen Vorrechte auf die übrigen auszudehnen, woraus sich schliesslich der Grundsatz der Privilegiengemeinschaft für sämtliche Livländische Territorien entwickelte. Ferner war von Einfluss, dass die zweite Instanz überall nach dem Muster des Harrisch-Wierischen Rathes errichtet wurde und dass in dem Landtage sich eine gemeinsame höchste Instanz für alle Territorien ausbildete. Wir werden daher in unserer Darstellung die aus den Rechtsquellen der einzelnen Territorien geschöpften Nachrichten über die Manngerichte zu einem Gesamtbilde vereinigen, in welchem jedoch die ausdrücklich erwähnten Modificationen Berücksichtigung finden sollen.

Was die Quellen unserer Darstellung betrifft, so sind als solche vorzugsweise benutzt: die einheimischen Rechtsbücher, die erhaltenen Urkunden aus der Zeit der bischöflichen und der Ordensherrschaft und der Abriss des Gerichtsverfahrens in Liv-

1) Vergleich des Revaler Rathes mit dem Bischof von Reval vom 14 März 1410. (Urkundenbuch Nr. MDCCCXXV) und Vergleich des Ordensmeisters Wolter von Plettenberg mit dem Bischof von Reval vom Tage Sanctorum Petri et Pauli Apostolorum 1516. (Hupel, n. nord. Misc. Stück 11 und 12, S. 305.)

land vom Ordenssyndicus Fabri. Aus den Rechtsbüchern lernen wir das Gerichtswesen in seiner frühesten Gestalt und in seiner Abhängigkeit von den deutschen, speciell den sächsischen Mustern kennen. Denn wenn gleich einzelne von ihnen ihrer Entstehung nach einer späteren Zeit angehören, so ist doch der in ihnen gesammelte Rechtsstoff den älteren Quellen entlehnt. Wir werden aus der Zahl derselben vorzugsweise das sg. mittlere Ritterrecht ²⁾ in Berücksichtigung ziehen, weil die älteren Rechtsbücher mehr oder weniger vollständig in dasselbe übergegangen sind. Die Rechtsbücher bilden übrigens die am wenigsten sichere Autorität für die Erkenntniss unseres einheimischen Rechtes, da die practische Anwendung aller von den Compilatoren aufgenommenen Rechtssätze erheblichen Zweifeln unterliegt. Dagegen liefern die inländischen Urkunden den zuverlässigsten Beweis für die wirkliche Geltung der darin enthaltenen Rechtsgrundsätze. Ausser dem von Dr. Friedrich Georg von Bunge herausgegebenen, bisher jedoch noch nicht vollendeten Liv-, Est- und Curländischen Urkundenbuch ³⁾ enthält die von demselben und von Baron Toll zu Tage geförderte Est- und Livländische Brieflade ⁴⁾ eine reiche Sammlung von auf das

2) Wir werden im Folgenden die Ausgabe des mittleren Ritterrechts von Buddenbrock in seiner Sammlung der Gesetze des Livländischen Landrechts Bd. I, Mitau 1802, zu Grunde legen, ohne jedoch überall seinen oft willkürlichen, oft auf Missverständnissen beruhenden Emendationen zu folgen.

3) Bis jetzt vier Bände, Reval 1852 bis 1859. Die in das Urkundenbuch noch nicht übergegangenen, von uns citirten Urkunden finden sich abgedruckt: in der Sammlung Livländischer Urkunden in Hupels neuen nordischen Miscellaneen, Stück 7 und 8 S. 239 fg., in der Sammlung der das Bisthum Oesel betreffenden Urkunden, daselbst Stück 9 und 10, S. 424 und in der Sammlung der das Herzogthum Estland betreffenden Urkunden, daselbst Stück 11 und 12 S. 285, ferner in der Urkundensammlung in Ewers Ausgabe der Ritter- und Land-Rechte des Herzogthums Ehsten, Dorpat 1821, und endlich in dem Urkundenanhang zu Ziegenhorns Staatsrecht der Herzogthümer Curland und Semgallen, Königsberg 1772.

4) Der erste Theil, Reval 1856, enthält die Urkunden aus der Dänischen und Ordenszeit.

Ritterrecht bezüglichen Urkunden. In letzterer finden sich, ausser vielen von verschiedenen Manngerichten ausgestellten Urkunden, auch die Protocolle des Harrisch-Wierischen Rathes aus den Jahren 1492 bis 1548. Der von dem Ordenssyndicus Dionysius Fabri nach seiner Angabe in den Jahren 1534 bis 1538 geschriebene Abriss, welcher den Titel führt: *Formulare procuratorum, Proces vnde rechtes Ordeninge, Rechter Arth vnd wise, der Ridderrechte yn Lifflande, sowol yn den Stifften, also yn Harien vnde Wirlande, vnde gemennichlicken ym gebrucke auer gantzem Lifflande. Mutatis Mutandis* ⁵⁾, — enthält eine im Ganzen zweckmässig geordnete Zusammenstellung des in den letzten Zeiten der bischöflichen und Ordensherrschaft üblichen Verfahrens, die einen um so sichereren Führer bildet, als die Angaben Fabri's vielfach durch einheimische Urkunden bestätigt werden. — Die in handschriftlichen Sammlungen Livländischer Rechtsquellen vorkommenden Aufsätze, mit den Ueberschriften: „Ordnung des gehegten Gerichtes“ und „Wie sich der Mannrichter in den gehegten Richten mit seinen Folgern in der Bekreuzigung halten soll“, stimmen mit Ausnahme der Einleitung ⁶⁾ zu dem erstern, mit dem fünften Buche von Fabri's *Formulare* fast wörtlich überein. Wahrscheinlich enthalten diese Aufsätze nicht sowohl Auszüge aus Fabri, als vielmehr den Text einer schon früher verfassten Manngerichtsordnung, deren der Erzbischof Thomas Schöning in seinem Privilegium vom Donnerstag nach Martin Bischof 1531 erwähnt. Dass Fabri dieselbe für sein fünftes Buch über das Bekreuzigungsverfahren benutzt, darauf weist der Umstand hin, dass in dem letztern Gegenstände zur Sprache

5) Wir werden das *Formulare* nach der Seitenzahl der von Oelrichs, Bremen 1773, besorgten Ausgabe citiren.

6) Dieselbe findet sich abgedruckt in Anmerkung 61.

kommen, die nicht in das Bekreuzigungsverfahren gehören, wie: über die Zeit der Gerichtssitzungen, über die Verantwortlichkeit und Wahl der Mannrichter, und die von Fabri zum Theil auch schon früher behandelt sind, so wie, dass sich bei Fabri an einer Stelle ein offenbar unvollständiger Satz findet, der in der Manngerichtsordnung vollständig enthalten ist 7).

Von der neueren Literatur über unsern Gegenstand ist besonders hervorzuheben:

Reinhold von Helmersen, Geschichte des Livländischen Adelsrechtes bis zum Jahre 1561. Dorpat und Leipzig 1836 §§ 25—27, 94—123 und 151.

Geschichtliche Uebersicht der Grundlagen und der Entwicklung des Provinzialrechts in den Ostseegouvernements. St. Petersburg 1845. Besonderer Theil S. 16 fg. und S. 22 fg.

Zum Theil gehören auch hierher:

F. G. von Bunge, Geschichtliche Entwicklung der Standesverhältnisse in Liv-, Est- und Curland bis zum Jahre 1561. Dorpat 1838. S. 64 fg und S. 75 fg, und

Das estländische Landraths-Collegium und Oberlandgericht. Ein rechtsgeschichtliches Bild, Reval 1855. S. 1—32.

7) Vgl. Anmerkung 95.

Erste Abtheilung.

Das Gericht.

I. Die bürgerliche Rechtspflege und deren Organe.

Die bürgerliche Rechtspflege wurde in den einzelnen Territorien im Namen des Landesherrn, — in den Stiften des Bischofs, in den Ordenslanden des Hochmeisters in Preussen und seit dem XVI Jahrhundert des Livländischen Ordensmeisters, — ausgeübt⁸⁾. Der Landesherr ist der gemeine Richter im Lande⁹⁾. Der Richter, den er einsetzt, vertritt seine Stelle¹⁰⁾ und ist gleich ihm gegen jeden Angriff während seiner Amtsführung geschützt¹¹⁾.

Die Gerichtsbarkeit über alle Civilsachen¹²⁾, sofern sie nicht vor die städtischen oder vor die für die Landeseingeborenen bestehenden Gerichte¹³⁾ gehörten, stand sowohl in den bischöflichen als in den Ordenslanden dem Manngerichte, als dem gemeinen Gerichte des Landes¹⁴⁾, zu.

8) Brieflade Nr. 99: „als wir das Gericht sassen unsers ehrwürdigen Hochmeisters von Preussen“, daselbst Nr. 719: „als wir sassen das vollmächtige gehegte Gericht meines Herrn von Dorpat“ u. a. m.

9) Brieflade Nr. 704: „Da unser hochw. Meister unser aller Richter ist.“

10) Mittl. Ritterrecht c. 76. Stedet de Bisschop einen Richter tho richtende an syne stede etc. Das. c. 100: Nen man mach ein Richter syn, sünder vullwort vnde gehete des Bisschops.

11) Fabri-S. 225: Des Manrichters gerichte, dewile he dat heget, schal he vor auerall so krefftich bewedemet vnde fry syn, gelick yfft de Landeshere suluest yn egener person mit dem ganzen Rade darsete.

12) M. R. R. c. 88. De Bisschop en mach syne werltliken manne nicht bannen vmb werltlike sake, he voruolge denn de sake mit werltlikem rechte, syndt he dat werltlike mit dem geistliken hefft.

13) v. Bunge, Geschichtliche Entwicklung der Standesverhältnisse, Abschnitt I, §§ 3, 5 und 10.

14) Priv. des Erzb. Blankenfeld v J. 1524. Mith den Manrichtern

Wie gross die Zahl der Mannrichter in den einzelnen Territorien gewesen, lässt sich nicht überall mit Sicherheit ermitteln. Da sie in den Stiften in den von ihnen ausgestellten Urkunden keine näheren Bezeichnungen führen, sondern sich nur Mannrichter des Bischofs oder Erzbischofs nennen ¹⁵⁾, so ist anzunehmen, dass in jedem Stifte in der Regel nur ein Mannrichter vorhanden gewesen. Eine Ausnahme machte jedoch das Erzstift Riga, für welches ausdrücklich zwei Mannrichter erwähnt werden ¹⁶⁾. In den Ordenslanden gab es nicht nur, wie Fabri erwähnt ¹⁷⁾, einen Mannrichter für Harrien und einen für Wierland, sondern nachweislich auch einen für Ierwen ¹⁸⁾ und einen in Curland ¹⁹⁾.

Die Berufungsinstanz bildete in Harrien und Wierland zur Zeit der Dänenherrschaft der königliche oder Landesrath unter dem Vorsitze des vom Könige ernannten Hauptmanns. Er bestand aus zwölf Räthen aus der Zahl der Vasallen, von denen sechs aus Harrien und sechs aus Wierland sein mussten. Nach der

willen Wy ett holden na dem Olden, de ssolen frie Gewalth hebben eines Stifftes Recht to gebruken vnd wor se to gefordert werden mith Rechte, Sollen sse vngeweigertt einem jden don, So woll den Geistlichen, alsse den Weltlichen. (Hupel n. n. M. Stück 7 u. 8 S. 275.)

15) Vgl. die Urkunden in der Brieflade Nr. 289, 719 u. a. m.

16) In dem von der erzstiftischen Ritterschaft mit dem Bevollmächtigten des Königs von Polen abgeschlossenen Unterwerfungsvertrage, der sogen. *Cautio Radziviliana* vom 4. März 1562 heisst es: *Ut praeterea Archidioecesis Consiliariis, Capitaneo Nobilitatis ac duobus Judicibus delegatis, vulgo Manrichter dictis, in Conventibus et Judiciis Generalibus a Domino ipsorum victualia, pabula, aliaque necessaria secundum antiquum morem suppeditentur.* (Ziegenhorn, Beilage Nr. 55.)

17) Fabri S. 157. In Harrigen ys ein besunder Richter, in Wirlande ock ein besunder Richter.

18) Vgl. die Urkunden in der Brieflade Nr. 105, 203, 320 u. a. m.

19) In der am 12. September 1561 vom Livländischen Adel ausgestellten Vollmacht zur Unterwerfung Livlands unter Polen findet sich bei dem Namen eines der Vollmachtgeber der Zusatz: *Curischer Mannrichter.* (Ziegenhorn, Beilage Nr. 49.)

Erwerbung Estlands durch den Orden führten der Comthur von Reval und der Vogt von Wesenberg den Vorsitz im Rathe²⁰⁾. Der Rath war die oberste Regierungs- und Justizbehörde des Landes und eine weitere Berufung von seinen Urtheilen in der Regel unzulässig²¹⁾. In den Stiften bestand die Berufungsinstanz ursprünglich aus der Versammlung der gemeinen Mannen unter dem persönlichen Vorsitze des Bischofs²²⁾. Nachdem jedoch seit dem Ende des XV. Jahrhunderts in den Stiften nach dem Muster des Harrisch-Wierischen Rathes Stiftsräthe aus Gliedern der Landstände errichtet worden, bildeten diese unter dem Vorsitze des Bischofs die Berufungsinstanz²³⁾.

Eine weitere Berufung war, seitdem die gemeinen Landtage aufkamen, noch an diese, selbst in Harrien und Wierland in gewissen Fällen möglich²⁴⁾, wiewohl es nach dem Zeugnisse

20) Fabri, S. 165. Ick lade juw — — vör, dat gy my tho rechte stan, to dessem — mandage, den de Werdige kumptor tho Reuel, Voget tho Wesenberge, sampt den Achtbaren Reden yn Harryen vnde Wirlande — tho holdende vpgenamen. Vgl. Russow's Chronik Bl. 18 beim J. 1397.

21) Wald. Erich. Recht c. 39: Alle ordele, de beschulden werden vor dem rechte, de schall man teen vor den Rath darsulves, de de Konigk dar gesettet hefft. Wat de delett vnnnd vyndett, dat schall stedes synn. — Durch das Privil. des Königs Christoph II. von Dänemark vom J. 1329 wurden die Rechte des Rathes: „in Sententien edder Ordelen uht tho sprecken“, bestätigt und den Hauptleuten jeder Eingriff verboten. (Ewers a. a. O. S. 58.)

22) M. R. R. c. 128. Bescheldet ein man ein ordel, dat schal men theen an den Bisschop vnde an syne gemeine man, Als wat eme missfalt, also dat ydt em nicht recht gefunden sy, vnde an nenem hogen tho söken.

23) Ueber die Verfassung der Stiftsräthe zu vergleichen: v. Bunge, geschichtl. Entwicklung der Standesverhältnisse, Abschnitt IV § 2. Die Annahme, dass von den Stiften zuerst das Erzstift im J. 1486 einen Stiftsrath erhalten, wird durch die in der Brieflade Nr. 288 mitgetheilte Urkunde widerlegt, woselbst bereits im J. 1471 des sitzenden geschworenen Rathes im Bisthum Dorpat Erwähnung geschieht.

24) Fabri, S. 185: Alse van einem vnrechten ordel tho einem rechtuerdigen gerichte, darvan ick protestere yn de Harrygen vnde Wirrlender, wowl se nener appellacion rhum edder stede geuen willen, dennoch, so se yn einerley sa-

Fabri's nur selten vorgekommen, dass der Landtag das bescholtene Urtheil abgeändert ²⁵⁾).

Schon früh ging das Bestreben dahin die Berufungen ausser Landes auszuschliessen und je mehr die landständische Verfassung zur Ausbildung kam, um so entschiednere Massregeln wurden dagegen ergriffen. Nachdem der deutsche Orden im Jahre 1420 von König Sigismund ein privilegium de non evocando erhalten ²⁶⁾, wurde vom Ordensmeister Wolter von Plettenberg im Jahre 1510 die Berufung ausserhalb Landes in Privatsachen verboten ²⁷⁾, welches Verbot später mehrfach erneuert worden ist ²⁸⁾. Jedoch kamen nichts desto weniger während der bischöflichen und Ordenszeit Berufungen an das Reichskammergericht vor ²⁹⁾, ja durch das Privilegium des Bischofs Kievel vom Jahre 1524 wurde dieselbe für Oesel ausdrücklich gestattet und der im Erzstift Riga angesessenen Familie Tiesenhausen wurde das Recht dazu von Kaiser Karl V durch ein Privilegium vom Jahre 1528 ertheilt ³⁰⁾.

ken Contrarie sententie velleden, künden se nenes weges vorby, dy tho einem gemenen Landesdage, rechtes beschedes vnde rede tho plegende eres gevundenen rechtes vnde sentencie.

25) Fabri, S. 213. Wowol ydt seldom kumpt, dat tho dem Landesdage saken yn genamen edder anders gerichtet syn also yn dem Rechte, daruth se beschulden werden, gerichtet syn.

26) Vgl. J. Voigt, die westphälischen Femgerichte, Königsberg 1836. S. 4, Anm. 4.

27) Verordnung vom Tage Mauritii den 22. September 1510: So jemand were, de dat Recht buten Landes wolte söcken, up ander Oerden effte Enden, sick mit Vreuell edder Wedderwertigkeit jegen dat Recht settende, soll man richten an dat höchste. (Ewers a. a. O. S. 69.)

28) Priv. des Erzb. Jaspar Linde v. J 1523, Wolmarscher Ritterschafts-recess v. J. 1543. (Hupel n. n. M. Stück 7 und 8 S 268 und 317.)

29) Vgl. Brieflade Nrn. 301, 1470 und 1508 aus den Jahren 1473, 1557 und 1561.

30) Brieflade Nr. 958.

II. Zeit und Ort der Gerichtshegung.

Hervorgegangen aus den alten Volksversammlungen behielten die deutschen Gerichtssitzungen während des ganzen Mittelalters den Character von Versammlungen der Standes- und Rechtsgenossen bei. Bei den Lehnsmanen insbesondere bildete der Gerichtsdienst einen Theil ihrer Lehnspflicht³¹⁾. In Livland fanden derartige Gerichtsversammlungen der dazu verpflichteten Mannen schon früh statt. Sie werden *placita*, *placita generalia*, *Manntage*, *Richteltage*, *gemeine Mann- und Richteltage* und in *Harrien* und *Wierland* bis gegen die erste Hälfte des XVI. Jahrhunderts regelmässig *gemeine Tage* genannt. An diesen Tagen versammelten sich zur Erfüllung ihrer Dienstpflicht die Lehnsmanen eines Lehns- oder Landesherrn³²⁾, so wie die Rätthe und der Mannrichter mit seinen Beisitzern, so dass gleichzeitig die Gerichtsverhandlungen in erster und zweiter Instanz stattfinden konnten³³⁾. Auf dem gemeinen Tage in

31) Sächsisches Lehrrecht IV § 4, LXXIX, § 1.

32) Notariatsinstrument über einen Rechtshandel zwischen Johann IV, Erzbischof von Riga und Henneke Pitkever, seinem Vasallen, vom 10. Januar 1385: — *Convenientibus in unum et aggregatis juxta edictum reverendissimi in Christo patris et domini, domini Johannis, miseratione Divina s. Rigensis ecclesiae archiepiscopi, praeposito canonicis et vasallis ejusdem ecclesiae, pro servandis placitis in termino consueto etc* (U.-B. Nr. MCCXVIII.) Notariatsinstrument vom 19. Febr. 1392: *et coram honestis, strenuis et famosis viris, militibus, famulis et armigeris, s. Rigensis ecclesiae vasallis senioribus et potioribus, in oppido Lembsel Rig. dioc. pro communi die placitorum, juxta consuetudinem terrae et diocesis praedictae inter se observanda, tam generaliter quam specialiter in multitudine copiosa congregatis etc.* (U.-B. Nr. MCCCIX.) Urkunde vom 12. Sept. 1343 für das Dänische Estland s. Anm. 84.

33) Fabri, S. 187. *Wenner nu* (nach Eröffnung des Manntages) *de frede* — gebannen *ys*, so wert dem Mannrichter beualen van dem Ouersten Rechte, des rechten *tho* wachten *vnde* sick *tho* settende.

Reval waren sowohl der Mannrichter für Harrien als der für Wierland gegenwärtig ³⁴).

Die Orte, an denen die Manntage stattfanden, waren ein für allemal festgesetzt. Sie wurden regelmässig anberaumt im Erzstift Riga zu Lemsal, im Stift Dorpat zu Dorpat, im Stift Oesel zu Hapsal, in Harrien und Wierland zu Reval ³⁵) und für die übrigen Ordenslande wahrscheinlich zu Wenden ³⁶). Seit dem Anfange des XVI. Jahrhunderts wurden ausserdem noch besondere Gerichtstage für Wierland zu Wesenberg gehalten, welche die Bezeichnung Dingtag oder Dingeltag führten ³⁷).

Eine regelmässig wiederkehrende Zeit für die Manntage gab es anfänglich nicht ³⁸). Sie wurden je nach Bedürfniss vom Landesherrn mit Zustimmung seines Rathes besonders ausgeschrieben ³⁹). Erst im XVI. Jahrhundert wurde für die Stifte festgesetzt, dass jährlich ein Manntag gehalten werden solle ⁴⁰) und der Ordensmeister Herrmann von Brüggenev bestimmte im Jahre 1538 für Harrien und Wierland, dass der

34) Von dem Wierischen Mannrichter auf dem gemeinen Tage in Reval über daselbst stattgehabte Gerichtsverhandlungen ausgestellte Urkunden finden sich in der Brieflade Nr. 323, 365, 670 u. a. m.

35) Urkunden, aus denen diese Ortsangaben hervorgehen, sind nachgewiesen in dem Sachregister zur Brieflade beim Worte Manntag.

36) Die Urkunde des O. M. Hermann v. Brüggenev vom Jahre 1546 ist datirt vom Manntage zu Wenden.

37) Brieflade Nr. 639, 967, 1245, 1246, 1248 und 1319. Die erste dieser Urkunden datirt vom Jahre 1504. (Bunge, Archiv B. 5 S. 206.)

38) In dem Notariatsinstrument vom 10. Jan 1385 (s. Anm. 32) wird zwar der Sonntag nach Epiphaniä als der herkömmliche Termin für das Erzstift genannt, spätere Urkunden weisen jedoch andere Zeiten auf.

39) Fabri, S. 225. Wenner de Mandage van dem Landtheren vnde dem Rade yngesetzt etc.

40) Priv. des Erzb. Blankenfeld vom Jahre 1524, des Bischofs Kiewel von Oesel vom J. 1524 und des Bischofs Gellingshausen von Dorpat v. J. 1540 (Hupel n. n. M. Stück 7 und 8 S. 275, das. Stück 8 und 9 S. 428.)

Comthur von Reval alle Jahr zu Johannis Baptistae „das Gesetz des Rechten mit den Räthen drei Tage sitzen, halten und abwarten“, ferner, dass der Vogt zu Wesenberg alle Jahr zu bequemer Zeit „einen Dingelstag“ ansetzen und halten solle und endlich, dass „auch hierfür ein Comthur zu Reval über alle drei Jahr auf Anforderung der selbigen Rätthe einen gemeinen Mann- oder Richteltag ansetzen und ausschreiben“ solle. Seitdem wurden die Gerichtstage in Reval alljährlich zu Johanni anberaumt, für welche jedoch die Bezeichnung „gemeiner Tag“ aus den Protocollen des Harrisch-Wierischen Rathes schwindet. Diese jährlich zu Reval wiederkehrenden Tage unterscheiden sich von den früheren gemeinen Tagen daselbst wesentlich dadurch, dass auf ihnen nur die Sachen, „so in Harrien gewandt“, verhandelt werden sollen ⁴¹⁾ und sich daher auch nur die Mannen von Harrien mit ihrem Mannrichter einfinden mochten. Zu den alle drei Jahre wiederkehrenden gemeinen Mann- oder Richteltagen dagegen, die wahrscheinlich ebenfalls zu Johanni in Reval stattfanden, versammelten sich in alter Weise die Mannen von Harrien und Wierland mit beiden Mannrichtern ⁴²⁾.

Wenn gleich die Rechtshändel in der Regel auf den Mann- tagen verhandelt wurden, so kam der Mannrichter doch, abgesehen von den Executionshandlungen, nicht selten in die Lage

41) Urkunde des O. M. Hermann v. Brüggenev v. J. 1538. (Ewers a. a. O. S. 80.)

42) Hieraus erklärt es sich, wie eine Ladung in folgender Weise erfolgen konnte: „zum bevorstehenden gemeinen Dingeltage, den der ehrw. Herr Vogt zu Wesenberg zusammt den etc. Räthen der Lande Harrien und Wierland zu halten bestimmt und angesetzt haben zu Wesenberg des nächsten Sonntages vor Pfingsten und wenn mir der Dingeltag entginge, alsdann den ersten Sonntag vor Johannis zu Reval im Richteltage.“ Die Verhandlung einer Sache, für welche zunächst der Mannrichter für Wierland zuständig war, konnte aber nicht wohl anderes nach Reval übertragen werden, als wenn der Mannrichter für Wierland ebenfalls daselbst zugegen war. Ladungsbrief vom 27. April 1545. Brieflade Nr. 1245.

auch ausserhalb derselben Gericht zu hegen. Nach Fabri war der Mannrichter nämlich verpflichtet auf an ihn ergangene Aufforderung Recht zu pflegen und, falls es die Sache erforderte, sich ohne Verzug an Ort und Stelle zu begeben ⁴³⁾. Aber auch in solchen Fällen behielt das Gericht den Character einer Versammlung von Rechts- und Standesgenossen, da der Richter zu diesem Behufe ausser den Beisitzern und dem Urtheilsmanne noch einige Mannen zusammenberufen musste ⁴⁴⁾.

Es ist bisher die Ansicht vertreten gewesen, dass die deutschen Einwanderer als alte Rechtssitte auch die s. g. ungeborenen Gerichtsversammlungen mitgebracht und dass diese vom Mannrichter alle sechs Wochen gehalten worden ⁴⁵⁾. Diese Ansicht hat man durch die Bestimmung der einheimischen Rechtsbücher ⁴⁶⁾ zu begründen versucht, dass der vom Bischof beim gehegten Gerichte belangte Mann entweder sogleich antworten oder sich sechs Wochen Zeit habe erbitten können. Die Gegenwart des Mannes habe nur vorausgesetzt werden können, wenn er verpflichtet gewesen zu erscheinen und die Frist von sechs Wochen deute auf den nächsten ordinären Gerichtstag hin. Diese Ansicht ist jedoch unbegründet. Denn die Verpflichtung zu Gericht zu erscheinen bezog sich ebenso

43) Fabri S. 157. Item ein Manrichter ys schuldig einem jedern, dewyle he Richter ys, Rechtes vpt anförderigest tho plegen vnde so ydt de noth erfordereth, sunder vortoch volghafflich tho syn vp des partes vnkost, dat ene vördert.

44) In Beziehung auf das Vollstreckungsverfahren sagt Fabri S. 222: „Wenn nu de Ordelsman vnde thogegeuene Gudemanne sick besprocken“ und ferner „de Ordelsman mit mynes G. H. geswaren Gudemannen, tho dessen saken verschreuen.“

45) Helmersen Geschichte des Livl. Adelsrechtes § 25 u. 96 und die geschichtliche Uebersicht der Grundlagen und der Entwicklung des Provinzialrechts. Th. II. S. 17.

46) Wald. Erich. Recht c. 42, ält. livl. R. R. art. 39, m. R. R. c. 71. s. Ann 162.

auf die gebotenen als die ungebotenen Gerichtstage. Ferner hatte die Einrichtung der ungebotenen Dinge in Deutschland ursprünglich nur bei den Gaugerichten statt und ging später auch auf solche Gerichte über, die sich nach der Zersplitterung der Gauverfassung bildeten, wogegen es nach Lehnrecht keine ungebotenen Dinge gab. Die Lehnsleute waren zu allen Diensten nur nach vorgängigem Aufgebot verpflichtet. Da dieser Grundsatz auch in Livland galt⁴⁷⁾, und ausser den Manntagen, die jedoch ursprünglich nicht regelmässig wiederkehrten, keiner weiteren öffentlichen Gerichtstage in unseren Quellen Erwähnung geschieht, so kann von derartigen ungebotenen Gerichtstagen für Livland füglich nicht die Rede sein.

III. Die Personen des Gerichtes.

1) Im Allgemeinen.

Nach der altdeutschen Gerichtsverfassung geht alle Rechtspflege von der Obrigkeit aus unter Mitwirkung des Volkes oder der Standes- und Rechtsgenossen. Bei der Obrigkeit ist die Macht zum Schutze des Rechtes, bei den versammelten Genossen die Kenntniss desselben und das Verständniss seiner Anwendung. In der Zusammensetzung des Manngerichtes finden diese Grundsätze ebenfalls ihre Anerkennung. Dasselbe besteht aus dem Richter, als dem Vertreter der Obrigkeit, zweien Besitzern, als den Zeugen der Verhandlung, und dem Urtheilsmann, als Vorstand der Geschworenen. Fabri fasst dieselben entweder mit der Bezeichnung: Personen des Gerichtes⁴⁸⁾ zu-

47) Urkunde vom 21. Dec. 1417, Brieflade Nr. 124: „und schwören sollen uns und unseren Nachkommen und der Kirche, wann und wo es sich gebührt, sobald sie dazu aufgefordert werden, treuen und willigen Dienst und Mannrecht davon zu thun.“

48) Fabri S. 160. Dith ys nu van personen des Rechts.

sammen oder stellt sie als Richter und Folger einander gegenüber⁴⁹⁾. In den Ordenslanden wohnte der Ordensmeister und in seiner Abwesenheit in Harrien der Comthur von Reval, in Wierland der Vogt von Wesenberg und in Ierwen der Vogt von Ierwen häufig den Manngerichtssitzungen als Vorsitzender bei. Näheres über das Verhältniss dieses Vorsitzenden zum Richter und seine etwaige Betheiligung an der Verhandlung ist aus den Quellen nicht ersichtlich. Jedenfalls war seine Gegenwart keine unbedingt nothwendige, da die Sitzungen ebenso häufig in seiner Abwesenheit stattfanden⁵⁰⁾.

Ausser den genannten Personen geschieht noch der Boten des Richters behufs Einholung des Zeugnisses eines anderen Gerichtes Erwähnung⁵¹⁾. Diese wurden nach sächsischem Lehnrechte und wahrscheinlich ebenso in Livland aus den Mannen genommen. Dagegen kommt der Fronbote, welcher in den sächsischen Landgerichten eine wesentliche Gerichtsperson ist, im Manngerichte ebenso wenig vor, wie in den Lehngerichten überhaupt.

Was die Berufung der Gerichtspersonen betrifft, so wird der Richter vom Landesherrn und seinem Rathe auf dem Mannstage ernannt. Seine Amtsthätigkeit währt von einem Mannstage bis zum anderen⁵²⁾. Zur Annahme des Amtes war der

49) Fabri S. 224. Ein Richter heft ock macht ein Stifftes Recht tho hegende vnde tho öuende, wenn he syne völgere dartho gebuket, also gewönlick ys.

50) Fabri erwähnt der Theilnahme des Comthurs und Vogts an den Manngerichtssitzungen gar nicht. Sie geht aber aus einer grossen Zahl der in der Brieflade gesammelten Urkunden hervor. Vgl. das Sachregister dazu beim Wort Mannrichter.

51) M. R. R. c. 168 s. Anm. 234.

52) Fabri S. 231. Item ydt ys ock nen Stifftesch Gudtman lenger Richter tho bliuen vorpflicht, also van einem Mandage beth thom andern. — De Landthere vnde Radt schollen dar suluest wor einen Manrichter wedder erwehlen.

Erwählte bei Strafe von einer Mark Silber verpflichtet⁵³⁾. Die übrigen Gerichtspersonen und zwar namentlich die Beisitzer und der Urtheilsmann wurden für den einzelnen Fall vom Richter aus der Zahl der dingpflichtigen Personen berufen⁵⁴⁾. Dingpflichtig aber waren nur die Vasallen des Landesherrn. Das Vasallenverhältniss setzte voraus die Belehnung von Seiten des Landesherrn und das darauf erfolgte Huldethun, so wie den Treueid von Seiten des Vasallen⁵⁵⁾ und dauerte so lange, als der Lehnsman sich des Lehngutes nicht entäusserte⁵⁶⁾. Bis zu diesem Augenblicke wurde er mit Beziehung auf den von ihm geleisteten Lehnseid: geschworener Gutemann, des Herrn Geschworener oder schlechtweg Geschworener genannt⁵⁷⁾. Der Besitz des Lehngutes bildete ein so wesentliches Erforderniss hinsichtlich der Dingpflichtigkeit, dass der Richter den Parteien verantwortlich wurde, wenn er einen Unbesitzlichen hinzuzog. Ein interessantes Beispiel in dieser Beziehung, durch welches zugleich der Sprachgebrauch hinsichtlich des

53) Fabri S. 232. Idt schal sick ock jemand darentgegen weren edder weigern Manrichter tho syn, de es nicht gewesen ys, by einer marck lodich suluers.

54) Fabri S. 225. De Manrichter hefft ock vullenkamen gewalt — — de twe Rysitter vnde Ordelsman tho uorschriuende vnde tho gebedende vth der Ridderschop, Stiftesmane, wanner dat eme drechlick ys, so willen de Erftheren also de Pandheren, by vorbör einer marck lödich suluer, vthgenamen allene de, de yn dem Rale sitten.

55) M. i. R. c. 1. Wenne he (der Bischof) denne einem belehnet hefft, so schall de man huldigen vnde sweren dem Bisschop vnde dem Stichte truwe vnde holdt tho wesende, als ein man tho rechte synem heren schuldich, dewile he syn man ys. Vgl. auch c. 242.

56) Ueber die nach Livländischem Rechte zulässigen Formen der Veräusserung von Lehngütern vgl. Geschichte des Liv-, Est- und Curländischen Privatrechts. St. Petersburg 1862. S. 46 folg.

57) Fabri S. 159 Wente ein jeder gesworen Gutdman ys dat recht vp des Richters esschendt schuldich helpen tho besitten.

Ausdruckes „Geschworener“ erläutert wird, ist in dem Protocoll des Harrisch - Wierischen Rathes vom Jahre 1496 enthalten ⁵⁸⁾. Nach Inhalt desselben wird gegen den Mannrichter Jordan Tuve darüber Klage geführt, dass er „ein ungebührliches Gericht gesessen“, weil er nur einen Beisitzer gehabt, der des Herrn Meisters „Geschworener“ gewesen, während der andere „weder Land, noch Leute, noch Geld“ gehabt. Der Beklagte erklärt dagegen, dass er das Gericht gesessen mit zwei Gutemännern und wiewohl der eine sein Gut verkauft, so habe er doch seinen Eid nicht aufgesagt. Der Abspruch lautet: „da der Richter sothanes ungewöhnliches Gericht gesessen und nur einen Beisitzer gehabt, der geschworen sei, und der andere nicht“ so habe der Richter Gewalt gethan.

Von der Strenge der Vorschrift, dass nur der Lehnsmann des Landesherrn als Gerichtsperson zuzulassen sei, machten jedoch schon die Ritterrechte insofern eine Ausnahme, als in einem Lehnsprocesse auch der Afterlehnsmann als Urtheilsmann zugelassen wurde ⁵⁹⁾. Später, als sich das Lehnsverhältniss zu verwischen begann, wurde die Dingpflicht nicht mehr auf diejenigen, die ein Lehngut zu Erbrecht besaßen, beschränkt, sondern auf jeden Besitzlichen, insbesondere auf Jeden, der ein Gut pfandweise besaß, übertragen. Für das Erzstift Riga geschah dies durch das Privilegium des Erzbischofs Thomas vom Jahre 1531 ⁶⁰⁾. Eine vollständige Angabe aller erwähnten Er-

58) Brieflade Nr. 534.

59) M. R. R. c. 244. We eines heren man nicht en ys, noch mach he wol vörsprake syn vnde ordel finden binnen Lehenrecht, allene en hebbe he nen gutt van dem heren — In dem Wieck-Oeselschen Lehnrecht lautet diese, dem art. IX des sächsischen Lehnrechts entnommene Stelle: Wer eines Herren Man nicht ist, der mag woll Vorsprech sein, oder ein Urtheil finden in den Lehnrechten, wenn er schon kein Guth hatte von dem Herren.

60) Priv. des Erzbischofs Thomas vom Donnerstag nach Martin i. J. 1531: Mith dhenen, sso in Pandtgerechticheit ssitten, edder ehre Jhare mit eren Husfrowen

fordernisse für die Gerichtsglieder findet sich in der bisher ungedruckten „Ordnung des gehegten Gerichtes“⁶¹⁾.

2) Der Richter.

Die Aufgabe des Richters in den Gerichten des deutschen Mittelalters ist eine wesentlich andere, als in der Gegenwart. Sie besteht vorzugsweise darin: die Würde und den Ernst der Versammlung aufrecht zu halten⁶²⁾, den Parteien die Möglichkeit einer rechtlichen Behandlung zu gewähren und schliesslich die Resultate derselben zum Vollzug zu bringen. Die Befugniß ein Urtheil zu sprechen ist ihm dagegen gänzlich entzogen. Diese steht nach Verschiedenheit der Gerichte dem Volke, dessen Vertretern oder den versammelten Rechtsgenossen zu. Sie vermögen allein gültige Auskunft über die bestehenden Rechts-

in den Gudern hebben, Höuen vnd Gudern vor ehr Gelth, Soll men jdt vorttmer also mith holden: de ssolen nicht mynn alsse de Erffheren jn des Stifftes Besten gebрукeth werden, de wile sse jm Stiffte whonen vnd de Gudern bossitten, ock Byssitter vnd Ordelsluidе seyn — — vnd ssick von Unsser achtbarn Ridder-schop keinerley Wyse Macht hebben to ssunderen. (Hupel n. n. M Stück 7 u. 8 S. 284).

61) Nach einer auf der Dorpater Universitäts-Bibliothek befindlichen Abschrift des Anhanges Livländischer Rechtsquellen zur Chronik des Bartholomäus Grefenthal lautet die betreffende Stelle: Anfenglich gehören zu dem gehegten gerichte: der Manrichter, zweene geschworne besitlicke gute man zu bysittern vndt ein geschworen besizlich gut man thom Ordelsman. Iedoch mogen die jennigen, die Lande vnd Lude pantwise in Stichte besitten wol bysitter vnd Ordelsludе syn vndt eines Stichtes rechten geneten vndt entgelten, dewile sie doselbigen ire pantguter mit recht vnd recht gebrecken vnd dem Landsherrn [die] mit den wapen gegen die winde helpen vortodigen. Vnd wenn man dat gehegte gerichte also boset, so scholen die dre: die Mannrichter sambt synen beden besitteren dat gehegte gerichte sitten, vnd die ordelsman sol vor ehn stan.

62) Soester Gerichtsordnung Tit. 1. Der Richter soll sitzen auf dem Richterstole als ein grissgrimmender Löwe und soll den rechten Fuess schlahen über den linkern und gedenken an das gestrenge Urtheil und das Gerichte, das Gott über ihn richten will an dem letzten jungsten Dage.

sätze zu geben. Der Einzelne, der Richter, soll sich in dieser Beziehung keine höhere Kenntniss anmassen wollen⁶³). Ihm steht nur die Befugniss zu den Ausspruch zu veranlassen⁶⁴).

Nach dem Zeugnisse unserer einheimischen Rechtsquellen nimmt der Mannrichter dieselbe Stellung im Gerichte ein. Er ordnet die Gerichtssitzung an und leitet das Verfahren, darf aber eben so wenig ein Urtheil finden, als das gefundene Urtheil schelten⁶⁵). Da ihm somit die Entscheidung des Rechtsstreites entzogen ist, so kann er nicht wegen Parteilichkeit recusirt werden⁶⁶). Im Einzelnen werden ihm folgende Befugnisse zugewiesen: er gewährt das Wort, wobei er, wenn zwei zugleich klagen, bestimmt, wen er zuerst hören wolle und giebt den erbetenen Vorsprecher mit gleicher Wahl⁶⁷). Er bewahrt

63) Schwäb. L. R. c. 75 § 24. Das ist darumb gesezt das sy nicht alle weiss leut seind und das vil gewonlicher ist, das unter den leuten alle die vor im seind vil weiser leut seind dann er ist.

64) Auf die Verschiedenheit der Stellung des Richters nach sächsischen und nach den fremden Rechten macht schon die Glosse zum Sachsenspiegel I, 62 § 7 aufmerksam: Merke hir wat sunderlikes: na keyserrechte spreket dy richter dat ordel selven (ut C. d. sent. ex peric. recit.) unde hir vraget he des einen andern; darumme heytet unse recht des volkes vragens recht, dorch dat men des dem volke vragen schal.

65) M. R. R. c. 214. De Richter schal gelick Richter allen lüden syn, vnde he en schal ordel noch finden, edder schelden Fabri S. 159. Inn vortstelligen Klage vnde antwerdes behöret dem Richter allene dat recht tho hegende vnde tho vullmechtigende, de sacke anthöhörende mit synen bysittern vnde darna de ordelsmenne mit des heren geschworen affthowisende vnde ein recht vp klage vnde antwert ynn den sacken tho vinden vnde ynthobringende.

66) Fabri, S. 159. Idt ys vnnödig de person desses gehegeden gerichtes, yfft de schone partiesck edder sūs anders dem jegendele gewandt, vordechthich tho achten, denn se nicht mer don, denn schlichtes stille schwigende, auer de sacken sitten vnde de gemene, des heren gesworne, mit dem ordelsmanne dat recht vinden vnde ynbringen.

67) M. R. R. c. 103. Bidden twe vmb einen vörspraken, dat steit an dem Richter, welckerem he ersten geuen wil. Klagen se ock gelick, dat steit an dem Richter, welckeren den he ersten hören wil.

das streitige Gut, bis die streitenden Theile sich gütlich oder gerichtlich auseinandergesetzt haben ⁶⁸⁾. Er ordnet Pfändungen und sonstige Zwangsmassregeln an ⁶⁹⁾ und ihm gebührt ein Antheil an dem verfallenen Gute ⁷⁰⁾ und an den Geldbussen ⁷¹⁾. Die gerichtlichen Strafgeder (Wedden) fallen ihm ganz zu ⁷²⁾. Seinen Befugnissen steht die Pflicht gegenüber das Recht mit gleicher Gerechtigkeit zu gewähren ⁷³⁾ und beim Stellen der Fragen nicht willkührlich, sondern dem Rechte gemäss zu verfahren ⁷⁴⁾. Er ist ferner schuldig jedermann auf dessen Anforderung Recht zu pflegen und, falls es die Umstände erfordern, auf Kosten der Partei, die ihm des Ersatzes seiner Unkosten wegen Sicherheit leisten soll ⁷⁵⁾, sich an Ort und Stelle zu begeben ⁷⁶⁾. Für jede Versäumniß in Erfüllung seiner Amtspflicht, so wie für Ueberschreitung seiner Befugnisse ist er den Parteien verantwortlich ⁷⁷⁾.

68) M. R. R. c. 200. Is dat twe man ein gudt ansprekén tholike vor dem Rechten, de yenne, de dat gudt hefft, de schal ydt dem Richter auerantworten vnde blifft ane schaden, also dat de Richter dat gudt beware, wente se sick darvmb bescheiden mit mynne, effte mit Rechte.

69) Die Nachweisungen s. Anm. 319 u 320.

70) M. R.-R. c. 147. Wat ein man winnet van deuen edder van den röuern affjaget, dat schal he upbeden vor gerichte. — En kumpt öuerst nemandt binnen sös weken, so nimpt de Richter twe dele vnde de yenne dat drüdde deel.

71) Das. c. 48. Vnde vmb allerley brocke, de ein man winnet vor gerichte, dar hefft de Richter dat drüdde dele van dem, de de brock vthgiff.

72) S. Anm. 341.

73) M. R. R. c. 214. s. Anm. 65.

74) M. R. R. c. 110. Fraget he na synem mutwillen vnde nicht na rechte, dat enschadt noch enframet nicht wedder em.

75) Fabri, S 158. Wenner sick de Richter nu willich gebrucken leth vnde begeret van dem parte, dat ene gebrucken will, vorseckeringe schadlos tho holden, moth eme de part ock beloven vnde behantsrecken, so ferne he des rechten gebrucken schal

76) Das. S. 157, s. Anm. 43.

77) Fabri, S. 157 u. 158. Yfft de parte dorch vorsümelike tracheit

Alle Urkunden über stattgehabte gerichtliche Verhandlungen gehen unter des Richters und seiner Beisitzer Siegel aus ⁷⁸). In den Stiften benutzte der Richter dazu ein Amtssiegel, in den Ordenslanden dagegen sein Familiensiegel ⁷⁹).

Auf den Manntagen wurden die Mannrichter im Erzbisthum und im Bisthum Oesel auf Kosten des Erzbischofs, beziehungsweise des Bischofs, verpflegt ⁸⁰).

3) Die Beisitzer.

Der Mannrichter hatte stets zwei Beisitzer zur Seite, deren wesentliche Verpflichtung darin bestand, Zeugen der Verhandlung zu sein und über das vor Gericht Verhandelte in Gemeinschaft mit dem Richter, nach dessen Tode aber allein, ein

des Richters eres rechten vorkörtet wörden, — — so mach me mit dem högsten an den Richter yn gegenwerdicheit loffwerdiger lüde beweringe don, des dat vth volgende schadens, dar moth de Richter denne mit recht vörstan. Das. S. 237. So sick öuerst nu de Manrichter dar entbauen de Becrützinge dael tho leggen vnderstünde, vnde etwas auerantwerdede, dar vth schaden vnde nadel entstünde, schal dat wedder an dem Richter mit rechte gesocht vnde geüördert werden. — Gegen den Richter gerichtete Entschädigungsklagen finden sich in der Brieflade Nr. 387, 534, 604, 1470 u a m.

78) Fabri, S 225. Vnde alles, wat vor eme geschüt edder vullentagen wert, dat schal he vnder synes Amptes vnde beider Bysitter angeborne ynsegel beuesten.

79) Das. S. 157. In den Stiften gebrucket de Manrichter des Stifftes wapen vnde hefft ein egen amptsegel. — — De (d. i. die Richter in Harrien und Wierland) hebben nen amptsegel, gebrucken erer angebarne segel. So ys ydt ock vnder dem Orden alder wegen yn den Leenrechten.

80) Priv. des Erzb. Linde v. J. 1523. Mith dem Manrichter mitt der Plegeration holden ock na dem Olden. (Hupel n. n. M. Stück 7 u. 8 S. 267). Priv. des Bischofs Kievel v. J. 1524. Thom söffenden der Plegeration angaende, wille Wy Uns der gebör tegen de A. E. Ridd. holden unde up den Man-Dagen unde Verschriengungen örer Houetmannen unde de Teehne Richtere örer Oldesten in unsern Rade sittende, mit dem Mann-Richter, mit aller billigheit plegen. Hupel n. n. M. Stück 9 u. 10 S. 437. — Cautio Radziviliana v. 4. März 1562. s. Anm. 16-

eidliches Zeugniß abzulegen⁸¹⁾, auch die vom Richter ertheilten Bescheinigungen, in denen sie regelmässig gleich nach dem Richter namentlich aufgeführt werden, mit zu besiegeln⁸²⁾. Die Beisitzer sind ein dem Livländischen Rechte eigenthümliches Institut. Während nach altdeutscher Gerichtsverfassung die Verpflichtung zur Zeugnißablegung über Gerichtshandlungen, so wie zum Urtheilsfinden gleichmässig auf allen Dingpflichtigen ruhte, sind hier die beiden Verpflichtungen auf verschiedene Personen, die Beisitzer und die Urtheilsfinder, vertheilt. Ferner war nach Sächsischem Rechte die Zahl der Dingpflichtigen, die zur Ablegung des Zeugnißes über eine gerichtliche Handlung gefordert wurde, nach Beschaffenheit der zu bezeugenden Handlungen eine verschiedene, wogegen nach Livländischem Rechte stets das Zeugniß zweier Mannen in derartigen Fällen genügte. Die ersten Nachweisungen über das Institut der Beisitzer finden sich im Waldemar-Erichschen Rechte, nach welchem alle Gerichtshandlungen durch das Zeugniß zweier Dingmannen erwiesen werden sollen⁸³⁾. Dass die beiden Dingmannen, welche als Urkundspersonen gelten sollten, schon früh für jede Gerichtsitzung vorausbestimmt und durch die Bezeichnung Beisitzer (assessores) von den übrigen gegenwärtigen Mannen ausgezeich-

81) M. R. R. c. 76. Stedet de Bisschop einem Richter tho richtende an syne stede, wat dar gerichtet edder geendiget wert, des ys de Richter wol vullenkamen mit synen waren wörden vnde twe dingemanne, de des Richtes manne syn, vp den hilligen, dat en mach nen man wedderspreken. Vgl. auch Anm 85.

82) Fabri, S. 215. Wenner du de anwisinge genamen, so antekenst du der bysitter namen, vp dat du nicht vorgist, wol se gewesen syn, wente se möthen mede de affsprake vorsegeln vnde ere namen möthen dar beneuen des Richters namen ynne stan. — Die von Fabri empfohlene Vorsichtsmassregel bestätigt es, dass es keine ständigen Beisitzer gab.

83) W. Er. R. c 48. Wat vor gerichte schütt, dat de Richter mit synen waren wordenn vullenkamen will vnd twe dingesman, des Koninges man, up den hilligen, dat mach nen man wedderspreken. Von da übergegangen in art 48 des ältesten u. c. 76 des m. R. R.

net wurden, ergibt sich aus mehreren Urkunden aus der Zeit der Dänenherrschaft in Estland ⁸⁴⁾.

Von den Rechtsbüchern braucht erst das mittlere Livländische Ritterrecht den Ausdruck Beisitzer und zwar in zweien dem Sachsenspiegel entlehnten Bestimmungen, die jedoch dahin abgeändert sind, dass die nach dem Sachsenspiegel dem Richter mit zweien Mannen, beziehungsweise den Schöffen, übertragene Verpflichtung zur Zeugnissablegung im mittleren Ritterrecht den Beisitzern auferlegt wird ⁸⁵⁾. Der Verpflichtung als Beisitzer bei einer Gerichtshandlung mitzuwirken durfte kein im Gerichtsbezirke angesessener Vasall, sobald er vom Richter dazu aufgefordert wurde, bei Vermeidung einer Strafe sich entziehen ⁸⁶⁾. Ausserdem verantwortete er für allen Schaden, welcher der Partei in Folge seiner Weigerung erwuchs ⁸⁷⁾.

4) Der Urtheilsmann und die Geschworenen.

Nach den in den einheimischen Rechtsbüchern enthaltenen Bestimmungen finden die Mannen das Urtheil, die sich dieser

84) Urkunde vom 12. Sept. 1343 (Urkundenbuch Bd. II. Nr. DCCCXVIII). *Comparuit coram me, iudicio regio praesidente, et assessoribus meis, videlicet: dominis Henrico de Virkis et Johanne de Parenbecke, militibus, nec non et praesentibus aliis vasallis domini regis Daciae per Estoniam quamplurimis etc.* Nach einer früheren Urkunde vom 14. October 1328 (Urkundenbuch Bd. III. Nr. DCCXXXIV, a) legen die beiden bei einer Gerichtshandlung gegenwärtig gewesenen Beisitzer nach dem Tode des Richters ein Zeugniß über dieselbe ab.

85) M. R. R. c. 204. *Wę vor gericht secht, he hebbe sich vth der vestinge getagen vnde vullenkamet he des nicht mit tügen, mit dem Richter vnde mit twen mannen, de bisitter gewesen synt etc.* Das. c. 210. *Šteruet ein Richter, wat by synen dagen gescheen ys, dat schollen betügen de bysitter in des Richters stat.* Vgl. Sächsisches Landrecht III, 18 u. 25.

86) Fabri S. 159 u. 160. *Ein jeder, de dem heren yn dem Rechten geschworen hefft, vnde ein besitlick Gudtman yn dem rechten ys, den de Richter dartho esschet, edder bringen kan, mach wol bysitter syn, de ock geesschet wert ys ydt plichtig tho dōnde by dem bröcke, dar auer gesettet.*

87) Fabri S. 159. *Darumme schal de Richter, wanner de sacke wichtich*

Pflicht nur entziehen können, wenn die Klage gegen ihren Lehnsherrn, ihre Lehnsleute, oder gegen ihre Verwandten gerichtet ist und diesen an Ehre und Gesundheit geht⁸⁸). Konnte der um das Urtheil Gefragte dasselbe nicht finden und beschwor er solches, so wurde noch der zweite, dritte und vierte gefragt, worauf dem letzten, wenn auch er das Urtheil nicht auszusprechen vermochte, eine Frist bis zum nächsten gemeinen Tage gewährt ward⁸⁹). Nach Fabri dagegen wird das Urtheil von den Geschworenen nach stattgehabter Berathung gefunden und von ihrem Vorstande, dem Urtheilsmann, eingebracht⁹⁰). Die Richtigkeit dieser Angabe Fabri's wird vielfach durch das Zeugniß von Urkunden bestätigt⁹¹).

In dem Urtheilsmann und den Geschworenen hat man die deutsche Schöffeneinrichtung wiederfinden und dabei die Zahl der zu einer Gerichtssitzung hinzuzuziehenden Schöffen auf vier bestimmen wollen, weil nach dem c. 130 des m. R. R. vier Mannen nach einander um das Urtheil gefragt

ys, se nicht allene by dem bröcke, darup gesettet, denn ock by den schaden, so daruth entstan möchte, vordern vnde essen.

88) M. R. R. c 128. Ordels tho finden yegen synem rechten heren, edder synem man, edder synem mach, dat en gheit an eere, edder an gesundt, des mach sick ein man wehren.

89) M. R. R. c 130. Wenn men einen man eines ordels fraget, vnde he des nicht finden kan, darff he dar syn recht tho dönde, dat he des nicht finden könne, so mach he ydt wol fragen einen andern, darna den drüdden vnde den veerden. Thom latsten, dar he dar syn recht tho don, dat he des noch nicht gefynnende en könne, he finde ydt doch beth tho dem menen dage.

90) Fabri S. 160. Wenn ein Ordelsman yn säcken vmme ein ordel edder recht gefraget wert, so esschet he des Heren gesworen tho sick vnde tritt aff, vnde fraget denn widerumme dat recht, darumme he vam Richter affgewiset ys, wat de dar vinden vnde besluten, dat brenge he wedder yn.

91) Brieflade Nr. 995. Darauf habe ich Richter des Herrn Meisters Geschworene abgewiesen, das Urtheil zu rügen (wrogende) und mit Recht einzubringen. Sie brachten mit Recht ein etc.

werden konnten ⁹²⁾. Diese Annahme beruht aber auf durchaus irrigen Voraussetzungen. Zunächst ist die Schöffeneinrichtung keineswegs eine allgemeine Einrichtung der Gerichte des Mittelalters. Die Schöffen kommen vielmehr nur bei bestimmten Gerichten vor und zwar nach Sächsischem Rechte nur bei solchen, die aus den Gaugerichten hervorgegangen waren und noch unter Königsbann dingingen. Solche Gerichte gab es aber in Livland nicht. Ferner bildeten die Schöffen einen besonderen Stand von Urtheilern, meist von bestimmter Zahl, die bald geborene und dazu geerbte, bald unter einander gekieste waren, bald nach den Höfen wechselten. Dieses gilt gleichfalls nicht von den Geschworenen in Livland. Auch die Beschränkung der Zahl der Letzteren auf vier erweist sich als durchaus irrig. Denn da das cap. 130 des m. R. R. dem Sächsischen Landrecht (II, 12 § 7.) entlehnt ist, so wäre dieselbe Schlussfolgerung in Beziehung auf die Zahl der Schöffen in den Sächsischen Gerichten zulässig, die aber zu einem ganz falschen Resultate führen würde. Wie sehr sich die Verfasser des für Livland umgearbeiteten Sachsenspiegels und des mittleren Ritterrechtes dessen bewusst gewesen, dass die Schöffeneinrichtung dem Livländischen Rechtsleben fremd war, geht schon unzweifelhaft aus dem Umstande hervor, dass der Ausdruck Schöffe überall aus den, dem Sächsischen Landrecht entlehnten Stellen weggelassen ist. Eben so wenig darf man aber in den Geschworenen des Livländischen Rechtes die Geschworenen im modernen Sinne des Wortes wiederfinden wollen. Es ergibt sich dies schon aus dem Umstande, dass auf den Wahrspruch der Letzteren immer erst das Urtheil folgt, während die Urtheilfinder des älteren Rechtes das Urtheil selbst fällen. In unseren einheimischen Quellen ist der Ausdruck „Geschworener“ aus der Sprachweise des Mittel-

92) Helmersen l. c. § 99 Anm. 1 u. 2.

ters zu erklären, nach welcher Jeder, der aus irgend einem Grunde geschworen hatte, als solcher bezeichnet wurde. Er ist daher auf alle diejenigen zu beziehen, die den Lehnseid geleistet und vermöge ihrer Dingpflicht bei der Gerichtssitzung gegenwärtig waren. Aus diesem Grunde werden aber nicht bloß die behufs der Urtheilsfindung gegenwärtigen Mannen, sondern auch andere im Gerichte thätige Personen, wie namentlich die Beisitzer und die Rätthe, Geschworene genannt ⁹³).

Der Urtheilsmann war der Vorstand der Geschworenen und unterschied sich von diesen durch seine besondere Stellung im Gericht ⁹⁴), so wie dadurch, dass an ihn alle Urtheilsfragen gerichtet wurden und er das Urtheil nach stattgehabter Berathung mit den Geschworenen einbrachte. Zu dieser Berathung wurden auch die Beisitzer hinzugezogen, wenn im einzelnen Falle z. B. bei einem Localtermine keine Geschworenen gegenwärtig waren ⁹⁵). Folgten die Geschworenen dem Aufruf des Richters nicht und wurde er in Folge dessen an der Gerichtshegung verhindert, so verantworteten sie für jeden daraus entstehenden Schaden ⁹⁶).

93) Brieflade Nr. 1075 Ich Melcher Metztaken, Mannrichter im Stift zu Derpte — thue kund und bekenne offenbar sammt meinen beiden Beisitzern — beide meines gnädigen Herrn Stifts Geschworne etc. Urkunde der Königin Margarethe von Dännemark vom 22. July 1282. — et mandamus capitaneo Revalensi et duodecim juratis regni etc. (U.-B. Nr. CDLXXX).

94) Siehe Anm. 144.

95) Fabri, S. 235 Item so tredt de Ordelsmann aff, esschet vnde nimt tho sick de Geswaren des Stiftes, aldar thor stedde. So dar nene geschworene, so hefft de Ordelsman macht beide bysitter vp tho esschen vnde sick darmede tho beraden. — Diese Stelle, die in Fabri's Formulare offenbar verstümmelt sich vorfindet, ist an den hervorgehobenen Stellen nach der Mannrichterordnung ergänzt worden.

96) Fabri, S. 159. So de Richter dat Recht vp des klägers vörderent nicht vullmechtigen wolde, So moth de Richter vor de sacke stan, vnde so he es nicht vullmechtigen künde, dat de geschworen personen, de he dartho behöuet, ein vp syn vormanent nicht gehorsam syn wollen, So mach he sick solckes schadens wedder am demjenigen holden, de dem rechte nicht hebben willen gehorsam wesen.

IV. Die Beistände und Vertreter der Parteien.

Die Parteien, welche „kleger“ und „antwerdesman“ genannt werden, erscheinen entweder persönlich oder durch ihre Vertreter vor Gericht. Im Falle des persönlichen Erscheinens ist es der Partei gestattet einen Vorsprecher hinzuzuziehen. Das Institut der Vorsprecher war, so lange die Mündlichkeit der Verhandlung noch unverkümmert bestand und die geschickte Stellung der Anträge, so wie die genaue Beobachtung der Formen von entschiedenem Einflusse auf den Erfolg war, von grosser Bedeutung für die Parteien. Sie entgingen, indem sie die Führung ihrer Sache einem erfahrenen Vorsprecher übertrugen, den Gefahren, die ihnen aus einem „Missesprechen“ erwachsen und hatten überdies das Recht ein vom Vorsprecher im Laufe der Verhandlung begangenes Versehen zu bessern. Der Richter musste nämlich bei jeder Rede des Vorsprechers die Partei fragen, ob sie sein Wort genehmige⁹⁷⁾. That sie letzteres nicht, so konnte sie seine Rede bessern. Dies wird mit dem Ausdrucke „erhalen“ bezeichnet⁹⁸⁾. — Dem Vorsprecher gegenüber heisst die Partei „sakewalde“ oder „hovetman“. Bestellt wurde der Vorsprecher durch den Richter, jedoch soll er den von der Partei erbetenen Vorsprecher geben und keinen anderen aufdringen⁹⁹⁾. Nur wenn zwei um denselben bitten, hängt es von sei-

97) M. R. R. c. 110. De Richter schal ymmer einen man fragen, yfft he an synes vörspraken worde tüge.

98) Daselbst c. 100. Sünder vörspraken mach ein man wol antworten vnde klagen, yfft he sick schadens trösten wil, de darna volgen möchte, des he sick nicht erhalen mach, also he by dem vörspraken wol mochte, dewile he an syn wort nicht en gheit. — Völlig missverstanden ist diese Stelle von Buddenbrock.

99) Daselbst c. 101. De Richter schal den vörspraken geuen, wen man aller ersten biddet vnde nenen andern, he en werde es leddich mit rechte.

dem Ermessen ab, wem er selbigen zulegen will ¹⁰⁰). Der Gewählte muss das Amt annehmen, sobald er vor dem Gerichte, von welchem er bestellt worden, seinen Gerichtsstand hat. Von dieser Verpflichtung kann er sich nur befreien, wenn er an der Verhandlung einer solchen Sache theilnehmen soll, die seinem Lehnsherrn, seinem Lehnsmanne oder seinem Verwandten an Leben, Gesundheit oder Ehre geht ¹⁰¹).

Mit Ausnahme von Pfaffen ¹⁰²) und Frauen ¹⁰³) kann Jedermann, der nicht bescholten oder in die Acht verurtheilt worden, Vorsprecher sein. Der Verfestete und mit Bann Belegte kann es in dem Gerichtsbezirke nicht sein, wo er verfestet oder mit Bann belegt worden ¹⁰⁴). In dem Lehnsprocess wird auch Jemand als Vorsprecher zugelassen, der nicht unmittelbar Lehnsmanne des Landesherrn ist ¹⁰⁵). Die Bestimmung des Sachsenspiegels (I, 61 § 4), dass der Vorsprecher, wenn er nicht im Gerichtsbezirke ansässig ist, für die Bezahlung der gerichtlichen Straf gelder Bürgen stellen soll, findet sich zwar nicht in dem mittleren, wohl aber in dem umgearbeiteten Ritterrecht (B. II c. 9.).

100) M. R. R. c. 103. Bidden twe vmb einen vörspraken, dat steit an dem Richter, welkerem he ersten geuen wil.

101) Das. c. 102. Vörspraken en mach men nenem manne weygeren tho wesende binnen dem gerichte, dar he wonhafflich ys, dar he gudt ynne hefft, edder dar he recht vördert, ane vp einen mach, edder vp synen heren, edder up synen man, yfft em de klage an synen liff, edder an syn gesundt, edder an syn eere gheit.

102) Das. c. 104. Ein iwelick man mach wol vörsprake syn in dem Stichte, sündler de Papen, wente men se in eren rechten nicht beschelden mach.

103) Das. c. 175. Item ydt en mach nen wiff vörsprake syn.

104) Das. c. 176. Ein iwelick man moth wol vörsprake syn, ane binnen dem Rechten, dar he yn voruestet ys, edder yfft he in des rechtens acht sy. — Das. c. 247. Des vorbanneden mannes tūch mach men wol vorleggen, edder des voracheden edder voruesteden mannes binnen dem gerichte, dar he gebannen ys. Vörspraken en mögen se oock nicht wesen.

105) Das. c. 244 s. Anm. 59.

Die Bedeutung des Vorsprechers musste schwinden, je weiteren Eingang die Schriftlichkeit im Prozesse gewann. Fabri, zu dessen Zeit die Klage und Antwort schriftlich überreicht werden durften, erklärt es für wichtiger die Processschriften mit Geschick abzufassen als einen Vorsprecher zu haben ¹⁰⁶).

Die altdeutsche Sitte, nach welcher die Parteien mit ihren Verwandten und Freunden vor Gericht erschienen, um sich mit ihnen zu berathen, bestand auch in Livland. Ihrer Gegenwart geschieht mehrfach in Urkunden Erwähnung ¹⁰⁷). Unter Umständen stand es sogar der Freundschaft zu die Rechte der abwesenden Partei zu wahren ¹⁰⁸). Die Zahl derer, welche eine Partei vor Gericht begleiteten, sollte jedoch nicht sieben übersteigen ¹⁰⁹).

Konnte oder wollte die Partei nicht selbst vor Gericht erscheinen, so liess sie sich durch einen Bevollmächtigten vertreten ¹¹⁰). In der letzten Zeit der bischöflichen und Ordensherrschaft, als die Kenntniss der fremden Rechte mehr Eingang fand und die Bestellung von Bevollmächtigten häufiger vorkommen mochte, wurden Personen, welche die Vertheidigung fremder Rechtssachen zu ihrem Berufe machten, Procuratoren genannt ¹¹¹).

106) Fabri, S. 173. Darumme ys nicht so hoch van nöden, dat du em en guden Vorman heffst, also dat du dyne schrift vnde all dyn behelp dorch gude eruarenheit beschedlik genoch yn dynen schriften wol vorwaren lest.

107) Vgl. Brieflade Nr. 617 u. a. m.

108) Siehe s. Anm. 185.

109) M. R. R. s. 180. De in dem Rechten vorklaget wert, he en moth nicht mer denn sönen man vören vor gerichte.

110) Vgl. Brieflade Nr. 79, 288, 289, 401 u. a. m.

111) Denselben wurde der Eindrang des fremden Rechtes zur Last gelegt und unsere Provinzen liefern ebenfalls Beiträge zu den Verdammungsurtheilen, die in Deutschland so häufig um diese Zeit gegen die gelehrten Juristen gerichtet wurden. Vgl. den Recess der Landesverschreibung in Pernau vom Jahre 1552 P. 16. Vnd weilen auch gemeine Stende vnd Ritterschafft durch die gemeine Procuratoren, so im Lande hin vnn widder sweben durch die weittlofftige vngewonlige Proces (die

Neben der freiwilligen bestand endlich noch eine nothwendige Vertretung durch den Vormund und zwar namentlich bei Unmündigen, Frauen, Geisteskranken, Verschwendern und Greisen ¹¹²⁾.

V. Der Gerichtsstand.

Seinen Gerichtsstand hatte der Lehnsmann vor dem Gerichte seines Lehnsherrn. Jedes andere Gericht ist für den Lehnsmann ein fremdes, vor welchem er nur ausnahmsweise auf einen Process sich einzulassen gehalten ist und zwar, wenn er in dessen Bezirk ein Gut oder eine Wohnung inne hatte, wenn er sich daselbst verbürgt hatte ¹¹³⁾ oder dort mit einer Widerklage belangt worden war ¹¹⁴⁾. In der späteren Zeit der Auflösung des Lehnswesens machte sich der Grundsatz geltend, dass der Gerichtsstand sich richten solle nach dem Wohnsitz des Beklagten. In einem vor dem Harrisch-Wierischen Rathe im Jahre 1508 verhandelten Rechtsstreite beruft sich der Beklagte auf eine Beliebung, die auf dem gemeinen Landtage beschlossen worden des Inhaltes, dass man einen jeden da ansprechen solle, wo er sein Brod esse, worauf im Urtheil „diese Be-

hinfurth gants nachgelassen vnd bei dieser Lande altem gemeinen Gebrauch bleiben soll) vmbgetrieben und boschätzett, darnach wan ssie die Parte zussamengebracht, jn der weitlofftigkeit der Rechte hangen lassen vnd ssich davon machen: das die Geleicheitt gehalten, gemeiner Adell auch selbst allen vnd jdorn solchen ledigen vnuorbundenen Gesellen nicht zuiell einreumen. (Hupel n. n. M. Stück 7 und 8. S 349.)

112) Ueber diese Vormundschaften vgl. die Geschichte des Liv-, Est- und Curländischen Privatrechts, St. Petersburg 1862, § 20—24.

113) M. R. R. c. 210. In frömbden rechten en dar nemandt antworden, he en hebbe dar gudt edder waninge ynne, — — edder he en vorbörge sick darynne.

114) Obgleich der betreffende Grundsatz des sächsischen Landrechts (I, 60, § 3) sich nicht im m. R. R. vorfindet, so müssen wir dennoch die Geltung desselben für Livland annehmen. Er ist nämlich ausser in dem Wieck-Oeselschen Lehnrecht auch im umgearbeiteten R. R. (B. II. c. 9), dem nachweislich das m. R. R. zu Grunde gelegen hat, aufgenommen, so dass seine Weglassung aus der uns erhaltenen Ausgabe des m. R. R. aus einem Versehen zu erklären ist.

liebung der ganzen Lande“ anerkannt wird ¹¹⁵). Der ältere, dem Lehnverhältniss entnommene Grundsatz für die Bestimmung des Gerichtsstandes behielt aber noch fortwährend in sofern seine Geltung, als der Besitzer eines Lehngutes zu Erbrecht stets in demjenigen Gerichte, in dessen Bezirk das Lehngut belegen war, belangt werden durfte, auch wenn er daselbst nicht seinen Wohnsitz hatte ¹¹⁶). Dagegen begründete der Pfandbesitz keine Ausnahme von der allgemeinen Regel. Der Pfandbesitzer konnte, wenn es sich im Rechtsstreite nicht etwa um das Pfandgut selbst handelte, nur vor demjenigen Gerichte beklagt werden, in dessen Bezirk er wohnte oder aber ein Lehngut zu Erbrecht besass ¹¹⁷).

Neben diesen Gerichtsständen kommt auch schon der besondere Gerichtsstand der belegenen Sache vor, der überall, wo es sich um streitige Grundstücke handelt, den gemeinen Gerichtsständen vorgeht ¹¹⁸).

115) Brieflade Nr. 714.

116) Fabri, S. 161. Item wultu einen, de buten dem Rechten yn einem andern rechte besitlik ys (d. h. seinen Wohnsitz hat) vnde doch güder yn dessen Rechten errfflikes hefft, so egent sich tho Rechte, eme de Vorladinge VI weken tho vören eer de Mandach schüth tho schicken, so he dy anders tho rechte antwerden schal. In einem Urtheile des Harrisch-Wierischen Rathes vom Jahre 1511 wird der Beklagte für verpflichtet erachtet sich auf die Klage einzulassen, weil er „Erbgüter in diesem Gerichtsbezirke hat und unserem hochw. Meister geschworen ist.“ Brieflade Nr. 768

117) Fabri, S. 162. Item, so yn dem Rechte, dar du vörgeladen bist, nene Erffgüder, men allene Pandtgüder yn wehren hefft, vnde bist nicht darinne besitlick, sunder sittest yn einem andern guden Rechte tho huse vnde tho hove, dar du huss hölst, so bindet dy de Vörladinge nicht wider yan dem Rechte, allene yn saken, de de sulften Pandtgüter belangen.

118) Brieflade Nr. 381. Der Harrisch-Wierische Rath arkennt in einem Urtheile vom J. 1492 in Klagesachen des Hans Maidell wider den Berthold Todewin aus Ringen, dass Letzterer in der Sache antworten solle, weil das streitige Erbe auf dem Dome zu Reval belegen sei und die Sache nicht die Person des Berthold Todewin betreffe. Vgl. auch die vorige Anm.

Zweite Abtheilung.

Das Verfahren.

I. Allgemeine Grundsätze.

Das Verfahren vor dem Manngerichte, wie es in den einheimischen Rechtsbüchern dargestellt wird, stimmt im Wesentlichen mit dem Verfahren vor den Gerichten des deutschen Mittelalters überein. Es ist, wie dieses, ein öffentliches und mündliches. Ein öffentliches jedoch nur insofern, als die Verhandlung in einer Versammlung der Standes- und Rechtsgenossen erfolgte und jede Partei zu derselben ihre „gewandte Freundschaft“ mitbringen konnte. Die Mündlichkeit des Verfahrens dagegen bestand in den ersten Zeiten der bischöflichen und Ordensherrschaft ganz unbedingt, in den späteren jedoch gewann die Schriftlichkeit bereits Eingang, wenngleich die Mündlichkeit auch damals noch vorherrschte. Dies ergibt sich daraus, dass die schriftlichen Eingaben stets in Gegenwart der Parteien verlesen werden mussten und dass der Zulass von Schriftsätzen als eine besondere Vergünstigung angesehen wurde, um die jedesmal gebeten werden musste¹¹⁹⁾. Der Form nach characterisirt sich das altdeutsche mündliche Verfahren dadurch, dass es „mit Urtheilen“ vor sich geht. Jede streitige Frage, jeder Zweifel, jeder für die Verhandlung der Sache wichtige Umstand musste durch ein Urtheil entschieden, beziehungs-

119) Fabri, S. 173 rāth daher dem Klāger zu sagen: ick kan nemandes auerkamen, de myne sake mündlick ynuören mach vnde suluest weth ick es ock nicht tho dōnde, hebbe derhaluen myne saken yn schrift wōthen laten stellen, ganz ynstendigen hogen vlites biddende, de sulfftigen tho rechte ynnemen vnde vorlesen willen laten, vnde darup wat recht ys my mede delen mögen.

weise festgestellt werden, ehe weiter in dem Verfahren fortgeschritten werden durfte. Jede Verhandlung von einem Urtheil zum anderen bildete somit einen besonderen Abschnitt, der seine Erledigung gefunden haben musste, ehe zu einer neuen Frage geschritten werden konnte. Dabei ist jedoch nicht ausser Acht zu lassen, dass mit dem Ausdruck Urtheil ¹²⁰⁾ im altdeutschen Verfahren ein wesentlich anderer Begriff verbunden wird, als gegenwärtig. Das Urtheil enthält nämlich keineswegs immer die Anwendung eines Rechtssatzes auf den besonderen Fall, sondern häufig nur die blosse Auskunft über einen bestehenden Rechtssatz. Dahin gehören z. B. die Urtheile, durch welche der Richter über Zeit und Ort der Vollstreckung, über die Folgen der Nichterfüllung des Erkenntnisses von Seiten der Partei u. s. w. in Kenntniss gesetzt wird. Das Urtheil wurde im Laufe der ganzen Verhandlung gefragt und konnte sich sowohl auf die Sache selbst, als auf den Gang der Verhandlung beziehen, ohne dass ein Unterschied zwischen Erkenntnissen und processleitenden Verfügungen gemacht wurde. Ueber die Verpflichtung des Beklagten zur Antwort, über das Recht der Eidesleistung, über Bürgenbestellung und dergl. mehr wurde Urtheil gefragt und gefunden. Beim Vorherrschen der Verhandlungsmaxime verfügten die Parteien unumschränkt über ihre Ansprüche, so wie über die Mittel zu deren Verfolgung. Es hing daher ganz von der besonderen Beschaffenheit des Falles und dem Belieben der Parteien ab, wenn es zu einer Urtheilsfrage kam. Nur die allgemeine Regel findet sich, dass der Richter ein Urtheil fragen soll zwischen zweier Mannen Rede ¹²¹⁾,

120) Häufig hat der Ausdruck Urtheil in der Gerichtssprache nur die Bedeutung einer Meinungsäusserung z. B. wenn es von der Partei heisst, dass sie ihr „Urtheil geführt.“

121) M. R. R. c. 110. De Richter schal — — ordels fragen twisschen twier man rede.

also sobald sich aus Rede und Gegenrede ein Streitpunkt ergeben. Im Laufe der Zeit erfuhr jedoch dieses Verfahren unter dem Einflusse der hinzukommenden Schriftlichkeit¹²²⁾ und eines veränderten Beweissystems manche Abänderungen. Es bildeten sich feste Grundsätze aus über die von den Parteien vor dem Urtheile vorzunehmenden Handlungen und das Urtheil selbst erhielt eine verschiedene Bedeutung je nach den Gegenständen, welche durch dasselbe zur Entscheidung kamen. Das Nähere darüber kann erst bei der Darstellung der einzelnen Theile des Verfahrens erörtert werden.

II. Die Ladung.

Die einheimischen Rechtsbücher enthalten im Wesentlichen übereinstimmend folgende Angaben über die Ladung. Falls derjenige, gegen den die Klage erhoben werden soll, im Gerichte nicht zufällig gegenwärtig ist¹²³⁾, muss er zur Verhandlung der Sache vor Gericht geladen werden. — Die Ladung erfolgt durch Wahrzeichen¹²⁴⁾, die ihm vom Richter in seine Wohnung und, wenn er ausser dem betreffenden Territo-

122) Die Einführung der Schriftlichkeit rechtfertigt Fabri S. 173 mit folgendem, für unsere Vorfahren wenig schmeichelhaften Grunde: wente der vnordentlike vngestümicheit mit partyen schriende vnde ropende wert hir yn richtes handelen so auerflödich ynt gemen gebuket, dat ydt nicht mögellik ys, dat de Richter mit einer ydorn sacken sich entreden könne, so de schriff nicht gebuket wörde.

123) Diese Voraussetzung ergibt sich aus dem Gegensatz: „Is de man tho antworde“ und „is he nicht tho antworde“. Wald. Er. Recht c. 42 § 1 u. 3 und von da übergegangen in das m. R. R. c. 71 § 1 u. 4.

124) Es war eine alte, bei vielen germanischen Stämmen verbreitete Sitte, die Dingpflichtigen durch des Richters Zeichen zu laden. Als solche kommen vor: des Richters Siegel, sein Stab, der durch Kerben, den eingeschnittenen oder angehängten Namen gekennzeichnet war, ein Hammer u. dergl. mehr. Jedenfalls stehen die Wahrzeichen unserer Rechtsbücher mit diesen Richterzeichen in Verbindung.

rium ist, auf das Gut, wo er angesessen, zugesandt werden. Von der Ladung bis zum Tage, an dem der Geladene im Gerichte erscheinen musste, war eine gewisse Frist, und zwar in der Regel von vierzehn Nächten¹²⁵⁾, bestimmt. Beim Ausbleiben des Beklagten musste die Frist dreimal wiederholt werden¹²⁶⁾. Erschien er auch dann nicht, so trat das Contumacialverfahren ein¹²⁷⁾.

Neben dieser Frist kommen ausnahmsweise auch längere und kürzere Ladungsfristen vor. Ist nämlich der zu Ladende ausserhalb des Gerichtsbezirkes wohnhaft, so wird ihm eine dreimalige Frist von je sechs Wochen gewährt, ist er aber über See abwesend, so erhält er eine Frist von Jahr und Tag¹²⁸⁾. Eine Ladungsfrist von nur einmal vierzehn Nächten kam bei Klagen um ausgeliehene und deponirte Sachen, so wie um eine Geldschuld vor. Versäumte der Beklagte diese Frist, so wurde der Kläger sogleich in den Besitz der ausgeliehenen oder deponirten Sache gesetzt und der Schuldner ausgepfändet¹²⁹⁾.

125) Es ist dies eine, in dem altdeutschen Verfahren häufig wiederkehrende, mit dem Mondwechsel im Zusammenhange stehende Frist.

126) Wald. Er. Recht c. 42 § 3. Is he nicht tho antworde, So legge em de Richter synen dach: effte he Binnen Landes Is, veerteyn nacht vnd echt vnd echt. § 9. Weme syne dage mit rechte werden gelecht alsus, dem sall de richter dusse dage in syn hus beden mit Warteken. — Im m. R. R. c. 71 lautet die Stelle: En ys ein man nicht tho antworden, so lecht man em syne dage XIV nacht vnde öuerst, vnde thom drüdden mal XIV nacht, yfft he in dem Stichte wonhaftig sy vnde entbede em de dage in syn hus mit warteken.

127) Siehe Anm. 178.

128) M. R. R. c. 71. Is he auer See, so hefft he jar vnde dach. — Wanet he öuerst buten dem Stichte, so legge men em sös weken tho dren malen vnde bede em de dage in syn gutt.

129) M. R. R. c. 117 s. Anm. 320 u. c. 190. Wat men einem manne lehnet, edder deit tho beholdende apenbar, mach he dat betügen sülff drüdde, men mach noch düffte noch roff daran nicht theen. Auer veertein nacht schal men öuerst yennen vörladen tho vorstande syn gutt, yfft he will. Deit he des nicht, men weldiget es jennem, de darup klaget.

Die Ladung ging vom Richter aus, „er legte die Tage“, er „entbot sie dem Beklagten in sein Haus“; daher hatte er auch Antheil an den Strafgeldern im Falle der Nichtbeachtung der Ladung¹³⁰⁾.

Das dargestellte Ladungsverfahren erfuhr in einzelnen Theilen des Landes in der Folge wesentliche Abänderungen, wie wir aus der Darstellung des Verfahrens bei Fabri ersehen, das er als das allgemeingültige, mit Ausnahme des Erzstiftes' hinstellt. Im Erzstifte, sagt er, gehe es überall anders zu und müsse man namentlich behufs der Vorladung vom Richter ein Wachszeichen (wasteken) erlangen¹³¹⁾. Dasselbst scheint somit das Verfahren der Rechtsbücher beibehalten zu sein, nur mit dem Unterschiede, dass an Stelle der früheren Wahrzeichen nunmehr Wachszeichen (Siegel) treten¹³²⁾.

Nach dem von Fabri dargestellten regelmässigen Verfahren dagegen geht die Ladung nicht vom Richter, sondern vom Kläger aus und darf in keinem Falle unterbleiben. Ohne vorhergegangene Ladung braucht der Gegner, auch wenn er zufällig in dem Gerichte gegenwärtig ist, sich auf die Klage nicht einzulassen¹³³⁾. Zum Zwecke der Ladung wird von dem Kläger ein Ladungsbrief in doppelten Exemplaren ausgefertigt¹³⁴⁾, welcher ausser der Angabe des Ortes und der Zeit der

130) Vgl. Anm 126.

131) Fabri, S. 167. Item yn dem Stichte van Rige moth me beneuen der Vorladinge ein Wasteken van dem Richter erweruen vnde synes Amptes segel, anders bindt de Vorladinge nicht; ock gheit ydt darmit allen dingen anders tho.

132) Brieflade Nr. 289. Es hat sich begeben, dass unser allergnädigster Erzbischof zu Riga durch Wachszeichen hatte vorladen lassen (bewastekent vnd vorgeladen) nach stiftischem Rechte die ehrbare Frau Wittwe etc.

133) Fabri, S. 161. Item, de nicht vor sodaner bestemmeder tidt, dem de darna vörgeladen wert, darff vp de vorladinge tho rechte nicht stan thor antwert, he wolde ydt denne vth gudem willen gerne don, öuerst he ys dar nicht tho vorpflichtet; giff he sick dartho, he moth darby bliuen.

134) Die beiden Exemplare wurden auf einem Bogen geschrieben, der in der Mitte zwischen den beiden Ladungsbriefen mit einigen Buchstaben beschrieben

Gerichtssitzung alle Klagepunkte enthalten muss, die der Kläger vorzubringen beabsichtigt. Auf einen nicht ausdrücklich in dem Ladungsbriefe bezeichneten Gegenstand ist der Geladene nicht zu antworten verpflichtet¹³⁵⁾. Eine genaue Bezeichnung des Gegenstandes der Klage war aber um so nothwendiger, als der Beklagte, wenn er sich schriftlich auf die gegen ihn erhobene Klage erklären wollte, seine Antwort in dem für die Verhandlung der Sache anberaumten Termine schon bereit haben musste, ehe ihm noch die Klageschrift mitgetheilt worden. Seine Erklärung konnte sich somit nur auf den Inhalt des Ladungsbriefes beziehen. Dieser Umstand wurde nicht nur zu vielfachen Chikanen benutzt¹³⁶⁾, sondern gab dem Ladungsbriefe eine so grosse Bedeutung, dass Fabri ihn mit Recht als den Grund und ersten Anfang des Rechtsstreites bezeichnet¹³⁷⁾. Von den beiden Exemplaren des Ladungsbriefes behält aber der Kläger das eine des Beweises halber, während er das andere dem Gegner¹³⁸⁾ übergibt oder durch einen Boten zusendet¹³⁹⁾, der in dem gebannten Frieden des obersten Gerichtes steht. Fabri

und sodann daselbst durchschnitten wurde. Es waren dies die sog. „ausgeschnittenen Zettel.“

135) Fabri, S. 164. Alle vnde ein jder sake besondern, darumme du dynen wedderpart gedenckest anthospreckende, möthen yn der Vorladinge namhaftig vthgedrucket stan, wente wat yn der Vorladinge nicht vthgenömet ys, dar darff dyn wedderpart dy datmal nicht tho antwerden.

136) Fabri, S. 166. Öuerst de redlicheit wert nu nicht mehr angeseen, me macket jtzundes dorch so korte vnde duncker wort, alsoe man kan, vp dat dat jegendel nicht de ordentlike grundt vorstan könne edder möge.

137) Das S. 163. Na deme de Vorladinge de rechte grundt, veste vnd erste anuanck aller rechtes vörderinge ys, ane welkere ock nen richtes handel angeuangen, noch vele weiniger möge vörgestellt werden.

138) Das. S. 169. Item de houeman mach se em ock wol suluest averantwerden, wor he by en kumpt.

139) Das. S. 166. Item wenn de Vorladinge so bereit ys so behölstu ein part, dat ander schickestdu denne dynem wedderpart mit einem wissen baden tho handen.

räth sich dabei eines „deutschen Knechtes“ zu bedienen, der ein Zeugniß abzulegen befähigt ist. Will der Geladene den Ladungsbrief nicht empfangen, so legt der Bote ihn vor ihm mit der Erklärung nieder, dass der Kläger den Rechtsstreit nichts desto weniger fortführen werde. Die Fristen, die vom Tage der Ladung bis zum Erscheinen im Gerichte dazwischen liegen sollen, giebt Fabri in Uebereinstimmung mit den Rechtsbüchern für die im Gerichtsbezirke Anwesenden auf wenigstens vierzehn Tage, für die Abwesenden auf sechs Wochen an.

Das von Fabri geschilderte Verfahren wurde für Harrien und Wierland durch die Beliebung der dortigen Ritterschaft vom Jahre 1500 in seinen wesentlichen Punkten festgestellt ¹⁴⁰⁾ und können wir daher die weitere Ausbildung desselben um so mehr in das XVI Jahrhundert verlegen, als alle bisher aufgefundenen Ladungsbriefe aus dieser Zeit datiren ¹⁴¹⁾.

III. Die Eröffnung des Gerichtes.

Die Verhandlungen auf den Manntagen begannen damit, dass der Friede gebannt ¹⁴²⁾ und dem Mannrichter aufgegeben

140) Beliebung vom Jahre 1500: Welcker guth mhan, die mitt dem andern to donde hefft, die schall ihm sine beschuldunge setten vp einen Zettel, was he to ehm to seggen hefft. Was he in die Zettele setten, dar schall he ehm to antworden, vnd nicht to andern saken, die dar nicht inne stahn, besundern he lade ehm thom andren mhall vor. Wat dar den ock inne steht, dar mag he den tho antwerdén. — Diese Beliebung ist nach einer auf der Universitäts-Bibliothek zu Dorpat befindlichen handschriftlichen Sammlung estländischer Privilegien wiedergegeben. Bei Hupel n. n. M. Stück 11 u. 12 S. 372 ist sie in hochdeutscher Sprache abgedruckt.

141) Vgl. Brieffladen Nr. 935, 1062, 1245, 1246 u. 1429.

142) Fabri, S. 186. Item ydt ys gewönlick tho allen Mandagen, dat dar vor anvange des Rechten ein frede gebannen werde, vth gewalt vnde macht des öuersten gerichtes.

wurde Recht zu pflegen ¹⁴³). Die Eröffnung des Gerichtes durch den Mannrichter musste in der rechten Form und zur rechten Zeit geschehen. Zur rechten Form gehörte, dass der Richter mit seinen Beisitzern sich setzen und der Urtheilsmann sich vor sie hinstellen musste ¹⁴⁴). Die Beobachtung dieser Form war ein so nothwendiges Erforderniss der Gerichtshegung, dass die Partei, wenn sie den Richter mit einer Klage angehen wollte, vor Allem ihn bitten musste seinen Sitz einzunehmen ¹⁴⁵). „Ein Gericht sitzen“ war daher auch die gebräuchliche Bezeichnung für das Hegen des Gerichtes ¹⁴⁶).

Die rechte Zeit war der Tag, die Zeit nach Sonnenaufgang bis vor Sonnenuntergang. Jedoch darf am Nachmittage keine Sache begonnen, wohl aber die bereits begonnene Verhandlung fortgeführt werden ¹⁴⁷). War das Gericht in rechter Weise und zur rechten Zeit eröffnet, so war es „vulmechtig“. Dieser Umstand musste jedesmal auf die Frage der Partei durch den Richter oder durch ein besonderes Urtheil des Urtheilsmannes vor dem Beginne jeder weiteren Verhandlung constatirt werden ¹⁴⁸).

143) Fabri S. 187. Wenner nu de frede — gebannen ys, so wert dem Manrichter beualen van dem Ouersten Rechte, des rechten tho wachten.

144) Das. S. 160. Item de Richter mit sinen besitzern schollen yn dem gehegeden richte sitten vnde de Ordelsman vor em stan.

145) Fabri, S. 188. Vnde spreck: Herr Richter, ick begere van wegen des rechtes, dat gy juw willen setten vnd ein vulmechtig Recht hegen.

146) Brieflade Nr. 99: als wir das Gericht sassen unseres ehrwürdigen Hochmeisters von Preussen.

147) Fabri, S. 158. Item de Richter schal sick ock buten den Mandagen namiddage, edder Sunnen vnterganck nicht gebrucken laten; so ouerst de sacke vormiddage angeuangen, beth vp den namiddach sick vorstreckede, dat mach tho langen tho rechte.

148) Fabri, S. 188. Item, so de Richter allrede sitt, wenn du vor enn kompst, edder vp solck dyn beger sick mit synen bysitzern settet vnde den Ordelsman vor sick stellet, so tret du vor dat recht vnde spreck also: Herr Richter,

IV. Die Klage.

Einen Zwang zur Anstellung der Klage gab es nicht¹⁴⁹⁾, wohl aber die Pflicht eine begonnene Klage durchzuführen¹⁵⁰⁾. Ohne vorgängige Klage kann ein Verfahren nicht eingeleitet werden; ist die Klage aber einmal anhängig gemacht, so darf in der Sache ein Vergleich nicht ohne Zustimmung des Richters abgeschlossen werden¹⁵¹⁾. Abweisen darf der Richter die Klage nur auf Antrag des Beklagten¹⁵²⁾.

Die Klage des Sächsischen Rechtes „mit anevang“, welche mit einem körperlichen Angriff auf die Sache beginnt und in ihren Voraussetzungen und Folgen manche Eigenthümlichkeit hat, scheint unseren einheimischen Rechtsquellen fremd geblieben zu sein, wenigstens ist die Hauptstelle des Sachsenspiegels darüber (II, 36) nicht in dieselben übergegangen. Dagegen sind einzelne Stellen des

ys dat Recht vulmechtig? vnde yfft du schöne suluest wol süst, dat ydt vulmechtig ys, so ys ydt de gebruck, dat du allikewol fragen most, vnde vp de frage antwerdet dy denn de Richter wedderumme mit solcken wörden edder derglicken: Ja, also vor Ogen ys, edder also gy seen mögen. — Das S. 233. So schal de Richter den Ordelsman fragen: Her Ordelsman ys dat Reckt ock vullmechtig? Darup de Ordelsman tho rechte antwerden schal, so verne ydt mit Recht vorwart wert, so ys dat Gerichte itzundes vullmechtig.

149) M. R. R. c. 108. Men schal nenen man dwingen tho yennigerley klage, der he nicht begunnt hefft, wente ein iwelick man mach wol synen schaden swigen, dewile he dat süluue wil.

150) Das c. 48. We — — syne klage nicht vor gerichte vullnvoret, — de weddet dem Richter.

151) Das c. 77. Wat klage vor gerichte kumpt, de mach men nicht vorliken ane des Richters vullwort. Wat öuerst nicht vor gerichte vorklaget wert, dat en darff men nicht richten. Vgl. auch c. 135.

152) Das. c. 201. De Richter noch nen man en mach nenen van syner klage vorwysen sünder de yenne, dar de klage vp gheit, de mach en affwysen mit syner vnschuldt.

Sachsenspiegels aufgenommen, die vom Unterwinden handeln ¹⁵³). Jedenfalls ist das Unterwinden als eine besonders ausgezeichnete Art der Klageanstellung im m. R. R. aufgefasst, da der mit einem Anspruche auf das Gut abgewiesene Kläger, falls er sich dessen nicht unterwunden hatte, auch nicht Busse und Gewedde verwirkt haben soll ¹⁵⁴). Wenn nun auch das Nähere über das Verhältniss des sich Unterwindens zur Klage mit Anfang nicht bekannt ist, so ist es doch keineswegs nothwendig, beide Klagen gleichzustellen, da auch das Sächsische Recht (Sachsenspiegel I, 52 § 1) ebenso wie das mittlere Ritterrecht ¹⁵⁵) bei Eigenthumsansprüchen auf Grundstücke ein Unterwinden kennt, welches nicht von einem „anvangen“ begleitet wird.

Die schriftliche Klage enthält ihrem Inhalte nach eine nähere Ausführung der im Ladungsbriefe angegebenen Streitpunkte ¹⁵⁶) und schliesst mit einem angemessenen Gesuche und der Bitte um Schaden- und Kostenersatz ¹⁵⁷).

V. Das erste Verfahren.

Es war nicht gestattet eine Klagesache mit Umgehung des Manngerichtes unmittelbar beim Landes- oder Stiftsrathe anzu-

153) M. R. R. c. 207. Ock moth ein man sick wol vnderwinden synes gudes mit rechte, wor he süth, dat men ydt em mit vnrechte vorentholde Das. c. 96. Spreckt ein man gudt an vnde klaget he darup, vnde wert he mit rechte dar van gewiset, he blifft des ane broke vnde ane wedde, dewile he sick des nicht vnderwinnet.

154) Siehe die vorige Anmerkung.

155) M. R. R. c. 249. Wenn ein man synem heren gudt vorsaket vor synen mannen, dat he van em hefft, dat gudt schal dem heren leddich syn. Hefft he ydt öuerst vort vorlehnet vnde vnderwindet sick des de öuerste here etc.

156) Fabri, S. 173. So nym de Vorladinge vnde legge vor dy, darmede du dynen yegendel vörgeladen heffst vnde macke denn dyne beschuldunge vnde Anklage vp ein yder punct vnde Artikel besondern na vorvolch der Vorladinge.

157) Das. S. 176. Des ick hape tho Gade vnde dem Rechten, — — he schal my geborlicken lick, waudel vnde vor vnrecht rechts plegen mit temeliken wedderstatinge alles hinderlicken schadens, kost unde teringe.

bringen, ausgenommen, wenn beide Parteien sich darüber vereinbarten. In Harrien und Wierland musste in diesem Falle überdies der Landesrath seine Zustimmung dazu ertheilen ¹⁵⁸⁾. Die Verhandlung der Klage vor dem Manngerichte begann damit, dass der Richter, nachdem das Gericht in üblicher Weise für „vulmechtig“ erklärt worden, auf Bitte des Klägers den Beklagten durch dreimaligen Namensaufruf vorforderte ¹⁵⁹⁾ oder, wie es gewöhnlich in den Quellen heisst, ihn mit drei Stimmen eschte ¹⁶⁰⁾. Nachdem sich der Beklagte auf solchen Aufruf eingestellt hatte, begann der Kläger mit dem Vortrage seiner Klage. Derselbe erfolgte entweder mündlich oder durch Vorlesung einer Klageschrift ¹⁶¹⁾, die darauf dem Richter überreicht wurde. Nach den Rechtsbüchern erhielt der Beklagte, wenn er zufällig gegenwärtig war, bei Klagen um Lehngut eine Frist von sechs Wochen zur Antwort, in allen anderen Sachen aber sollte er sich sogleich erklären ¹⁶²⁾. Diese letztere Bestimmung der Rechts-

158) Fabri, S. 195. Alle saken (möthen) yn dem Neddersten Rechte vorhandelt werden, eer dat se yn dat Ouerste Recht mögen gebracht werden, ydt were denn sake, de parte von beyden syden ydt beleueden vnde vorwilkörden, dat se er recht stracks vor dem Ouersten anuangen wolden — — Yn Harryen vnde Wirlande möthen de parten gemenlik ersten vor dem Ouersten de vulbort erweruen.

159) Das S. 189. So bëger ick van juw vnde des Rechtes wegen, dat gy hir tho rechte voresschen den Erbarn N. tho rechte antwerdet, vp sake vnde ansprake, darumme ick ene hir tho rechte vörgeladen hebbe. Item so fanget de Richter an vnde esschet denjenigen by namen, den du so thor antwert begerest, thom Ersten, thom Andern vnde thom drüdden mahle tho rechter antwert.

160) Brieflade Nr. 380, 719 u. a.

161) Fabri, S. 189. Item so nu dyn wedderpart also gehorsamlick erschienet, so heff an vnde spreck: Her Richter, de sacke, ock de anspracke, darvumme ick myn wedderpart itzundes tho Rechte vörgeladen, hebbe ick hir yn desse schrift stellen laten, welckere ick bidde afflesen, tho hörende vnde richtlick ynthonemende vnde Erkenntnisse, wo ein Recht ys, darauer ghan vnde vullen then laten.

162) M. R. R. c. 71. Wil de Bisschop beklagen synen man vmb Lehen-

bücher ist jedoch durch die spätern Grundsätze über die Ladung, wenigstens ausserhalb des Erzstiftes, als antiquirt anzusehen ¹⁶³). Auf die Klage eines Gebannten, Geächteten oder Verfesteten brauchte man nicht zu antworten, wogegen dieser auf eine gegen ihn erhobene Klage zu Recht stehen musste ¹⁶⁴). Die Erklärung konnte in der späteren Zeit, ebenso wie die Klage, schriftlich überreicht werden, musste aber gleichfalls zuvor in Gegenwart des Klägers verlesen werden. Als Grundlage für die Abfassung derselben diente der Ladungsbrief, der in allen seinen Punkten beantwortet werden musste ¹⁶⁵). Eine Replik von Seiten des Klägers war nach der Darstellung Fabri's zulässig, wenn gleich nicht häufig. Fabri hält sie für sehr nützlich und rath daher dem Kläger, wenn ihm die Einwendungen seines Gegners bereits bekannt sind, die Widerlegung derselben entweder schon in die Klage aufzunehmen oder aber einen besonderen Schriftsatz zu diesem Behufe zu überreichen ¹⁶⁶). Ein weiteres Verfahren nach der Replik wurde nicht zugelassen, so

gudt vnde ys de man tho antworden, he findet sös weken dach, yfft he wil. — Beklaget he en öuerst vmb andere sake, so moth he antworden althohandt.

163) Siehe s. Anm. 133.

164) M. R. R. c. 247. Klagen se (de vorbannede, vorachtete edder veruestede man) ock vp yennigen man, he en darff en nicht antworden, yfft he den banne, de veste, edder de achte tügen kan. Klaget men aver se binnen dem gericke, darin se veruestet syn, so möthen se antworden, alle de vp se klagen. Vgl. auch c. 202.

165) Fabri, S. 173. Item, ym geliker mathe deit de antwerdesman, wanner he syn antwert maken wil, moth ydt na der Vorladinge, de eme thogesandt, ock maken

166) Fabri, S. 180. Item, dewile wedderlegging yn dessen Rechten, edder Replichen tho gebrucken nicht gawönlick, so ys seer nütte desse Cautele yn der anklage, overst wenn du des antwerdes grund vnde behelp so vele west, dat du ydt don kanst, so ys nictes nütters, denn dat du eine rechtsinnige Replich edder wederleginge, tho reden, rechte vp des wedderdels vorantwerding beneuen der klage bereit heffst vnde mit dy ynt Recht bringest.

dass der Kläger in diesem Falle das letzte Wort behielt ¹⁶⁷⁾. Als Grund für diese Eigenthümlichkeit giebt Fabri an, dass das Hinausschieben einer Verhandlung von einem Gerichtstage zum andern unzulässig sei, was bei weiteren Schriftsätzen unvermeidlich gewesen wäre ¹⁶⁸⁾.

Ihrem Inhalte nach konnte die Erklärung des Beklagten darin bestehen, dass er die Verpflichtung „zur Antwort“ bestritt, oder aber darin, dass er auf den Gegenstand der Klage einging. Nur im letzteren Falle „antwortete“ er. Eine Ablehnung der Antwort konnte erfolgen, wenn der Beklagte nicht gehörig vorgeladen worden ¹⁶⁹⁾ oder der Kläger nicht legitimirt war ¹⁷⁰⁾, wenn das Gericht nicht zuständig ¹⁷¹⁾ oder die Sache bereits gerichtlich entschieden war ¹⁷²⁾. Fabri bezeichnet diese Art der Vertheidigung bereits als ein Vorschützen von Exceptionen ¹⁷³⁾. Derartige Einreden wurden jedoch nur berücksichtigt, wenn sie vor der Antwort geltend gemacht waren ¹⁷⁴⁾. Die Verhandlung in Beziehung auf dieselben ging der über die Sache selbst voraus und bildete somit ein selbständiges Zwischenverfahren, in welchem über die Befreiung des Beklagten von der Antwort

167) Fabri S. 182. Item de Proces des Ridderrechtes yn Lifflandt strecket sick nicht wider, darumme ys nicht nodt, wider van duplicken, triplicken edder quardruplicken tho trackteren.

168) Das. S. 182. Wente de vptöge van dem einen Rechtdage thom andern kan hir nene stede hebben.

169) Brieflade Nr. 382, 792.

170) Das. Nr. 401.

171) Das. Nr. 381, 714.

172) Das. Nr. 492, 820, 1255.

173) Fabri, S. 162. Vnde schütten dat Recht dorch solcke exception, also vorgeschreuen, dat du tho solcker saken yn den rechten vnuerwandt nicht vorpflicht bist tho antwerden.

174) Das. S. 162. Giffstu dy öuerst ane nodt thor antwert, du must darby bliuen.

oder die Verpflichtung desselben dazu durch ein Urtheil erkannt wurde, welches durch Bescheltung an die Oberinstanz gelangen konnte ¹⁷⁵⁾.

Wurde die Verpflichtung des Beklagten zur Antwort festgestellt oder war sie von ihm gleich anfangs zugegeben, so erfolgte die Hauptverhandlung, die sich in den bereits erwähnten Formen der Antwort und Replik bewegte. Widersprachen sich die Behauptungen, so trat die Nothwendigkeit des Beweises ein.

Hinsichtlich der Widerklage, die den einheimischen Quellen ebenfalls bekannt ist, gelten die Grundsätze des Sächsischen Rechtes. Sie konnte nicht mit der Erklärung verbunden, sondern nur nach Beendigung der Hauptklage angebracht werden ¹⁷⁶⁾. Den Vortheil, als Hauptkläger zu gelten und seinen Anspruch zuerst zur Entscheidung zu bringen, suchte man sich durch zeitige Ladung seines Gegners zu wahren ¹⁷⁷⁾.

VI. Verfahren beim Ausbleiben der Parteien.

Erscheint der Geladene im anberaumten Termine nicht, so erhält er nach Bestimmung der Rechtsbücher noch eine zweite und dritte Frist von je vierzehn Nächten, und erst, wenn er auch im letzten Termine ausbleibt, wird er für sachfällig er-

175) Die in den Anm. 169—172 angezogenen Belegstellen aus der Brieflade enthalten sämmtlich Entscheidungen der Oberinstanz über die vorgeschützten Einreden.

176) M. R. R. c. 197. Welck man vp den andern klaget vnde de yenne wedder vp en, de erste geklaget hefft, en böret yennem nicht tho antworden, he sy denn erst leddich van em. Vgl. auch c. 249.

177) Fabri, S. 174. Item wanner de antwerdesman egentlick weth, dat ein ander ene tho rechte gedencke vörtholaden, so erdencke he mit allem vlite wedder eine orsake, darvomme he den anklieger wedderumme vorlade vnde hebbe syne Vorladinge by tiden bereit vnde thosschike de dem klegger, eer he syne Vorladinge erlange, so hefft he dat vorrecht vnde de anklieger moth dy ersten antwerden.

klärt ¹⁷⁸⁾. Dasselbe geschieht, wenn der Geladene zwar gegenwärtig ist, aber seine Antwort ohne rechtliche Gründe verweigert ¹⁷⁹⁾ oder aber, wenn er, nachdem er seine Vertheidigung begonnen, in den späteren, für die Verhandlung der Sache anberaumten Terminen ausbleibt ¹⁸⁰⁾. Erschien dagegen der Kläger nach dreimaliger Vorladung nicht, so wurde der Beklagte der Klage ledig ¹⁸¹⁾.

Auch für die spätere Zeit hat sich der Gebrauch erhalten, dass der Kläger den ausgebliebenen Beklagten „zu drei Zeiten“ sachfällig erklären ¹⁸²⁾ und sich darüber einen versiegelten Gerichtsschein ausfertigen lassen musste, ehe er auf Vollstreckung des Contumacialurtheils antragen konnte ¹⁸³⁾. In Beziehung auf die Fristen jedoch, die zwischen jedem Aufruf des Richters beobachtet werden mussten, erscheint die Bestimmung der Rechts-

178) M. R. R. c. 114. Were ein man vor gerichte vorklaget, an welcher sake ydt sy vnde en kumpt he nicht vor den Richter, so schal he eme leggen syne rechtdage, dre veertein nacht; kumpt he darunder nicht, so schal en de Richter richten.

179) Das. c. 219. De einen man vor gerichte beschuldiget vnde em de Richter tho rechter antworde gebeut, wil he nicht antworden, noch mit rechte sick entreden, dat he tho rechte nicht antworden scholde, so delet men en weddeafftich; also deit men ock tho dem andern, överst tho dem drüdden male; antwort he denn nicht, so ys he vorwunnen an der schuldt.

180) M. R. R. c. 125. We ock beginnet tho antworden vnde wert em ein dach gelecht mit Rechte, kumpt he denne nicht vör, he ys in der klage verwunnen, he bewise denn rechte nodt.

181) Das. c. 120. Is de sakewoldige dar nicht, so schal man ydt em tho entbeden drye, yo to veertein nachten, kumpt he dar binnen nicht, so schal men en leddich delen van der klag.

182) Arieflade Nr. 454 und 775.

183) Fabri, S. 197. Item, wanner dyn wedderpart nicht thor antwert kumpt, edder gentzlick vtheblift vnde vp dyne vorladinge nicht tho dem Mandage edder Rechtdage queme, so mostu en tho dren malen tho rechte voresschen laten vnde laten en tho jederer esschinge nedderuellig delen vnde nemen vp de nedderuellige sake van dem Richter einen vorgeldten richteschin, darmede du dy vthrichinge mögest don laten, der Nedderuelligen saken binnen dren veertein dagen.

bücher wesentlich abgeändert. Nach Fabri soll der Richter zwischen jedem Aufruf eine „ziemliche“ Frist von ein bis zwei Stunden beobachten ¹⁸⁴⁾, wobei es der „Freundschaft“ des Ausgebliebenen zusteht eine Befristung des letzten Aufrufes bis zum Schlusse des Manntages zu erwirken ¹⁸⁵⁾. Dieses von Fabri geschilderte Verfahren scheint aber wenigstens in Harrien und Wierland nicht Eingang gefunden zu haben, daselbst vielmehr eine längere Frist von wenigstens einem Tage zwischen jedem Aufruf gefordert worden zu sein. In einer vor dem Harrischen Manngerichte verhandelten Streitsache ¹⁸⁶⁾ beruft sich der Kläger dem zwar gegenwärtigen, die Antwort jedoch verweigernden Beklagten gegenüber auf einen Abspruch des Rathes, welcher laute: „welcher Mann heischet den andern mit drei Stimmen drei Tage nach einander und der Geheischte gegenwärtig ist und in der Sache nicht antworten will, so soll letzterer seiner Sache niederfällig sein und bleiben und der Richter die niederfällige Sache ausrichten, sofern er zu drei Zeiten niederfällig getheilt ist in der angegebenen Weise.“

Die Wirkung eines Contumacialurtheils wurde aufgehoben, wenn der Geladene sein Ausbleiben durch echte Noth entschuldigte ¹⁸⁷⁾. Als Fälle der echten Noth werden genannt: Gefängniss, Krankheit, Wallfahrt, ausser Landès und Dienst

184) Fabri, S. 198. Ouerst wanner du en esschen lest, so mostu twischen jederer esschinge eine stande, twe, myn edder mer billick tyd laten.

185) Fabri, S 198, lässt Jemand aus der „gewandten Freundschaft“ sprechen: Her Richter, van des mannes wegen schütte ick dat Recht, de man gedencet des gemenen dages tho geneten, des de gantze gemene Ridderschop genüth, dewile ein Richter vnde Rath sittet.

186) Brieflade Nr. 380.

187) M. R. R. c. 123. We vor gerichte geladen wert mit des Richters teken vnde nicht en kumpt, de schal tho rechte wedden, he en möge denn mit synen baden bewiseu, dat ydt em notd benamen hebbe.

für den Landesherrn ¹⁸⁸). Auch war eine Wittwe Jahr und Tag nach dem Tode ihres Mannes gegen eine Civilklage geschützt ¹⁸⁹).

Versäumte der Kläger dagegen den für die Verhandlung seiner Klage anberaumten Gerichtstag ohne genügenden Grund, so brauchte ihm der Beklagte, nachdem er ihn dreimal „niederfällig theilen“ lassen, in dieser Sache nicht wieder zu Recht zu stehen ¹⁹⁰).

In dem Rechtsstreite um ein Lehngut trat ein eigenthümliches Ungehorsamsverfahren ein. Hatte sich nämlich Jemand unrechtfertiger Weise in den Besitz eines Lehngutes gesetzt und weigerte sich darauf im Gerichte zu erscheinen, so wurde das Gut mit Beschlag belegt und blieb so lange unter demselben, bis der Lehnsmann sich vor Gericht stellte. Liess er in dieser Zeit irgend etwas vom Gute abführen, so galt es für Raub. Stellte er sich aber dem Gerichte, so hatte er sein Gut befreit ¹⁹¹).

188) M. R. R. c. 124. Veer saken synt, de echte notd heten: Venckenisse, Süke, Gadesdenste butenlandes vnde des Bisschops denste. Welcker desser saken eine einen man vorhindert, dat he vor gerichte nicht en kumpt, wert he ydt bewisen wo ydt recht ys mit synen baden, wer he sy, he bliift sündersahaden vnde winnet dach beth an dat negeste gerichte edder beth he van der echten notd leddich wert. Vgl. Brieflade Nr. 775 und 813.

189) Brieflade Nr. 707. Urtheil des Harr.-Wier. Rathes vom J. 1508. Diedrich Virx meint, des Claus Leuwen Wittwe solle ihm zu Rechte stehen, da er (d. i. der verstorbene Leuwe) zu rechter Zeit vorgeladen war, worauf sie antworten liess, die Krankheit hätte ihn benommen und er sei auch in Gott dem Herrn verstorben; des hoffe sie zu geniessen. So finden wir einen Abspruch, des die Frau Revelsche genossen hat, dass sie gesessen frei in ihrem Jahr und Tag; desselben soll diese Frau auch geniessen ihr fräuliches Recht Jahr und Tag.

190) Fabri, S. 201. Darffst ene (dem ausgebliebenen Kläger) ock nicht wider vmme de sake tho rechte stan, so ydt eme anders echte vnde rechte noth nicht benamen hebben, dat he bewisen möge.

191) M. R. R. c. 72. Wil ein man nicht vorkamen vnde freuelick besitten vnde nenes rechtes plegen, so mach em de Bisschop syn gudt bespreken vndo dwingen en tho rechte, also lange beth he rechtes plege, öuerst he en schal dar

VII. Das Verfahren bei Besitzstreitigkeiten.

Von dem bisher geschilderten Verfahren tritt uns eine Abweichung bei Besitzstreitigkeiten entgegen. In unseren Quellen wird der dabei eingehaltene Processgang als Bekreuzigungsverfahren bezeichnet. Dasselbe begann mit einer Beschlaglegung auf die Streitsache¹⁹²⁾ und wurde von dem Kläger, d. i. von derjenigen Partei, welche die Rechtmässigkeit des Besitzes der Gegenpartei bestritt, durch Aufstecken von Kreuzen¹⁹³⁾ auf den betreffenden Gegenstand ausgeführt. Dazu musste sie jedoch zuvor die Genehmigung des Mannrichters einholen, der sie ihr auf ihre Gefahr schriftlich oder mündlich ertheilte¹⁹⁴⁾ und zugleich die Gegenpartei davon mit der Weisung in Kenntniss setzte, ihre Rechte binnen sechs Wochen wahrzunehmen¹⁹⁵⁾. Letztere musste die Kreuze drei Tage lang stehen lassen¹⁹⁶⁾ und darauf den Richter ersuchen sich an Ort und Stelle zu begeben,

nichts vthnehmen. Nimpt de man dar icht vth binnen der bespreckinge, so deit he roff, dat mach he vörderen als ein recht ys. Wenn öuerst ein man vorkumpt vnde sick tho rechte büth, so hefft he syn gudt gefryet.

192) Fabri, S. 226. Ydt sy denn mit Landen Lüden, Watern edder Ströme, Holte vnde Hoy.

193) Das Bezeichnen mit einem Kreuze kam auch nach sächsischem Rechte bei Beschlaglegungen auf Häuser und Grundstücke vor. Dasselbe fand jedoch nur im Executionsverfahren statt und wurde durch den Fronboten ausgeführt.

194) Fabri, S. 226. So schal de Richter ane vortoch dem kleger schriftlick edder mündlick vorgünnen de Becrützinge yn desser nauolgender gestalt: Ick N., Manrichter des Stiftes N. vorgünne juw solcke Becrützinge, also gy tho recht begeren vnde vorbede se juw tho vnrechte.

195) Das. S. 227. Vnde sette vnde legge juw eine tidt dat sulfftige mit recht tho entsettende van dessem jegenwerdigen dage an auer sös wecken.

196) Das. S. 229. Wenner nu de crütze also van dem kleger vp de gebreke gestecken syn, schal dat yegendel — — de crütze also laten stecken dre dage vnde dar nicht wedder seggen.

um den Beschlag zu heben¹⁹⁷⁾. Versäumte sie dies, ohne durch echte Noth entschuldigt zu sein, so galt sie für sachfällig und wurde ihr der mit Beschlag belegte Gegenstand aberkannt¹⁹⁸⁾. Unternahm sie etwas an dem Streitgegenstande im Widerspruch mit der stattgehabten Bekreuzigung, so galt dies als Gewalt¹⁹⁹⁾. Ersuchte sie aber in der festgesetzten Zeit den Richter um Hebung des Beschlages, so musste dieser einen Localtermin anberaumen und die Parteien davon in Kenntniss setzen²⁰⁰⁾. Sobald der Richter sodann mit seinen Folgern zur bestimmten Zeit an Ort und Stelle erschien, forderte die Partei, gegen welche die Beschlaglegung ausgeführt worden, den Richter auf das Gericht zu vollmächtigen²⁰¹⁾ und trat darauf den Beweis ihres Rechtes an dem Streitgegenstande an²⁰²⁾. Nach ihr verfuhr in gleicher Weise der Kläger²⁰³⁾, worauf das Urtheil nach den allgemeinen

197) Fabri, S. 229. Vnde bidde juw Richter ock, dat gy — willen — kamen mit juwen Volgern vp den bestemmeden dach — yn mynen hoff, so wil ick sampt myner vorwandten fründschop — de tidt wachten vnde de Becrützinge entsetten.

198) Das. S. 230. So he öuerst dat vorsümen wörde, — — so hefft he tho rechte vorbört alle datjenige, dat becrütziget ys. Brieflade Nr. 924: Da Diedrich Kalf und Hermann Lode in der Entsetzung der Bekreuzigung säumig befunden sind, so erkennen wir das für eine niderfällige Sache.

199) Brieflade Nr. 650. Ferner wegen der Bekreuzigung, die der würd. Hr. Comthur von dem Richter erworben und dem Holz gefolgt war und liess das bekreuzigen; so hat Bertram Junge die Bekreuzigung nicht entsetzt und auch die Entsetzung nicht bewiesen mit einem Gerichtsschein und hat so die Hand ins Recht geschlagen. Dafür soll Bertram Junge dem w. H. Comthur Gewalt bessern. Vgl. auch Beieflade Nr. 442.

200) Fabri, S. 231. So nun dem Richter des jegendeles breue — tho handen gekamen syn, de schal he dem kleger thoschicken.

201) Das. S. 233. De Entsetter hefft dat erste wort vnde schal also sprecken: Her Richter, ys dat Recht vullmechtig etc.

202) Das. S. 233. Item hirup so antwordet de Richter: Ick vorgünne juw parte de klage — —, so sprecke de Entsetter: Her Richter, ick stah hir mit mynem hogen rechte vnde entsette desse Becrützinge mit segel vnde breven etc.

203) Das. S. 235. Hir nu entyegen mach de kleger syne nodtrofft yn

Regeln, von dem Urtheilsmanne und den Geschworenen gefunden und falls es nicht gescholten ward²⁰⁴), vom Richter sofort, je nach dem Resultate des geführten Beweises, in der Weise ausgeführt wurde, dass er entweder die Kreuze entfernte oder den Streitgegenstand dem Kläger übergab²⁰⁵).

Blieb der Beklagte in dem für die Verhandlung anberaumten Termine aus, so wurde der mit Beschlag belegte Gegenstand dem Kläger überantwortet²⁰⁶). Erschien dagegen der Kläger nicht, so ward die Bekreuzigung aufgehoben (niedergelegt)²⁰⁷).

VIII. Der Beweis.

A. Das Beweissystem der Rechtsbücher.

1) Die Beweismittel.

Die Zahl der unseren einheimischen Rechtsbüchern bekannten Beweismittel ist eine sehr beschränkte. Allgemeine Be-

solcker edder dergeliken forme mit syner gewandten fründtschop ock wedderumme vortstellen.

204) Fabri, S. 237. Wenner de sake also van einem edder van beiden parten vor dat Ouerste gerichte gescholten vnde beschulden wert, schal de Richter de bescheldinge gestaden vnde se an dat Ouerste gerichte wisen vnde darmede nicht wider vort varen.

205) Das. S. 239. So steit de Richter vp vnde spreckt also: Jacob N. dewile gy de Becrützinge mit rechte erworuen, — — so auerantwerde ick juw mit rechte — — vth krafft desses yngebrachten Ordels dith landt, holdt, water, edder wat ydt sy.

206) Briefflade Nr. 1121. Da Jacob von dem Lewenwolde mit seiner gewandten Freundschaft in dem Gesete vor Gericht erschienen und von mir Richter begehrt, allcs dasjenige, was er mit Recht Diedrich Kalff abbekreuzigt hatte, zu überantworten, weil Diedrich das Gericht nicht geachtet und die Bekreuzigung nicht entsetzen wollte. Dem ich Richter so gethan habe.

207) Briefflade Nr. 1470. Da Fehte mit seiner verwandten Freundschaft dem Gerichte ungehorsam gewesen und davon gezogen, so erkennen wir zu Recht, dass Ihr, Herr Richter, die Bekreuzigung todt leget und dem Entsetzer die Lande überantwortet.

weismittel sind der Eid der Partei mit oder ohne Gehülfen, das Gerichtszeugniss und der Augenschein. Nur für gewisse Fälle zulässige Beweismittel sind Urkunden und das Gottesurtheil.

a) Der Eid der Partei.

Ein vorzügliches Gewicht legte das altdeutsche Processrecht auf die eidliche Versicherung der Partei. Diese erscheint dabei nicht als eine Bestärkung von Thatsachen, aus denen der Richter erst einen Schluss auf das zu Grunde liegende Rechtsverhältniss zu ziehen hat, sondern vielmehr als die Bekräftigung des Schwörenden hinsichtlich der Richtigkeit des von ihm behaupteten Rechtsanspruches.

Allgemeine Ausdrücke für den Eid sind: sweren²⁰⁸⁾, swe-ren (betügen) vp den hilligen²⁰⁹⁾, dartho don syn recht²¹⁰⁾, dartho don synen eydt²¹¹⁾, vullenkamen vp den hilligen²¹²⁾. In Urtheils-sprüchen heisst es gewöhnlich: „so viel dazu thun, als sich im Rechte gebührt²¹³⁾.“ Im Falle der Eid dem Angegriffenen zur Abwehr dient, ist der übliche Ausdruck: entghan mit synem ede²¹⁴⁾ oder syner vnschuldt²¹⁵⁾, dartho don syn vnschuldt²¹⁶⁾, beholden vp den hilligen²¹⁷⁾.

208) M. R. R. c. 13, 15, 205.

209) Das. c. 71, 91, 143, 145, 179, 227, 238.

210) Das. c. 1, 130, 191 u. 192.

211) Das. c. 227.

212) Das. c. 72. 146,

213) Brieflade Nr. 385, 549, 553, 705, 558, 644 u. a. m.

214) M. R. R. c. 13.

215) Das. c. 15, 249.

216) Das. c. 21, 166.

217) Das. c. 4, 17, 118, 248.

Der Eid wird in Person geleistet. Hinsichtlich der Frauen wird dies ausdrücklich hervorgehoben²¹⁸⁾. Ueber die Form der Eidesleistung erwähnen einzelne Urkunden, dass „mit ausgestrecktem Arme und aufgerichteten Fingern zu Gott und seinen Heiligen“ geschworen worden²¹⁹⁾.

b) Der Eid mit Gehülfen.

Der Eid mit Gehülfen kommt in unseren einheimischen Rechtsbüchern ebenso wie in den Rechtsbüchern des deutschen Mittelalters vielfach vor. Ueber das Wesen der Gehülfen herrscht jedoch unter den neueren Germanisten Streit und zwar sind namentlich folgende zwei Ansichten vertheidigt worden. Nach der einen²²⁰⁾ sind die Gehülfen von den Eideshelfern der germanischen Rechte abzuleiten, welche nicht die Sache selbst, sondern nur ihre Ueberzeugung von der Wahrhaftigkeit der Partei und der Richtigkeit des von ihr geleisteten Eides beschworen. Indem man aber angefangen habe darauf Gewicht zu legen, dass durch die Gehülfen die Thatsache selbst wahrscheinlich gemacht werden solle, habe das Institut der Gehülfen allmählig einen anderen, dem der Zeugen ähnlichen Character angenommen. Der Sachsenspiegel stehe auf einer Uebergangsstufe. Nach demselben werde in Anknüpfung an die neuere Anschauung in einzelnen Fällen das Wissen von Seiten der Gehülfen nur vorausgesetzt, in anderen aber und zwar namentlich beim Beweise in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten ausdrücklich verlangt. Dagegen sei von der ursprünglichen Anschauung die Form des

218) M. R. R. c. 43. Wor ydt den frouwen tho ede kumpt, de schollen se sülven don unde nicht ere vormünder.

219) Brieflade Nr. 327, 636, 834, 1260.

220) Jolly, Beweisverfahren nach dem Sachsenspiegel, 1846, S. 29 folg. Planck, in der Zeitschrift für d. R. X. 1846, S. 209—217. Delbrück, in der Zeitschrift für d. R. XIV, 1853. Platner, historische Entwicklung des Privatrechts II, 1854 S. 366 folg.

Schwörens mit der Partei und die bestimmte Zahl der Gehülften beibehalten.

Die andere Meinung²²¹⁾ geht dahin, dass der Sachsen-
spiegel Zeugen und Eideshelfer, wenn gleich nicht der Be-
zeichnung, so doch der Sache nach, vollkommen scheidet. Diese
Ansicht stützt sich vorzugsweise darauf, dass in den germani-
schen Rechten Eideshelfer und Zeugen stets als gesonderte In-
stitute neben einander bestanden haben. Im Laufe der Zeit
habe das Gebiet der Eideshelfer gegen das der Zeugen verloren,
nicht aber so, dass die Eideshelfer thatsächlich den Zeugen ähn-
licher geworden, sondern so, dass sie durch Zeugen ersetzt wor-
den seien. Um nun zu erkennen, ob im Sachsenpiegel im
einzelnen Falle Eideshelfer oder Zeugen gemeint seien, liege
das Merkmal in dem Erfordernisse einer Bekanntschaft mit der
Sache, in der Beschaffenheit des Beweisthemas und endlich
in dem Umstande, ob der Eid durch die Gehülften vor oder
nach dem Eide der Partei zu leisten sei. Vor der Partei schwu-
ren die Zeugen, nach derselben die Eideshelfer (Sachsensp. III,
88, § 3—5). Bei der Anwendung dieser Grundsätze auf die Be-
stimmungen des Sachsenpiegels ergebe sich die allgemeine
Regel, dass die Gehülften in peinlichen Fällen für Eideshelfer,
in bürgerlichen dagegen für Zeugen zu halten seien.

Beide Ansichten stimmen in dem Resultate überein, dass
die Gehülften nach dem Recht des Sachsenpiegels in bür-
gerlichen Fällen für Zeugen zu halten seien²²²⁾. Dieses Resultat

221) Homeyer, der Richtsteig Landrechts, 1857, S. 456. Walter, deutsche
Rechtsgeschichte, 1857, § 657 u. 662. Schulte, deutsche Rechtsgeschichte, 1860,
§ 129 u. 130.

222) Homeyer nimmt nur die im Sachsenpiegel I, 6 § 2 erwähnten 72,
ein Schuldverhältniss beschwörenden Gehülften aus, indem er sie für Eideshelfer
hält (Homeyer Sachsenpiegel I S. 402), während sie von Schulte (Rechtsge-
schichte S. 371, Anm. 21) als Zeugen aufgefasst werden.

muss um so mehr für alle von unsern einheimischen Rechtsquellen aus dem Sachsenspiegel entlehnten Stellen, in denen der Gehülfen in Beziehung auf Civilsachen Erwähnung geschieht, massgebend sein, als die Zahl der hinzuzuziehenden Gehülfen in allen diesen Stellen nur auf zwei²²³⁾, höchstens drei²²⁴⁾ angegeben wird, — eine Zahl, die der der Zeugen in der späteren Zeit gleichkommt²²⁵⁾, — und als in einer Mehrzahl von Stellen ausdrücklich gefordert wird, dass die Schwörenden die Thatsache gesehen oder gehört haben müssen²²⁶⁾. Auch ist in einigen Fällen von einer Zuziehung von Personen zu einem künftig durch sie zu beweisenden Akte die Rede²²⁷⁾.

Für die cap. 89 bis 95 des m. R. R., die nicht dem Sachsenspiegel, sondern zunächst dem s. g. ältesten Livländischen Ritterrechte art. 61—67 entlehnt sind und sämmtlich von den Rechtsverhältnissen der Marken, Gemeinheiten und Dorfbewohner, so wie von Grenzstreitigkeiten handeln, ist die Entscheidung darüber, ob die daselbst erwähnten Gehülfen als Eideshelfer oder Zeugen anzusehen sind, in den einheimischen Quellen zu suchen. Zunächst geben sich die in dem cap. 93 in Beziehung auf Grenzstreitigkeiten erwähnten zwei Gehülfen offenbar als Zeugen kund, da von ihnen ausdrücklich gefordert wird, dass sie bei Bestimmung der Grenzen gegenwärtig gewesen sein sollen²²⁸⁾. Dagegen sind die in den cap. 89 § 2 u. 3, 91 § 2, 92 § 3 und 95 § 1²²⁹⁾ erwähnten sechs, beziehungsweise elf

223) M. R. R. c. 15, 53, 98, 122, 147, 153 § 3, 161, 188, 190, 196 § 4.

224) Das. c. 13, 98, § 4, 146.

225) Vgl. Anm. 282.

226) M. R. R. c. 3, 8, 17, 160.

227) Das. c. 6, 7, 27, 53, 54, 98, 112, 122, 188.

228) Das. c. 93. Ein man beholt syne schedinge mit twen des Stichtes mannen vp den billigen, de dat seggen, dat men de schedinge dar makede.

229) Vgl. Anm. 231, 278, 280 und 281.

Gehülften unzweifelhaft Eideshelfer. Denn bei der Darstellung des bei Besitzstreitigkeiten üblichen Bekreuzungsverfahrens rath Fabri demjenigen, der sein Grundstück von der Bekreuzung befreien will, sein Besitzrecht zunächst durch das Zeugniß zweier oder dreier unbescholtener Zeugen zu vertheiligen; für den Fall aber, dass er solche nicht namhaft machen könne, dann mit seinem „egen rechte sulff sövende vnberüchtigede menne vp den hilligen — na forme vnde wise der Landt-rechte²³⁰⁾“ zu schwören. Der Gegensatz, in welchen hier die „getüchnisse“ zu dem „egen recht sulff sövende“ gestellt wird, weist deutlich darauf hin, dass die Gehülften in letzterem Falle keine Zeugen, sondern Eideshelfer sind. Wenn Fabri bei seiner Darstellung ausdrücklich auf die Landrechte Bezug nimmt, so sehen wir darin um so mehr einen Hinweis auf die in Rede stehenden Capitel des m. R. R., als diese ebenfalls von Besitzverhältnissen handeln und die einzigen sind, welche in Civilsachen die Hinzuziehung von sechs Gehülften erwähnen. Aber auch abgesehen von den Angaben Fabri's geht aus cap. 92 des m. R. R. selbst hervor, dass die darin erwähnten sechs Gehülften keine Zeugen, sondern Eideshelfer sind. Nach Inhalt desselben soll nämlich der Bischof behufs Beilegung von Grenzstreitigkeiten unter Dorfbewohnern drei Stiftsmannen absenden, die das Zeugniß der Nachbarn über den älteren Besitz einzuziehen haben. Wem sie dann auf Grund der Zeugenaussagen den Besitz zusprechen, der soll ausserdem sein Recht selbsiebend eidlich darthun²³¹⁾. Offenbar kann hier kein doppelter Zeugen-

230) Fabri, S. 234.

231) M. R. R. c. 92. Kiuen twe dörpe vmb ere schedinge vnde können se ere heren nicht scheden, so sende de Bisschop dre des Stichtes manne tho, de mit dem kyue nicht tho dōnde hebben, vp ere kost, de schollen sick befragen mit den vmbساتen, we de erste wehre darynne hebbe gehat van olders jar vnde dach, edder lenger ane rechte byspreckinge, dat schollen se betügen mit eren

beweis, sondern nur eine Verstärkung desselben durch Eideshelfer angenommen werden.

Was die Eigenschaften der Gehülften betrifft, so wird von ihnen im Allgemeinen gefordert, dass sie ungeschmälert an ihrem Rechte (vnbespraken, bederve, bidder lüde) seien²³²⁾. Auch Frauen können zum Zeugnisse zugelassen werden, wie namentlich über die Geburt eines Kindes, wenn sie bei derselben gegenwärtig gewesen²³³⁾ und über eine bestellte Morgengabe²³⁴⁾. Bei Lehnsstreitigkeiten müssen die Zeugen Lehnsmanen sein, die wenigstens einen halben Haken Landes besitzen²³⁵⁾. Das Zeugnis eines gebannten, geächteten oder verfesteten Mannes war in dem Gerichtsbezirke, wo ihn die Acht, der Bann oder die Verfestung betroffen, unzulässig²³⁶⁾.

c) Das Gerichtszeugnis und der Augenschein.

Das Gerichtszeugnis diente zur Feststellung der vor Gericht stattgehabten Verhandlungen. Es wurde abgelegt von

waren wörden vnde by den truwen, de se Gade vnde erem heren schüldich syn. Wem se de wehre denne tho dolen vnde also verne als se em thodelen, also verne mach he des dorpes here syn, wehre vnde syne stede beholden vp den hilligen mit synen eden sülf söuende.

232) M. R. R. c. 6, 7, 13, 53, 89, 145 § 1, 146 § 3.

233) M. R. R. c. 27. Wert dat kindt leuendich gebaren vnde hefft de frouwe des tügen von den frouwen, de darauer weren etc.

234) Das c. 17. Morgengaue beholt ein wiff vp den hilligen sülf drüdde, ydt sy wiff edder man, de auer der morgengaue gewesen syn.

235) Das. c. 242. De man schal synem heren vp plichte sweren vnde hulden; — — alle dewile he dat nicht en deit, so en mach he nen mans tüge wesen an Lehenrechten. Das. c. 246. Welck man mynn hefft, denn einen hacken edder einen ha'uen, de en mach nenes mannes tüge syn binnen Lehenrechte.

236) Das. c. 247. Des vorbanneden mannes tüch mach men wol vorlegen, edder des vorachteden, edder voruesteden mannes binnen dem gerichte, dar he gebannet ys.

dem Richter mit seinen beiden Beisitzern²³⁷⁾, nach dessen Tode von den beiden Beisitzern allein²³⁸⁾. Die Mittheilung eines Gerichtszeugnisses von einem Gerichte an das andere geschah durch Absendung zweier Gerichtsboten²³⁹⁾. Das Gerichtszeugniß war unanstreitbar und ging jedem andern Beweismittel vor²⁴⁰⁾.

Des Augenscheines geschieht Erwähnung behufs Feststellung der Schwangerschaft einer Wittwe²⁴¹⁾, des durch Thiere verursachten Schadens²⁴²⁾ und des auf dem Felde stehenden Zehnten²⁴³⁾. Der Augenschein hebt das Recht des Beklagten zur eidlichen Ablehnung auf²⁴⁴⁾.

d) Urkunden und Eisenprobe.

Urkunden werden als Beweismittel nur in Lehnssachen erwähnt und auch in diesem Falle kann sich der Beklagte statt dessen mit seinem Eide oder durch Zeugen vertheidigen²⁴⁵⁾.

237) Vgl. Anm. 81.

238) Vgl. Anm. 85.

239) M. R. R. c. 168. We syn Recht vorlüst vor gerichte in einer stad, de hefft ydt auer alle vorlaren, yfft men es an deme gerichte gezuch hefft. Des gerichtes gezuch en ys auer nen man tho bringende plichtich in ein ander gerichte. Mer yenne Rechter, vor dem he rechtloss gesecht wert, de schal twen van synen baden senden vor dem Richter, dar he syn recht vorlaren hefft, dat se hören, yfft men ydt em auertügen möge, de schollen denn tüge syn.

240) M. R. R. c. 76, vgl. Anm. 81.

241) M. R. R. c. 27. Welck wiff, de ein kind drecht nach eres mannes dode vnde sick warhafftich bewiset tho der bygraft edder tho dem Mandtfeste etc.

242) M. R. R. c. 157. Is öuerst dat vee also gedan, dat men dat nicht yndriuen kan, — — so lade he dartho twe man vnde bewise en synen schaden.

243) Das. c. 160. Dat süluike aveth man vmb tegenden, effte ein tegen-der nicht nemen wolde, yfft de man, de en geuen schal, vp dem velde leth stan vnde den synen naburen wiset.

244) M. R. R. c. 15. Wat man öuerst under em bewisen mach, dar moth he vör antworten ane vnschult.

245) M. R. R. c. 6. Vorsaket öuerst de Bisschop de samende handt, dat

Von den Ordalien des deutschen Rechts ist den einheimischen Rechtsbüchern der Zweikampf als Beweismittel durchaus fremd geblieben. Von den übrigen Ordalien, die nach deutschem Recht als Ersatz für das Kampfesrecht bei solchen Personen vorkamen, die nicht waffenfähig, namentlich aber nicht vollkommen an Ehre, Ruf, Freiheit und Vermögen waren, geschieht in Civilsachen nur der Eisenprobe Erwähnung. Sie kam in Livland ausschliesslich bei Bauern, besonders [in Grenz- und Besitzstreitigkeiten zur Anwendung und zwar nur in Fällen, wo der anderweitig geführte Beweis kein Resultat ergab oder wo ein Gegenbeweis gegen den durch Eideshelfer geführten Beweis hergestellt werden sollte²⁴⁶⁾.

2) Das Beweisrecht.

Der Eid der Partei mit oder ohne Gehülfen bildete den Schwerpunkt des altdeutschen Beweisverfahrens. Da in der Regel nur die eine Partei zum Beweise zugelassen wurde, so war die Beantwortung der Frage, wem der Beweis zukomme von der höchsten Wichtigkeit für den Ausgang des Processes. Die Zulassung zum Beweise schloss die Wahrscheinlichkeit des Sieges in sich. Der Beweis wurde daher nicht als eine Last,

he se nicht belenet hebbe, de man synt neger tho beholden mit des Bisschops breuen edder mit twen des Stichtes mannen, de vnbespraken syn eres rechten, dat se segen vnde hörden, dat de samende handt em vorlehnert wart vp den hilligen. Das. c. 118. Beklaget ein man den andern vmb Lehengudt, dat he in syner wehre hefft jar vnde dach beseten vnde syn recht Lehen ys, des ys de yenne, dar men auer klaget neger tho beholden mit synes heren breue edder mit synes suluest hande, denn de ander, de auer em klaget.

246) M. R. R. c. 90, 92, 95 und 206 s. Anm. 231, 279, 280 und 276. In der Plettenbergschen Läuflingsordnung vom J. 1509 wird sie mit dem Hinzufügen angeordnet, es solle dies nach alter Gewohnheit geschehen. In Urkunden geschieht ihrer mehrfach Erwähnung. Brieflade Nr. 278, 742, 752, 995, 1005 u. a. m.

sondern vielmehr als ein Vorzug angesehen und das Hauptbestreben der Parteien im ersten Verfahren war deshalb darauf gerichtet, sich diesen Vorzug zu sichern, — darzuthun, dass man „näher sei“ zum Beweise.

Der Vorzug im Beweise kommt nach dem Sachsenspiegel in der Regel dem Beklagten zu. Diese Regel hat man, um auch die vielfachen Ausnahmen unter dieselbe zu bringen, näher zu präcisiren gesucht. Namentlich geht die Ansicht Homeyer's²⁴⁷⁾ dahin, dass das Beweisrecht dem Vertheidiger d. i. demjenigen zukomme, der dem Angriffe gegenüber die Vertheidigung übernimmt. Uebernimmt er sie nicht oder ist eine solche nach der Beschaffenheit des Falles nicht möglich, so tritt die angegebene Regel nicht ein.

In Beziehung auf die Art und Weise der Beweisführung ist im altdeutschen Process der Umstand entscheidend, ob die Vertheidigung durch blosses Leugnen des Anspruches oder durch Gegenüberstellung einer neuen Behauptung erfolgt. Im ersteren Falle wird der Beweis durch den alleinigen Eid des Angegriffenen, im letzteren durch Zeugen geführt.

In den einheimischen Rechtsbüchern ist das Beweisrecht der Parteien im Wesentlichen übereinstimmend mit diesen Grundsätzen in folgender Weise geordnet.

a) Beweisrecht des Vertheidigers.

Es ist in dieser Beziehung das Beweisrecht bei Klagen um Schuld von dem bei Klagen um Gut zu unterscheiden.

α. Bei Klagen um Schuld und zwar um eine Geldschuld ist

247) Homeyer, der Richtsteig Landrechts. Berlin 1857. S. 485.

der Beklagte, wenn er sich durch blosses Leugnen der Schuld vertheidigt, dem Rechte sich loszuschwören näher²⁴⁸).

Behauptet dagegen der Beklagte bereits Zahlung²⁴⁹) geleistet oder der Zinsmann den Zins erlegt zu haben²⁵⁰), so muss er neben seinem Eide noch zwei Gehülfen (Zeugen) stellen.

Bei allen übrigen Klagen um Schuld vertheidigt sich der Beklagte, wenn er dieselbe in Abrede stellt, mit seinem Eide²⁵¹). So der Angeklagte, wenn er in Fällen dieser Art sein Nichterscheinen im Gericht durch Beschwören der echten Noth entschuldigt²⁵²), der Urtheilsmann, der kein oder kein anderes Urtheil zu finden weiss²⁵³), so wie derjenige, der fremdes Land, ohne es als solches zu kennen, gepflügt hat²⁵⁴). Ferner wehrt

248) M. R. R. c. 13. We ichtes borget edder lauet, dat schal men gelden vnde wat he deit, dat schal he stede holden. Wil he öuerst dat vorsaken darna, he entgheit des mit synem ede.

249) Das. c. 122. Alle vorgulden schuldt schal de man vullenbringen sülff drüdde, de dat segen vnde hörden vp den hilligen. Das. c. 112. Alle schuldt mach ein gelden eer syne dage, des he twe man darauer hefft, de dat seen vnde hören, yfft ydt em darna nodt sy, dat se em mögen helpen tügen, dat he de schuldt gegulden' hebbe.

250) Das. c. 98. Secht öuerst de man, dat he ydt (tegenden edder tynse) vorgulden hebbe, dat moth he sülff drüdde vullenbringen mit bederuen lüden vnbespraken eres rechten vp den hilligen, de dat segen vnde hörden, dat he ydt vorgulden hebbe, edder dat he vulle gedan hebbe, yfft men en vorsaken wille. Vgl. auch c. 161.

251) Das. c. 113. Were ydt öuerst, dat einer beschuldiget würde vmb eignerley, des were he neger tho entghande mit den hilligen, dann yemandt em tho auerwinnende.

252) M. R. R. c. 71. He möge denn bewisen echte nodt vnde rechte nodt, dat he nicht kamen möchte, vnde sweren dat vp den hilligen.

253) Das. c. 130, s. Anm. 89.

254) M. R. R. c. 205. We frömmet landt hacket vnwetendes, dar en folget nene bröcke na, so he dat swere, dat he des nicht en wüste.

der Beklagte mit seinem Eide die Beschuldigung ab, dass er eine fremde Sache innehabe²⁵⁵), dass sie durch sein Verschulden abhanden gekommen²⁵⁶) oder zu Grunde gegangen²⁵⁷), so wie, dass er sie unredlich erworben habe, vorausgesetzt, dass er sich dabei nicht auf einen bestimmten Gewährsmann beruft²⁵⁸).

Beschränkt sich dagegen der Beklagte nicht auf blosses Ableugnen, sondern führt zu seiner Vertheidigung eine positive Thatsache an, wie z. B., dass er die in seinem Besitz befindliche gestohlene oder geraubte Sache öffentlich gekauft²⁵⁹) oder von einer bestimmten Person geliehen oder zur Verwahrung erhalten²⁶⁰) habe, so müssen zu seiner eidlichen Vertheidigung noch Zeugen hinzutreten. Dasselbe muss geschehen, wenn derjenige, der beschuldigt wird ein in der samenden Hand stehendes Gut ohne vorgängiges Angebot an den Mitberechtigten verkauft

255) M. R. R. c. 15. Schüldiget men einen man vmb dat yenne, des he nicht enhefft, des entgheit he mit syner vnschuldt. Das. c. 21. Yfft men se (die Wittwe) darumb (d. i. die Heerweide) beschuldiget, dar mach se ere vnschuld vör don.

256) Das. c. 191. Welck man dem andern syn guds deit tho beholdende, wert ydt em gestalten edder gerouet edder vorbrant edder steruet he, effte es vee is, he darff dar nene not umb liden, dar he dar syn recht tho don, dat ydt ane syne schult sy. Das. c. 166. Schuldiget men den herden vmb vee, dat he nicht tho dorpe gebracht en hefft, dar he syn vnschuldt dartho don, he ys leddich.

257) Das. c. 192. Steruet ðuerst ein perdt edder ander vee binnen vorsettinge ane des yennen schuldt, de ydt vnder em hefft, bewiset he dat vnde dar he dar syn recht tho don, he en gelt es nicht.

258) Das. c. 145. Vortmer kofft he gudt vp einem fryen marckede vnde ys em nicht witlick van wem, betüget he dat vp den hilligen, he en lidet dar kein hon vmb.

259) Das. c. 145. Welck man apenbar gudt kofft, dat gestalten, gerouet edder mit gewalt genamen ys, dat he mit bidder lüden betügen kann, dat he dat apenbar gekofft hefft, — dat en ys eme nicht schedlick.

260) Das. c. 190. Wat men einem manne lehneth, edder deit tho beholdende apenbar, mach he dat betügen sälf drüdde, men mach noch düfte noch roff daran nicht theen.

oder verpfändet zu haben, sich auf ein stattgehabtes Angebot beruft²⁶¹⁾.

β. Handelt es sich ferner in einem Rechtsstreite um Gut, so gilt derjenige, welcher nicht nur ein Recht, sondern auch den gegenwärtigen Besitz an der Sache behauptet, als der Vertheidiger und als der zum Beweise Berechtigte.

Ein vorzügliches Recht gewährt die rechte Gewere. Hat sich nämlich der Lehnsman Jahr und Tag im unangestrittenen Besitz seines Lehngutes befunden, so schützt er sich in demselben allein durch seinen Eid²⁶²⁾.

In allen anderen Fällen gehört zur Vertheidigung, dass der im Besitz befindliche Beklagte seinen Erwerbgrund angebe, den er mit Zeugen erhärten muss. Demnach steht demjenigen, der dem Kläger gegenüber behauptet, dass er die von letzterem in Anspruch genommene bewegliche Sache gekauft oder geschenkt erhalten²⁶³⁾ oder dass sie sein Eigenthum oder ihm durch Erbrecht zugefallen sei²⁶⁴⁾ oder endlich, dass das ange-

261) M. R. R. c. 8. Wor also denn samende handt ys, — — wil ock de yenne vorsaken, dat em de kope edder settinge nicht geboden, ys de ander neger tho volkamende mit twen des Stichtesmannen vp den hilligen, de dat seggen vnde hörden, dat ydt em gebaden sy, denn de ander tho vorsakende.

262) M. R. R. c. 4. Welck man ein Lehn-gudt hefft jar vnde dach in syner wehre sūnder rechte bysprake, dat ydt syn sy, de ys des neger tho beholden, syne rechte Lehen, mit syner eigen handt vp den hilligen, denn yemandes eme affthowinnende. Das. c. 248. Yfft de here synen man vorsaket gudt, dat de man in syner wehre jar vnde dach gehat hefft, na der tidt, dat he dat entfencck, ane des heren rechte weddersprake edder yenniges mannes, de Lehens gewere behelt he allene vp den hilligen vnde beholt dat gudt ane tūch. Vgl. auch c. 118, s. Anm. 245.

263) M. R. R. c. 188. We wedder esschet wat he vorgeuen edder vorkofft hefft van varender haue vnde vorsaket he den kope edder giff, de yennige, de dat vnder sick hefft mach se sūlff drūdde wol beholden mit den yennen, de dat seggen vnde hörden.

264) Das. c. 15. Mach ōuerst de yenne, de dat gudt in wehren hefft, mit dren bederuen lūden bettügen, dat ydt syn eigen ys, edder syn erffgudt, he brek- ket eme syn getūge.

sprochene Gut zur Morgengabe gehöre²⁶⁵), das Recht des Beweises zu²⁶⁶). — Behauptet der Besitzer eines Lehngutes gegen den Widerspruch des Lehnsherrn dasselbe mit dem Rechte der samenden Hand erhalten zu haben, so steht ihm zwar das Beweisrecht zu, er muss aber den Beweis ebenfalls mit Hilfe von Zeugen führen²⁶⁷).

b) Beweisrecht bei fehlender Vertheidigung.

Uebernimmt der einer Sache wegen Beklagte, in dessen Besitz sich dieselbe befindet, nicht die Stelle eines Vertheidigers, so begiebt er sich gleichzeitig des Beweisrechtes und dieses fällt dem Kläger zu, der jedoch seinen Rechtsanspruch durch Zeugen beweisen muss, wenn der Beklagte zur Herausgabe der Sache gezwungen werden soll. Macht daher Jemand an einer gefundenen oder an einer Dieben oder Räubern abgenommenen Sache sein Eigenthumsrecht geltend, ohne dass der Inhaber sie als die seinige vertheidigt²⁶⁸) oder nimmt der Kläger im Besitze des Beklagten befindliche bewegliche Sachen als geliehene, verpfändete oder in Verwahrung gegebene in Anspruch und letzterer leugnet ein solches Verhältniss, ohne seinerseits einen Er-

265) M. R. R. c. 17. Morgengawe beholt ein wiff vp den hilligen sülff drüdde. Vgl. c. 53.

266) Hierher gehört auch der im Sachsenspiegel II, 36 und im m. R. R. c. 146 erwähnte Fall, wo der einer beweglichen Sache wegen Beklagte behauptet dieselbe selbst angefertigt oder das Thier aufgezogen zu haben. Während aber im Sachsenspiegel ausdrücklich gesagt ist, dass er den Beweis „self drüdde“ zu führen habe, heisst die Stelle offenbar ungenau im m. R. R. : Sprecket de yenne, dat he ydt sülue getagen hebbe, edder hadde laten maken, möchte he des vullenkamen, he beholt de sülüige haue.

267) M. R. R. c. 6. vgl. Anm. 245.

268) M. R. R. c. 147. Wat ein man winnet van deuen, edder van den rōuern affjaget, dat schal he vpbeden vor gerichte. Kumpt de yenne binnen sös wiken, dem dat thohört, he schal sick dartho theen sülff drüdde.

werbgrund anzugeben²⁶⁹⁾ oder behauptet der Kläger eine Forderung an den Erblasser zu haben, von welcher der Erbe keine Wissenschaft hat und die er daher auch nicht abschwören kann²⁷⁰⁾, so steht das Recht des Beweises mit Hilfe von Zeugen dem Kläger zu. In gleicher Weise fällt ihm das Beweisrecht zu, wenn der Inhaber der Sache den Eigenthumsbeweis an derselben nicht zu erbringen im Stande war²⁷¹⁾. Denn dieser Umstand allein genügte noch nicht, um den Besitzer zur Herausgabe des streitigen Gegenstandes an den Gegner zu zwingen. Wird endlich ein Gut von zweien gleichzeitig in Anspruch genommen, so dass keinem ausschliesslich die Rolle des Vertheidigers zufällt, so hat derjenige den Vorzug bei der Beweisführung, für welchen eine ältere Stiftsässigkeit spricht²⁷²⁾. Behauptet aber der eine Lehen, der andere Eigenthum an dem streitigen Gute, so geht der Anspruch auf Eigenthum dem auf Lehn vor²⁷³⁾.

3) Das Beweisverfahren.

a) Ordentliches Verfahren.

Mit der Klage und der Antwort pfliegen die Parteien die Begründung ihres Beweisrechtes und das Erbieten zum Eide

269) M. R. R. c. 15. We dem andern varende haue lehnēt, effte versettet, edder tho bewaren deit, wil he ydt em vorsaken, edder synen eruen na synem dode, des ys he neger tho beholden sülff drüdde mit bederuen lüden vnbespraken eres Rechten, denn de yenne allein tho swerende.

270) Das. c. 13. Düffte, noch roff, noch dobbelspele, noch horenlohn en ys hyr nicht plichtich tho gelden, noch nene schult, de em en witlick ys; de schult schal de erue gelden, yfft he darumb gemanet worde, also dat recht ys, mit dren vnbespraken guden mannen eres rechten vp den hilligen.

271) Das. c. 146. Möchte he ydt öuerst nicht vullenbringen, so schal de ander dat vullenbringen mit dren bederuen lüden vp den hilligen.

272) Das. c. 241. Yfft twe man ein gudt tholike anspreken, des getüch schal vörghan, de van oldinges des Stichtes man gewesen ys

273) Das. c. 153. Sprecket ein man gudt an tho lenen vnde ein ander

oder die Angabe anderweitiger Beweismittel zu verbinden. Die Entscheidung darüber, wem von beiden Theilen der Vorzug im Beweise gebühre, wurde durch ein besonderes Urtheil gefunden. In dem regelmässigen Verfahren wurde der Beweis immer nur einer Partei auferlegt. Die bevorzugte Partei führte ihn entweder aus oder sie war sachfällig. Ein Gegenbeweis war weder mit gleichen noch ungleichen Beweismitteln zulässig²⁷⁴⁾. Das m. R. R. enthält dabei hinsichtlich der Beweisführung die Bestimmung²⁷⁵⁾, dass der Eid am nächsten Gerichtstage geleistet werden müsse. Wird der Eid dann nicht geleistet, so ist die Partei, falls sie nicht echte Noth erweisen kann, sachfällig und verfällt ausserdem in Strafe. Erlässt die Gegenpartei den Eid oder erscheint sie nicht zum Termine der Ableistung, so bedarf es keiner weiteren Eidesleistung.

b) Ausserordentliches Verfahren.

Ein ausserordentliches Beweisverfahren tritt ein bei Besitzstreitigkeiten, wenn kein Grund vorhanden ist, dem einen oder anderen Theile den Vorzug im Beweise zu gewähren, so

secht ydt sy syn eigen, des mach he neger syn tho beholden sülf drüdde, de ydt holt vor syn eigen, denn de ydt ansprecket tho lehen.

274) Diese Regel scheint noch im J. 1386 bestanden zu haben, wie aus einem in diesem Jahre zwischen dem Erzb. Johann IV und seinem Vasallen Henneke Pitkever geführten Rechtsstreite hervorgeht. Durch das Urtheil wurde Letzterem der Beweis mit zwei Zeugen zuerkannt. Der Erzbischof wollte dagegen seinerseits auch Zeugen vorführen, worauf Pitkever die Frage thut: da die Vasallen mit Zustimmung der Parteien einmal für zwei Zeugen sich ausgesprochen, ob ausser ihnen andere Zeugen zur Ablegung eines anderen Zeugnisses zugelassen werden dürften und was darin Rechtens sei? Leider ist die Frage nicht zur Entscheidung gekommen, weil der Rechtsstreit durch einen Vergleich abgemacht ward.

275) M. R. R. c. 127. Wor men öuerst eyde lauet, de schal men leisten tho dem negesten richtdage. We ock eyde lauet vor schuldt, vnde leistet he er nicht tho rechter tidt, he wert an der schult vorwunnen, dar de eyd vör gelauet was, ydt en beneme en denn echte nodt, de men bewisen mach. Was de eed gelauet vor dem gerichte, men moth dem gerichte wedden. Is ein man gereit tho

wie bei Grenz- und Besitzstreitigkeiten der Dorfbewohner. Es unterscheidet sich dieses Verfahren von dem ordentlichen nicht nur durch die Beweismittel, indem Eideshelfer und die Eisenprobe zur Anwendung kommen, sondern auch dadurch, dass der Beweis in der Regel kein einseitiger ist.

Wird nämlich ein Gut unter der angegebenen Voraussetzung von zwei Personen in Anspruch genommen, so werden beide gleichzeitig zum Beweise zugelassen. Die Beweismittel sind die in den benachbarten Dörfern wohnhaften Personen, die über ihre Wissenschaft Zeugniß ablegen. Die Partei, welche die meisten Zeugen für sich hat, behält das Gut. Haben beide gleich viele Stimmen, so wird das Gut getheilt. Wissen die Dorfbewohner nichts Bestimmtes, so entscheidet entweder die Eisenprobe oder der Eid der Parteien, der in solchem Falle beiden auferlegt wird. Schwören beide, so wird das Gut getheilt²⁷⁶).

Aehnlich ist das Verfahren bei Grenzstreitigkeiten der Dorfbewohner. Beweismittel sind hier ebenfalls zunächst die Nachbarn. Ist durch ihre Aussage ein älterer Besitz, der vom Besitzer mit sechs Eideshelfern beschworen werden muss, nicht zu ermitteln, so entscheidet die Eisenprobe²⁷⁷).

leistende synen eydt vp den hilligen, dat he gelauet hefft tho rechter tidt, vnde en wil des de yenne nicht, edder en ys he dar nicht, dem men den eydt don schal, des eydes schal he leddich syn, vnde der schuldt, daruör he den eydt gelauet hefft.

276) M. R. R. c. 206. Spreken twe man tho like ein guds an mit geliker ansprake vnde dat mit geliken tügen beholden, so schal men dat midden entwedelen. Dese tüginge schollen de rechten vmbatsen bescheiden, des in dem dorpe edder in den negesten bydörpern beseten synt, welker de mer meine an dem tüge hefft, de beholt dat guds. Is ydt öuerst den vmbatsen nicht witlick, we dat in wehren hefft, so moth men dat wol bescheden mit einem ysern, edder de klegger vnde dar denn de klage vp gheit schollen sweren, dat se rechte wysen, also dat ydt er sy, dar schal de Richter syne baden tho geuen. Wor se beide vp sweren, dat schal men delen.

277) M. R. R. c. 92. Vgl. Anm. 231.

Innerhalb der geschlossenen Mark einer Markgenossenschaft können Auswärtige kein Eigenthum, sondern nur Pfand und Mannbusse an Aeckern und Wiesen genießen. Wird ein solcher Besitz nun von den Markgenossen bestritten, so steht dem Besitzer das Beweisrecht, im ersteren Falle mit sechs, im letzteren mit elf Eideshelfern zu²⁷⁸⁾, jedoch können die Markgenossen den Gegenbeweis durch die Eisenprobe antreten²⁷⁹⁾.

Haben dagegen die Eingesessenen verschiedener Dörfer ein Grundstück im gemeinsamen Besitz und Jemand erhebt auf ein solches Eigenthumsansprüche, so vertheidigen die ersteren ihr Recht mit sechs Eideshelfern, wogegen letzteren das Recht zusteht den Beweis durch die Eisenprobe zu führen²⁸⁰⁾.

Streiten endlich benachbarte Dörfer um das Recht zur Einlösung von in Pfand oder Mannbusse vergebenen Ländereien, die in keiner geschlossenen Mark belegen sind, so hat dasjenige Dorf den Vorzug bei der Einlösung, welches näher

278) M. R. R. c. 89. Binnen eines dorpes beslatener marck en mach nen man egiendom beholden. Hebben öuerst lüde acker edder wysen binnen eines andern marck, dar mögen se weddeschat an beholden, vp juweliken acker edder wysen marck landtgudes, mit söuen mannen bederuen lüden vp den hilligen. — Spreken se öuerst manbüte darup vnde syn des werdt edder beter, so mögen se men ere manbüte vp eren ackeren edder vp eren wysen beholden, mit twölff mannen vnbespraken lüde vp den hilligen.

279) Das. c. 90. Wil öuerst de yenne, de de losinge büth, eer handt affstricken vnde dregen dat yser: bernet he sick, he geue dre marck manbüte na Landtrechte, dat syn veertich marck landtgudes, dat drüdde deel synem heren, de twe dele dem sackewolde, edder he late em den acker edder de wyse stan vor dat siluige gudt, beth he ydt lösen mach; wert he öuerst schyr, de yenne vorlüst landt vnde gudt, behaluen als men em gudes daran bekant hefft.

280) Das. c. 95. Kiffet ein man binnen der gemeinheit eigendome tho sick vnde vorsaket em des de yenne, de tho der gemeinheit höret, so synt se neger ere gemeinheit tho beholden mit söuen mannen vp den hilligen, denn de yenne. Wil övest de yenne en de handt affstricken vnde dat yser dregen, dat mach he don. Winnet he, de söuen geuen erem heren ein marck silvers, vorlüst he, so geue he ein marck.

belegen ist, falls die Besitzer der Ländereien das Recht dieses Dorfes beschwören. Beanspruchen die Besitzer aber Eigenthum oder Erbrecht an solchen Ländereien, so beweisen sie ihr Recht mit elf Eideshelfern ²⁸¹).

B. Das Beweissystem der späteren Zeit.

Eine Umgestaltung der dargestellten Grundsätze über den Beweis musste eintreten, sobald man anfang für den Richter eine materielle Ueberzeugung bei der Entscheidung eines Rechtsstreites zu verlangen. Diese konnte sich nicht auf die bloße Parteiversicherung gründen, sondern musste sich auf objektive Momente, aus welchen der Richter auf die Begründetheit oder Unzulässigkeit des Anspruches zu schliessen im Stande war, stützen. Als solche erschienen der Zeugen- und Urkundenbeweis ²⁸²). Die Zeugen bilden fortan das am häufigsten zur Anwendung kommende Mittel zur Begründung der richterlichen Ueberzeugung und zwar wird die Aussage von zwei bis drei

281) M. R. R. c. 91. Hebben öuerst lüde acker edder wysen buten erer marck vnde doch binnen nenes dorpes beslatener marck, men twisschen twier edder mer dörper schedinge, vnde spreken se weddeschatt edder manbüte daran, welckem dorpe so kumpt der losinge der ere marck daran schete, de syn der losinge neger, denn der andern yegen auer, se möthen alle sweren vp den hilligen, yfft men ydt van en hebben wil, de dat landt in den wehren hebben, dat dat dorp der losinge neger sy. Spreken se öuerst er egendom vnde erue daran vnde wolden dat beholden mit twölff mannen seker lüden vp den hilligen, se syn des ueger tho beholden, denn en ymandt affthowinnende, synt dat dat landt binnen nenes mannes beslatener marck en licht.

282) Fabri, S. 237, führt als Beweismittel bereits an: yfft mit segel vnde yfft mit breuen. twier edder dryer loffwerdiger geswaren Gudermanne tüchenisse etc. Urtheil des Harrisch-Wierischen Rathes vom J. 1492: Was demnächst Reinhold Scharemebeke bezahlt und gefreit hat, — soll, wenn er es mit Briefen Quittungen oder mit glaubwürdigen guten Männern oder sonst, wie sich im Rechte gebührt, beweisen kann, — Herr Hermann Soie ihm wieder ausrichten und bezahlen. Brieflade Nr. 385.

Zeugen in allen Fällen für genügend erachtet²⁸³). Eine gleiche Bedeutung wie die Zeugen, in einzelnen Fällen sogar eine vorzüglichere, gewinnen die Urkunden, von denen Kauf-, Theilungs- und Grenzurkunden niemals ihre Kraft verlieren²⁸⁴). Zum Erweise der Aechtheit derselben wird allgemein die Besiegelung gefordert. Fehlt das Siegel, so muss der Inhalt der Urkunde ausserdem beschworen werden²⁸⁵). Der Parteieid wird allmählig auf die Fälle beschränkt, wo es an anderen Beweismitteln gebricht oder wo eine Verstärkung derselben nöthig erscheint. Der Eid ist so wenig mehr ein Recht der Partei, dass der Richter unter Umständen beide Theile mit ihrem Erbieten zum Eide abzuweisen²⁸⁶) und in Fällen, wo die Möglichkeit für die Herbeischaffung anderweitiger Beweismittel vorliegt, die Entscheidung bis dahin auszusetzen befugt ist²⁸⁷). Was die übrigen Beweismittel der Rechtsbücher betrifft, so geschieht des Gerichts-

283) Vgl. die vorhergehende Anm.

284) Fabri, S. 233. Item delbreue, kopbreue vnde schedingsbreue können nümmermer vorligger edder vorolden, dat sullfftige ys de erste vnde de hūgeste, beste entsettinge.

285) Urtheil des Harrisch-Wierischen Rathes vom J. 1492. Da der ausgeschnittene Zettel beim Gericht beigebracht, jedoch unbesiegelt ist, wollen denn Claus Treiden und Wolmer Tödwen es wahr machen mit ihrem Eide, wie es sich im Rechte gebührt, dass der Vertrag nach Inhalt des Zettels also gemacht ist, dess sollen sie geniessen; wollen sie es aber nicht thun, so soll der Vertrag auch nicht von Würden sein. Brieflade Nr. 392.

286) Urtheil desselben vom J. 1511 Da sie sich beide zum Eide erbötän, so stellen wir ihrer beider Eid zurück und erkennen den Erbnamen bei Macht Brieflade Nr. 758 vgl. auch Nr. 813.

287) Urtheil desselben vom J. 1548. Da aus beiderseits Beweisen und angezogenen Reden vernommen, dass vielleicht noch mehr Scheine und Beweise von beiden Theilen künftig können aufgebracht werden — — so erkennen wir, dass beide Parteien zwischen jetzt und künftigen Johannis, dem nächsten Richteltage, alles anderen Beweises, damit jeder Sothanes zu vertheidigen, sich beköbern und erholen solle und Solches alsdann bei Gericht beibringen. Brieflade Nr. 1319 vgl. auch Nr. 1323.

zeugnisses und des richterlichen Augenscheines mehrfach in der späteren Zeit Erwähnung²⁸⁸⁾ und ebenso kommen Eideshelfer²⁸⁹⁾ und die Eisenprobe²⁹⁰⁾ bei Grenzstreitigkeiten vor.

Hatte aber der Grundsatz Anerkennung gefunden, dass die richterliche Entscheidung vorzugsweise auf die von den Parteien beigebrachten Beweismittel, abgesehen von dem von ihnen angebotenen Eide, zu gründen sei, so musste daraus nothwendig eine Umgestaltung der Grundsätze des älteren Rechtes über das Beweisrecht der Parteien hervorgehen. Der Kläger musste nunmehr, wenn er mit seinem Anspruche durchdringen wollte, den Beweis übernehmen und die geeigneten Beweismittel beibringen. Es bildete sich somit als allgemeine Regel im Gegensatze zu dem älteren Rechte der Grundsatz aus, dass der Kläger zu beweisen habe. Diesen Grundsatz spricht nicht nur Fabri aus²⁹¹⁾, sondern wir finden ihn auch in Urtheilsprüchen anerkannt²⁹²⁾. Nur in den Fällen, wo der Rechtsstreit nicht

288) Brieflade Nr. 497, 564 u. 676.

289) Fabri, S. 234. Vgl. Anm. 230. Brieflade Nr. 278, 323—325, 554, 631, 1005 u. a. m.

290) Brieflade Nr. 278, 650, 742, 950, 1005 u. a. m. In allen diesen Urkunden kommt die Eisenprobe nur bei Bauern zur Anwendung.

291) Fabri, S. 234. Idt sy denn, dat de Becrützingher dem jegendele genochafftige breve vnde segel vpbringe, darmede he bewise vor dem gehegeden Gerichte, dat dat guth, so he angespraken, eme thogehöre, sus hefft he nen recht dartho vnde de besitter hefft dat hogeste recht vnde ys bauen syn olde besytt nicht mehr plichtig tho bewisende.

292) Urtheil des Harrisch-Wierischen Rathes vom J. 1496. Kann Arnd (der Kläger) es beweisen mit genügenden Briefen, Quittungen und glaubwürdigen Leuten, so soll er geniessen; kann er es nicht thun, so soll Hr. Jürgen nothlos sein der Beschuldigung der 1500 Mk. wegen. Brieflade Nr. 537. Urtheil desselben vom J. 1528. So Jacob von Lewenwolde beweisen kann, dass ihm in seines Hofes Mark solche Gewalt geschehen, soll Diedrich sie ihm nach unseren gewöhnlichen Rechten gelten. Das. Nr. 952. Urtheil desselben vom J. 1545. Wegen der 20 Lth. Silber und der 30 Mk., da darüber kein gründlicher Beweis beigebracht, sollen die Moer nothlos sein. Das. Nr. 1256.

auf Grund vollgültiger Urkunden oder genügender Zeugenaussagen entschieden werden konnte, wurde nach den Grundsätzen des älteren Rechtes der Beklagte zum Eide zugelassen. So wehrt sich der Beklagte gegen die Beschuldigung wegen Nichterfüllung einer gegebenen Zusage durch eidliche Ablehnung derselben²⁹³⁾ und bei gegenüberstehenden Zeugenaussagen hinsichtlich einer Schuldforderung beweist der Beklagte die stattgehabte Bezahlung durch seinen Eid²⁹⁴⁾. In so weit bleibt auch der Grundsatz des älteren Rechtes, dass der Besitzer näher sei seinen Besitz zu behalten, als der Gegner ihn ihm abzugewinnen,²⁹⁵⁾ bestehen. Die älteren Grundsätze über das ausserordentliche Beweisverfahren standen dem neueren Rechte insofern näher, als der Beweis nicht ausschliesslich einer Partei zukam und konnten deshalb sich im Ganzen auch in der späteren Zeit erhalten. Dabei gilt es als Regel, dass der ältere Besitz in Beziehung auf „des Hofes Mark“ von dem Herrn mit seinem Eide und in Beziehung auf „des Dorfes Mark“ von den

293) In einem Rechtsstreite des Hans Maidell wider die Frau des Heinrich Krane wegen Nichterfüllung einer Zusage, die von der Beklagten in Abrede gestellt wird, erkennt der Harr.-Wier. Rath: will die Krane dazu thun, wie sich einer frommen Frau im Recht gehört, so soll sie geniessen. Brieflade Nr. 420. Urtheil desselben: Will Wolmar Wrangel so viel dazu thun, als sich im Rechte gebührt, so soll er sothanen Gelübdes nothlos sein. Nr. 434. Urtheil desselben in einem Rechtsstreite des Jürgen Tuve wider den Abt zu Padis wegen eines Versprechens: will der Abt nach seinem eigenen Erbieten den Eid thun, so soll er nothlos sein wegen Jürgens Beschuldigung Das. Nr. 562.

294) Urtheil des Harr.-Wier. Rathes vom J. 1511. Nachdem die Zeugen vernommen worden, von denen einige behaupten, dass die ausgeklagte Schuld bezahlt, andere dagegen, dass sie unbezahlt sei, erkennt der Rath: Seinen Eid auf die Zeugnisse, dass dem so voll und genug geschehen, dass das rückständige Geld auf den Brief bezahlt ist, soll geniessen. Brieflade Nr. 769.

295) Fabri, S. 234. Ein man ys neger syn landt vnde lüde, ydt sy ock wor ydt sy genömet, tho beholdende, also jemandt de mit nyer ansprake — afftho-winnende sy. Vgl. dazu Anm. 291.

Bauern aus jedem Dorfe selbsiebtent vertheidigt werden soll²⁹⁶). Der Gegenbeweis durch die Eisenprobe kommt mehrfach vor²⁹⁷).

Was endlich das Beweisverfahren betrifft, so wird nunmehr sowohl Beweis als Gegenbeweis geführt und sind die Beweismittel sogleich der schriftlichen Klage und Antwort beizufügen²⁹⁸). Zu diesem Behufe lässt die Partei schon vor Erhebung der Klage die Zeugen, auf deren Aussagen sie sich zu berufen gedenkt, beim Mannrichter verhören und sich über deren Aussagen einen versiegelten Gerichtschein ausstellen²⁹⁹). Nach Fabri war es sogar den Parteien gestattet die Zeugenaussagen früher niederzuschreiben und darauf den Inhalt der Niederschrift durch die Zeugen vor dem Mannrichter anerkennen zu lassen³⁰⁰). Verweigert Jemand sein Zeugniß, so soll

296) Urtheil des Harr.-Wier. Rathes vom J. 1493: Dass von Alters her allewege so gehalten ist: was ein Mann gedenket zu beschirmen nach seinem Hofe für eine samende Mark mit seinem Rechte und die Bauern nach jeglichem Dorfe selb siebend in den Heiligen. Brieflade Nr. 446, vgl. auch Nr. 322—325, 365, 393, 612, 724 und 1005.

297) Urtheil desselben vom J. 1497. Wollen die Bauern von Kündes selb siebend erhärten, dass sie von Alters stets die samende Holzmark gebraucht haben, dess sollen sie geniessen, bei solchem Bescheide: Will einer der Bauern von Idell den sieben die Hand abstreeken und tragen und gehen zu dem Eisen und bleibt er unversehrt, so sollen sie bei ihrem Eigenthum bleiben. Brieflade Nr. 554, vgl. auch die Nachweisungen Anm. 290

298) Fabri, S. 190. Item hirmede auerrekestu solke dyne anklage samt allem bewise, segel vnde breuen ynt Recht. Das. S. 191. Darna so nym dyne antwert vör vnde lath ydt ock afflesen mit ynuöringe dynes yegen bewises vnde alles behelpes.

299) Das. S. 169. Item so em yenige tüchenisse van nöden wörde syn, de late he by tiden mit rechte beladen vnde neme darup einen vorsegelden richte schin van dem Manrichter, de he yn rechten tho bekrefftigen syner saken gebruken könne. Wente mündlike tüchenisse wert seldom angenamen ym Rechten.

300) Das. S. 171 Item in etlicken örden — nimt mc den tügen auer de süde vnde mackt den richteschin vörhen rede, gelick also de tüge vp syn Eedt tügen wil vnde wenn me vor den Richter kumpt, so leth me de tüchenisse lesen vor dem Richter etc.

er vom Richter vorgeladen und zur Aussage angehalten werden. Auch ist Jedermann zur Edition von Urkunden, die für den Rechtsstreit von Wichtigkeit sind, verpflichtet³⁰¹⁾. Ist auf einen Eid der Partei erkannt, so muss sich diese binnen dreimal vierzehn Tagen zur Ableistung desselben erbieten. Erlässt die Gegenpartei ihr den Eid, so gilt er als geleistet³⁰²⁾.

IX. Das Urtheilfinden.

Ein Urtheil konnte zu jeder Zeit im Laufe der Verhandlung gefragt und gefunden werden. Der Richter fragte das Urtheil nicht nur auf Antrag der Parteien, sondern auch von sich aus, zu seiner Belehrung, wenn er sich in Beziehung auf die Leitung der Verhandlung nicht zu verhalten wusste³⁰³⁾. Von allen Urtheilen, von denen mehrere zur herkömmlichen Förmlichkeit gehörten, war nach dem älteren Recht das Beweisurtheil, durch welches das Beweisrecht der Partei festgestellt wurde, das wichtigste für den in Verhandlung stehenden Rechts-

301) Fabri S. 172. Item yfft ock ein Gudtman were, welcker dyner saken bewetenheit dröge — vnde he mit willen solke tūchenisse nicht don wolde, edder so vth eines andern Gudemannes segel vnde breuen — — dynes Rechten vptho-bringende van nōden heddest vnde he solckes mit willen nicht don wolde, so machstu ene darumme mit Rechte vorladen vnde mit rechte dartho dwingen.

302) Briefflade Nr. 365. Da fragte Claus Tolckes —, wie kurz oder wie lang sie ihren Eid leisten sollten. — Da brachte der Urtheilsmann ein: in dreimal vierzehn Tagen. Das. Nr. 256: Darauf erbot er sich zum Eide einmal, zum andernmal, zum drittenmal, während seine Gegner alle gegenwärtig standen und so verliessen sie ihm sothanes Recht und wollten es nicht aufnehmen. Das. Nr. 563: Die Frau antwortet: sie hofft, sie sei ihm keinen Eid mehr zu thun verbunden, da sie sich bereits dazu erboteu habe in dreimal vierzehn Tagen, den er nicht aufgenommen; sie wolle daher des Abspruchs geniessen, der so laute: da es aufgeboden sei und sie nicht annehmen wollten, solle sie nothlos sein.

303) Fabri, S. 158. Item wanner dem Richter ihteswas yn rechtes vōrderinge beyegent, dar he sick nicht weth ynne tho holden — — so mach he des heren gesworen affwisen vnde tho rechte vinden laten, wo he sick yn de sake holden möge.

streit. Durch dasselbe war der Process in seinem wesentlichsten Punkte zum Abschluss gebracht. Alles, was weiter folgte, war von mehr einfacher Natur. Es fragte sich nur noch, ob die der Partei und ihren Gehülfen auferlegten Eide geschworen sind oder nicht, ob das Gericht den behaupteten Umstand weiss oder nicht. Hieraus erklärt es sich, dass häufig gar kein Endurtheil weiter erfolgte oder dass man die beiden Urtheile in der Weise verband, dass in dem Beweisurtheile zugleich die Folgen des gelungenen oder misslungenen Beweises ausgesprochen wurden. Dieses Verfahren wurde auch noch später in den Fällen beobachtet, wo in Ermangelung eines anderen Beweises auf den Eid der Partei erkannt war. In der Regel aber erfolgte in der späteren Zeit, wo das Beweismaterial sogleich der Klage und Antwort beigefügt werden musste, kein besonderes Beweisurtheil, sondern es wurde in der Sache auf Grund des bereits beigebrachten Beweismaterials erkannt³⁰⁴). Das Urtheil wurde jedesmal nach Beendigung der den Parteien zustehenden Vorträge vom Urtheilsmann im Auftrage des Richters eingebracht, ohne dass es dazu eines besonderen Antrages der Partei bedurfte³⁰⁵). Auf diese Weise bildete sich im Laufe der Zeit ein Verfahren aus, das nicht mehr durch Urtheilsfragen fortbewegt wurde, dessen regelmässiger Verlauf vielmehr durch die Aufeinanderfolge der den Parteien zustehenden

304) In den Protocollen des Harrisch-Wierischen Rathes kommen bis zum Anfange des XVI Jahrhunderts noch häufig Beweisurtheile, so wie Urtheile vor, in denen auf den Eid der Partei erkannt wird. Von da ab enthalten die Protokolle regelmässig Enderkenntnisse.

305) Fabri, S. 191. Item wenner nu klage vnde antwert also jegen einander yngeuört, gebruket vnde vullentagen, bewis wedder bewis, tüchenisse segel vnde breve van byden syden yngelecht vnd yndt Recht auerantwerdet ys, so spreke de Richter tho dem Ordelsmanne: Herr Ordelsman, tredet aff mit mynes G. F. vnde Heren gesworen vnde vindet ein Recht vp desse angehörte klage vnde antwert.

Vorträge bestimmt und mit dem allendlichen Erkenntnisse abgeschlossen wurde. Eine Folge davon war, dass das Processverfahren als ein zusammenhängendes Ganze von sich gegenseitig bedingenden Handlungen angesehen wurde und dass eine Berufung nur gegen das, das Verfahren abschliessende Urtheil zulässig erschien³⁰⁶).

Dem Urtheilsspruche wurden vorzugsweise die durch das Herkommen gebildeten Normen zu Grunde gelegt, wobei insbesondere auf frühere Erkenntnisse nicht nur desselben Gerichts und anderer Gerichte in demselben Territorium, sondern auch auf die in anderen Livländischen Territorien erfolgten Urtheilssprüche Rücksicht genommen werden sollte³⁰⁷).

Sobald das Urtheil eingebracht und vom Richter verkündigt worden, pflegte sich diejenige Partei, welche durch das Urtheil zufriedengestellt war, für dasselbe zu bedanken, wogegen die unterliegende Partei das Urtheil auf der Stelle schelten musste, widrigenfalls es die Rechtskraft beschritt³⁰⁸). Das

306) In der Erklärung des Johann Taube, auf die gegen ihn erhobene Klage wegen Ueberschreitung der Amtsgewalt als Mannrichter, vom J. 1557, referirt der Beklagte, dass Kläger im Laufe der Verhandlung eine Appellation angemeldet „und hat die Appellation, weil dieser Process nicht zum Ende gekommen, nicht können zugelassen werden.“ Brieflade Nr. 1470.

307) Fabri, S. 183. Item, ydt ys van nōden tho wetende, dat dat eine Recht na allein olden gebruck yn dat ander gemenlick tho richten plecht edder richten moth, also die Stichtischen yn dat Harrysche vnde Wirlandische vnde so wedderymme de Harrygen vnde Wirlande yn de Stichtischen Rechte richten — — dar ja meisten deles ein recht vmme gestiftet vnde angesettet ys. — Item desse Cautelen bindet noch vele mer, so du eine sake west yn demsuluen rechte, dar du dyn recht vōrdern schalst, vorher also gerichtet also dy wol euen, bequeme vnde nütte were, dat du dy darup reuererest.

308) M. R. R. c. 124. Welck man nicht ein ordel bescheldt althohandt, dat em antredt, moth stede bliuen. Fabri, S. 192. Item wanner de Ordelsman de sententie also yngebracht, welcker part ein benōgent daranne hefft, bedanket dem rechten. Item so nu dat wedderpart solk dankent nicht byspraket, — — so gheit de yngebrachte sententie yn ere krafft vnde bindet vnwedderrōplik.

Schelten der Urtheile war übrigens so sehr im Gebrauche, dass nach der Angabe Fabri's nur selten eine Sache im Manngerichte allendlich entschieden wurde.

Das Urtheil wurde schriftlich ausgefertigt und vom Richter mit seinen Beisitzern untersiegelt³⁰⁹⁾. In Harrien und Wierland sollte auch der Comthur von Reval sein Siegel dem des Richters beifügen.

X. Die Bewahrung und Anweisung.

Ein Urtheil war erst vollstreckbar, nachdem sich die obliegende Partei eine Anweisung „anwisinge“ über die Vollstreckung desselben hatte ertheilen lassen. Eine solche Anweisung liess der Sieger sich aber gleich nach Eröffnung des Urtheils für den Fall geben, dass der Gegner den Bestimmungen desselben nicht vollkommen Genüge leisten oder, wenn das Urtheil gescholten worden war, in der Berufungsinstanz ausbleiben sollte. Insofern der Sieger dadurch seine Rechte schon im Voraus für den Fall sicherte, dass die Gegenpartei sachfällig würde, bezeichnete man diesen Act als Bewahrung „bewaringe“³¹⁰⁾. Bewahrung und Anweisung erfolgten stets im

309) Vgl. Anm. 78. Für die in den Stiften vom Rathe erlassenen Urtheile, welche unter dem grossen bischöflichen Majestätssiegel ausgefertigt wurden, musste eine Gebühr erlegt werden, die im Stifte Oesel durch eine Taxe festgestellt war. Vgl. Priv. des Bischofs Kievel vom J. 1524 Pt. 11 und Fabri S. 210. Auch die erstiftische Ritterschaft bat wiederholt um Feststellung einer Taxe. Vgl. Priv. des Erzbischofs Linde vom J. 1523 grav. 3 und die cautio Radziviliana vom 4. März 1562. In Harrien und Wierland sollte auch der Comthur von Reval sein Siegel den Urtheilen des Landesrathes beifügen. Weigerte er sich jedoch dessen, oder forderte dafür eine Zahlung, so genügte das Siegel des Richters und der Beisitzer. Vgl. Beliebung der Harrisch-Wierisehen Ritterschaft vom Jahre 1500.

310) Fabri, S. 216. Vp welcke — — affspröcke vp gemeldete N vor my Richter ym vulmechtigen gehegeden rechte sich vorwaringe dede, so de Erbar N dem sulfftigen affspröcke — nicht volge vnde genoch dede. — Das. S. 194. Item wanner de bescheldinge so geschen ys, so spreck du: Her Richter, ick wil

Manngerichte³¹¹⁾. Das Verfahren dabei bestand in der Stellung gewisser herkömmlicher Fragen von Seiten der obsiegenden Partei und in der Beantwortung derselben durch den Urtheilsmann. Nach Verlesung des Urtheils richtete die Partei nämlich an den Richter die Frage: was sie damit gewonnen und die Gegenpartei damit verloren habe, wenn letztere dem Urtheile nicht in allen seinen Puncten Genüge thäte³¹²⁾. Die Antwort desselben war regelmässig: sie soll der Sache niederfällig sein.

Hiernächst erfolgte die Anweisung zur Vollstreckung des Urtheils. Die Fragen und Antworten lauteten in dieser Beziehung folgendermassen: Frage: wer soll die niederfällige Sache ausrichten? Antwort: das soll der Richter thun. Frage: Wo soll die Ausrichtung geschehen? Antwort: wo die Sache „gewandt“ ist. Frage: in welcher Zeit soll die Ausrichtung erfolgen? Antwort: binnen dreimal vierzehn Tagen oder wenn es dem Richter gelegen ist³¹³⁾.

my des rechten bewaret hebben vnde begere van juw Ordelsmanne hirup richtlike anwisinge.

311) Fabri, S. 211. Item, wenn de affspröke vorsegelt ys, so geistu weder mede vor den Richter vnde nimpst de anwisinge.

312) Das. S. 192. Her Richter, yfft myn wedderpart desser yngebrachten sentencie nicht allenthaluen genog vnde dem danke egentlike volge dede, wat schal ick darmede gewonnen vnde he darmede vorlaren hebben, so antwerdet de Ordelsman he schal der saken nedderuellich syn.

313) Diese von Fabri S. 194 gegebene Darstellung wird in mehreren Urkunden bestätigt. Vgl. Brieflade Nr. 987. „Demnächst hat sich Luloff von Forstenberg vor Gericht verwahrt, wenn Johann Nueradt obigem Abspruch nicht genug thun würde — — was Luloff v. F. damit gewonnen und Johann N. damit verloren. Darauf der Urtheilsmann geantwortet: er soll dann der Sache niederfällig sein. Demnächst hat sich Luloff v. F. vor Gericht lassen unterweisen, wer der niederfälligen Sache Ausrichtung thun solle? Untheilsmann: Das soll thun der Richter. Ferner hat sich Luloff von F. lassen belehren: wo die Ausrichtung ge-

Versäumte die Partei in der Frist von dreimal vierzehn Tagen auf Vollstreckung des Urtheils anzutragen, so musste die Anweisung wiederholt werden³¹⁴⁾.

Ueber die stattgehabte Anweisung musste sich der Sieger einen Gerichtsschein unter dem Siegel des Richters und seiner Beisitzer, in Harrien und Wierland auch des Comthurs oder Vogts ausfertigen lassen³¹⁵⁾. Dasselbst wurde auch das Urtheil wörtlich mit in die Anweisung aufgenommen³¹⁶⁾, während in den Stiften das Urtheil und die Anweisung besonders ausgefertigt wurden³¹⁷⁾.

schehen solle? und wie kurz, wie lang? Urtheilsmann: Die Ausrichtung soll geschehen, wo die Sache gewandt, binnen dreimal vierzehn Tagen, oder wenn der Richter „gemotig“ ist. Vgl. auch Brieflade Nr. 331, 365, 669, 670, 990, 1011, 1151, 1317 u. 1338.

314) Brieflade Nr. 755. Der ehrw. Herr von Oesel lässt beschuldigen Hrn. Hermann Szoyge, Ritter, um einen Abspruch der w. Herren und des Rathes von Harrien und Wierland, dass dem ehrw. Herrn von Oesel nach der Anweisung nicht genug gethan und habe gehofft, Herr Herm. S. werde gleichwohl dem Abspruch voll und Genüge thun. Herr Herman S. antwortet: der ehrw. Herr von Oesel habe seinen Abspruch vorbeigegangen und in 14 Tagen nicht verfolgt nach unserem gewöhnlichen Recht und meinte des Abspruches nicht von Nöthen zu sein. Urtheil: Wir erkennen den Abspruch bei Würden und wenn der Herr von Oesel in mittler Zeit Schaden deshalb erlitten, den Schaden muss der Herr von Oesel leiden und lasse sich Anweisung thun nach unserem landläufigen Rechte aufs Neue. Vgl. auch Nr. 761.

315) Fabri, S. 193. Item wanner du nu de anwisinge also genamen heffst, so nym des einen vorsegelden Richteschin von dem Richter, dar du solcke affspröke des Ordelsmans mede ynsetten must vnde ock de anwisinge des dankes, wenn dat geschen ys.

316) Fabri S. 210. Item yn Harryen vnde Wirlande dar vorsegelt de Manrichter sampt beiden synen bysittern de affspröke vnde anwisinge tho samende yn einem breue.

317) Fabri, S. 210. Item yn den Stifften, dar vorsegelt de Bishop den affspröcke besonderlick vor sick vnder syner Mayestat segel vnde — — de richtlike anwisinge — — de vorsegelt de Richter mit synem vnde der Bysittere eren angebaren ynsegelen ock besundern.

Hatte sich der Sieger in dieser Weise vor dem Mannrichter bewahrt und sich von ihm Anweisung zur Vollstreckung geben lassen, so war das Urtheil „bei Macht“³¹⁸⁾.

XI. Das Vollstreckungsverfahren.

Die Ritterrechte enthalten nur wenige Bestimmungen über das bei der Vollstreckung zu beobachtende Verfahren. So findet sich namentlich in dem mittleren Ritterrecht die dem Sachsenspiegel entlehnte Bestimmung, dass der Beklagte, wenn er die ihm durch Urtheil auferlegte Zahlung nicht leisten und auch keine Bürgen bestellen kann, seinem Gläubiger übergeben werden soll, der ihn gleich seinem Gesinde halten und zur Arbeit benutzen, ihm auch Fesseln anlegen, ihn jedoch nicht in anderer Weise peinigen darf³¹⁹⁾. Ferner soll derjenige, der im Contumacialverfahren zur Zahlung einer Geldschuld verurtheilt worden, gepfändet und das Pfand zu dreien Malen und zwar jedesmal binnen vierzehn Tagen zur Bürgschaft ausgebaut werden. Findet sich Niemand, der dafür die ausgeklagte Summe vorschiesse will, so wird das Pfand noch sechs Wochen aufbewahrt. In dieser Frist ist der Beklagte befugt der Schuld zu widersprechen, nach Ablauf derselben aber ver-

318) Brieflade Nr. 911. Hierauf fragte ich Claus Mex, Mannrichter, den Urtheilsmann, ob solcher Abspruch auch Macht habe und erhielt zur Antwort: ja, sofern er mit Recht verwahrt ist. Daher Diedrich Metz taken sich vor dem Gerichte verwahrt und Anweisung thun lassen: wenn Brun Wedberg sothanem Abspruch in allen Clauseln und Artikeln, gänzlich oder zum Theil, darüber oder darunter, nicht genug thun würde und dess vorbeinginge, was er in Rechten gewonnen und Brun Wedberg damit verloren habe. Worauf der Urtheilsmann einbrachte: Brun soll seiner Sache niederfällig sein u. s. w.

319) M. R. R. c. 218. We schuldt vördert vp einen man vor gerichte, der he nicht gelden mach, noch börgen setten, de Richter schal em den man antworden vor dat geit vnde also schal he en holden, gelick synem gesynde, mit spise vnde mit arbeit. Wil he en spannen mit einer helden, dat mach he don, anders en schal he en nicht pynigen

liert er das Recht dazu, wenn er nicht echte Noth zu beweisen im Stande ist. Kann er diesen Beweis nicht erbringen, so wird das Pfand versetzt oder wenn solches nicht gelingt, verkauft. Wird die Schuldsumme durch den Erlös nicht gedeckt, so findet eine wiederholte Pfändung statt ³²⁰). Neben diesen Bestimmungen geschieht in dem mittleren Ritterrecht noch der Vollstreckung auf Grund einer stattgehabten Fehde Erwähnung. Wenn Jemand einen Anderen um Geld oder Gut erschlagen oder verwundet hat und hierauf, damit ihm kein Recht geschehe, d. h. damit er der Strafe des Todtschlages oder der Verwundung entginge, den Erschlagenen oder Verwundeten vor dem Richter anklagt, so soll er in das Gut gewiesen oder ihm so viel an Gütern übergeben werden, als der Gegenstand des Streites beträgt und soll er dann nicht ohne Klage aus seinem Besitz ausgewiesen werden ³²¹). Dieser Ueberrest des Fehderechts muss um so mehr auffallen, als zur Zeit des mittleren Ritterrechtes der Grundsatz sich schon allgemein festgestellt hatte, dass Klagen um Geld und Gut nur gerichtlich ausgemacht werden sollten.

320) M. R. R. c. 117. Klaget yemant auer einen man vmb schult, dar he nicht yegenwerdich ys, men schal ydt em entbeden van gerichtes wegen, dat he ydt gelde binnen veertein nachten, edder dat he de schult mit rechte vntrede. Deit he des nicht, men schal en panden vnde dat pandt schal men tho borge don dries, ymmer yo vmb veertein nacht, yfft men des geret tho borge. Negert men des nicht, men schal ydt doch holden sös weken vnverdan. Entredet de yenne de schult binnen der tidt, darna mach he se nicht entreden, ydt en beneme em denne nodt, so schal men dat pandt vthsetten vor de schuldt, yfft men ydt darvör vthsetten mach edder vorköpen ydt. Blifft dar ichtes auer, dat schal men eme wedder geuen. Entbrecket dar ock ichtes an, men schal en aver panden, beth so lange de yenne syn gelt hebbe.

321) M. R. R. c. 116. Hefft he öuerst den man geslagen edder gewundet vmb gudt edder vmb gelt, de yenne veruolget vnde verklaget en, vmb dar em kein recht vor gescheen möchte, men schal en wisen an dat gudt, edder in so vele güdere, als dat gelt werdich ys, dar he en vmb geslagen hefft, dar en schal en nemant vthwisen, he do ydt denn mit des Richters klage.

Fabri erwähnt nicht des Fehderechtes. Er stellt vielmehr den Grundsatz an die Spitze des von ihm geschilderten Vollstreckungsverfahrens, „uthrichtinge“, dass Niemand sich selbst Recht nehmen, sondern der für die Sache competente Richter das Urtheil vollziehen soll³²²⁾. Die Vollstreckung eines jeden Urtheils soll stets durch den Mannrichter erfolgen³²³⁾, der, wenn es sich um eine Einweisung in den Besitz handelte, sich an Ort und Stelle begeben musste³²⁴⁾. Zu diesem Behufe hatte der Sieger vor Ablauf der in der Anweisung festgestellten Frist von sechs Wochen den Richter um Anberaumung der Zeit für die Vollstreckung zu bitten³²⁵⁾, von welcher der letz-

322) Fabri S. 219. Sulfftigen machstu nen recht nemen, du most ydt vörderen vnde van demjenigen, de des van der Ouericheit gewalt vnde beuel hebben, nemen. — In dem auf der Versammlung der Ritterschaften zu Wemel im J. 1482 verfassten Recess heisst es: oft Jemandt den Andern, de in diesen lande besitl. iss, van den seinen mit gewalt gedrangen hatte, de schal ehn wedder standen in siener besittende hebbende Wehre, dar he en vth gedrungen hefft vnd bestrouwen en mit recht, na geböhr. Ein partt schal den andern nicht panden, sunder sine sake vorforderen, dar sein wedderpart besitlick iss, na landlopigen rechten. (Hupel, n. n. Misc. Stück 7 u. 8, S. 489.)

323) Das. S. 219. Item mit wedderlegginge schadens vnkost vnde teringe, edder was ydt denn ys, dat mostu mit recht vordern vnde den Richter darinne gebruken vnde laten dem ynholde des affsprökes mit rechte volgo don, dar de saken gewand syn. — Priv. des Erzb. Linde v. J. 1523: vnd dattsuluike (das Urtheil des Rathes) ssoll de Manrichter vttrichten snnder entschuldunge na gebhör, wanner he dartho nach dem Olden gefordertt werth. — Priv. des Bischofs Kievel vom J. 1524: vnd wat von Uns unde unsern Werdigen Achtbaren geschwornen Rade affgesproken werdt mit Rechte tho dem Mandage, schall unser Stichtes Manrichter sunder entschuldigen nah geböhr und dem Olden, so he dartho mit rechte gefordert wert, binnen sess Weeken Uthrichtinge dhon. (Vgl. Hupel n. n. M. Stück 7 u. 8, S. 265 u. Stück 9 u. 10 S. 430.)

324) Das. S. 220. Item, wanner de tidt, de dy de Richter angesettet hefft, ankumt, de mostu mit dynen Fründen, so du daran vnde auer hebben wult, vp dem gebreke jegenwerdich thor stedde erschinen, dar de vthrichtinge schen schal. Vgl. Briefflade Nr. 248, 289 u. a. m.

325) Das. S. 220. Bidde derhaluen, dat gy van wegen des rechtes my eine tidt leggen, wanner ydt juw bequeme vnde drechlick ys, dat gy my de vthrichtinge don willen.

tere auch den Gegner zeitig benachrichtigen musste ³²⁶). Zum anberaumten Termin erschien dann der Richter mit seinen beiden Beisitzern, dem Urtheilsmanne und einigen Geschworenen an Ort und Stelle und hegte daselbst ein vollmächtiges Gericht ³²⁷). Das Verfahren begann damit, dass der Richter die unterliegende Partei „mit drei Stimmen“ aufrief und darauf, gleich viel ob letztere erschienen war oder nicht, zur Vollstreckung des Urtheils schritt. Zu diesem Behufe wurde zunächst das rechtskräftige Urtheil und die darauf ergangene Anweisung auf Anordnung des Richters verlesen ³²⁸) und hierauf dem Urtheilsmann aufgetragen mit den Geschworenen „ein Recht“ einzubringen. Erklärte der Urtheilsmann mit den Geschworenen das Urtheil bei Macht, so überantwortete der Richter der obsiegenden Partei das zuerkannte Gut in genauer Uebereinstimmung mit dem Urtheil ³²⁹) und ertheilte ihr darüber einen von ihm mit seinen Beisitzern besiegelten Gerichtsschein ³³⁰). Einwendungen der Gegenpartei wurden im Voll-

326) Fabri S. 220. Item, wanner nu de Richter dy solcke tidt angesettet, so moth de Richter ydt dynem wedderparte oek tide genoch bevrone vorwitlicken.

327) Das. S. 220. Bringe dar mede hen dre stöle edder eine banck, darup dre personen gemaklicken vnde bequeme wol sitten mögen vnde setten de vp dat gebreck, dar ydt dem Richter dreblick ys, nedder vnde decken de eerlick vnde legge dre küssen darup vnde wenn dat gesete so bereitet ys, so gha tho dem Richter vnde bidde dat he sick mit synen beiden bysittern wil setten, vnde stellen den Ordelsman vor sick vnde ein vullmechtich recht hegen. Vgl. das „Inland“, Jahrgang 1836, Sp. 218.

328) Das. S. 222. Wanner nu de Richter auerantwerdinge don will, so neme de Richter de affspröke vor sick vnde late de luder stemme vor dem gehegeden gerichte lesen vnde wenn de affspröke gelesen ys, — so essche de Richter de anwisinge vnde late denn de ock lesen.

329) Das. S. 222. Wenn nu de Ordelsman vnde thogegeuene Gudemanne sick besproken, erkennen den affspröke vth dem högesten Rechte by macht. — Hirup hevet de Manrichter syn ordel an.

330) Das. S. 223. Desses ordels deistu dem Richter dancksegginge vnde begerest des einen riktliken schin mit des Manrichters vnde syner Bysitter segelen vorsegelt.

streckungsverfahren nicht mehr zugelassen, sobald [der Sieger für Schäden und Nachteile Sicherheit leistete³³¹⁾. Erfüllte der Richter das Urtheil nicht genau seinem wörtlichen Inhalte nach, so war er dafür verantwortlich³³²⁾.

Hinsichtlich der Vollstreckung eines im Contumacialverfahren ergangenen Urtheils wurde durch die Beliebung der Harriſch-Wierischen Ritterschaft vom Jahre 1500 festgestellt, dass auf Grund eines solchen Urtheils die obsiegende Partei in den Besitz eines dem Gegner gehörigen besetzten Gesindes mit einem Haken Landes, ganz abgesehen von dem Werthe des Streitgegenstandes eingewiesen werden soll. Für den Fall des Nichterscheinens des Verurtheilten auf dem nächsten gemeinen Tage, sollte dann die allendliche Vollstreckung des Erkenntnisses bis zum vollen Betrage des Streitgegenstandes erfolgen³³³⁾.

331) Fabri S. 221. So dat wedderpart erschinet vnde schöne vele inrede wedder de vthrichtinge brucken wolde, schal sick de Richter nicht hindern laten vnde nemen Caucion edder handlöffte van dem vörderenden parte, dat he eme schadlos holden will.

332) Das. S. 221. Item, wenn dat geschen, so do de Richter deme vörderen parte ludes syner affspröke vthantwerdinge, vnangeseen aller ynrede, allene dat he sick yn allen dingen nicht wider edder vorder hefft, also de affspröke vormach, edder de Richter moth darvor stan.

333) Beliebung vom Jahre 1500. Welcker gude mhan vp den andren nedderfellige sake kricht, sie seint so hoch alss sie können: vor die nedderfellige sake schall he sick nicht mher vthrichten lathen, den ein besetzt gesinde mit einem haken Landes. Dat schall he bruken, alss dat gesinde mit dem haken Landes, bet ahn den andern gemeinen dag vnd antwordet he em tom andren gemeinen dage nicht, so schall de cleger dem Wirdigen Herrn vnd achtbaren Rade tho erkennen geuen vnd affspreken lathen. Dat schall gerichtet bliuen vnd die Richter schall vor die gantze sache vthrichtinge dhon vnd schall kein Rechtgang sein. (Nach einer auf der Universitäts - Bibliothek zu Dorpat befindlichen Handschrift) Hierauf bezieht sich auch wol die Angabe bei Fabri S. 162: Nedderuellige sacke yn Harrien vnde Wirlande ys hundert marck. — Wie nämlich aus der angeführten Beliebung zu ersehen ist, wurden 100 Mark einem besetzten Gesinde und einem Haken Landes gleichgeachtet.

XII. Processualische Schutzmittel.

Als Schutzmittel gegen ungerechtfertigtes und ordnungswidriges Processiren kommen vor: die gerichtliche Bürgschaft und die gerichtlichen Strafghelder.

Sowohl der Kläger als der Beklagte sollen für das Erscheinen vor Gericht zur Fortsetzung des Rechtstreites durch Bürgen dem Richter Sicherheit leisten, so hoch, als der Gegenstand des Rechtstreites sich beläuft, ausgenommen, wenn sie so viel Vermögen, als der Rechtsstreit werth ist³³⁴⁾ oder ein Lehngut in dem Gerichtbezirke besitzen³³⁵⁾. Wer seinen Gerichtstand vor einem andern Gerichte hat, muss in dem fremden Gerichte in jedem Falle Bürgen bestellen³³⁶⁾. Wer weder Vermögen hat, noch Bürgen stellen kann, wird in Haft gehalten, bis die Sache ausgemacht und der Richter befriedigt ist³³⁷⁾. Kann der Bürge denjenigen, für den er sich verbürgt hat, nicht

334) M. R. R. c. 125. De richter schal bōrgen hebben van dem klegger vnde vp dem de klage gheit. Is ydt sake, dat se in dem Stichte nicht so vele en hebben, so hoch als de klage gheit, dat se tho rechte vōrkamen, de schollen eres rechten vp dat gerichte seen. Das. c. 121. We alsō vele hefft, dat beter ys, als syn brōcke binnen dem Rechten, de en darff nene bōrge setten, yfft men en umb vnrecht beklaget. — Recess der im J. 1482 zu Wemel versammelten Ritterschaften: efft Jemand wehre, de in diesssem Lande wat tho donde hatte vnd nicht besitzlich wehre vndt wolde mit vns rechten, he schal borge setten vor Anspracke, oft men etwas wedder vmb mit ehn tho dhonde hadde. (Hupel, n n. Msc. Stück 7 und 8, S. 479.)

335) Das. c. 105. Nen klegger mach bōrge setten, noch de, dar de klage vp gheit, de Lehengudt van dem Bischope hebben.

336) Das. c. 106. Synt se ock vp einem andern gerichte, so schollen se bōrge setten also hoch, alse de brocke vallen mach, dar se vp klagen. Vgl c. 244.

337) Das. c. 107. We nene bōrge en hebben mach vnde de ock nene Eruen hefft, de schal dat rechte borgen vnde schal beide den klegger vnde dar de klage vp gheit, holden in syner veste also lange beth se mit Rechte entwe kamen vnde dem Richter gelick schūth.

stellen, so muss er dasjenige leisten, wesshalb der Verbürgte verklagt war³³⁸). Der Bürge erhält drei Fristen von je vierzehn Nächten, nach deren Ablauf er zur Zahlung angehalten werden kann³³⁹). Die gerichtliche Bürgschaft erlischt mit dem Erscheinen des Verbürgten zur Fortsetzung des gerichtlichen Verfahrens, so wie mit seinem Tode vor dem Eintritte des gerichtlich angeordneten Verhandlungstermines³⁴⁰).

Die Geldstrafen, welche für Versäumnisse und Vergehen verschiedener Art im Laufe eines Rechtsstreites festgesetzt waren, hiessen Wedden und fielen an den Richter. Sie wurden erhoben für Nichterscheinen vor Gericht, Nichtausführung einer Klage, Nichtleistung eines im Gerichte angelobten Eides, Findung eines widerrechtlichen oder Scheltung eines gerechten Urtheils, so wie für allerlei Ungeziem, dessen sich eine Partei vor Gericht schuldig gemacht hatte³⁴¹). Von der Zahlung der Wedde ist befreit, wer sein Ausbleiben durch echte Noth ent-

338) M. R. R. c. 195. We börge wert eines mannes vor gerichte tho bringende vnde mach he syner nicht hebben, als he en vörbringen schal, he moth beteren na dem, dat yenne beklagt was.

339) Das. c. 117. Were ydt öuerst also, dat de yenne nicht yegenwerdich en were vnde hefft borge, so schal ydt em de Richter tho entbeden drye, tho veertein nachten vnde betalet he binnen der tidt nicht, so schal de Richter don, als börge recht is.

340) Das. c. 195. Kumpt öuerst de gebörgede man vor gerichte tho rechter tidt vnde büth sick dar tho rechte, he hefft synen börge gelöset. Das. c. 196. Is he öuerst vmb schuldt beklaget vnde noch nicht vp en gewonnen ys, steruet he binnen den dagen, men schal en nicht vörbringen, yfft de börge synen dodt sülff drüdde betügen mach, so ys de börge leddich.

341) Das. c. 48. We nicht vor gerichte kumpt, wenn de Richter dat gerichte ropet, edder vor gerichte drit, edder syne klage nicht vor gerichte vulln-vöret, edder we ycht vor gerichte breeket, edder findet ordel wedder recht, de weddet dem Richter. — — Doch weddet men dicke dem Richter vmb vntucht, de men deit vor gerichte, dar de kleger, noch vp den de klage gheit, nen gudt aff ewinnet. Das. c. 219. Wil he nicht antworten — — so delet man en wedde-afftich, also deit man ock tho dem andern, öuerst tho dem drüdden male. Das. c. 127. Was de eed gelauet vor dem gerichte, men moth dem gerichte wedden.

schuldigen kann³⁴²). Beschwört der Ausgebliebene, dass er des Richters Zeichen gar nicht oder nur ein- oder zweimal erhalten habe, so zahlt er die Wedde nur für die von ihm zugestandene Versäumniß³⁴³). Der gewöhnliche Betrag der Wedde war zwanzig Schillinge³⁴⁴). Für denjenigen aber, der ein rechtes Urtheil schalt, betrug sie drei Pfund, die er dem Richter³⁴⁵) und zwei Pfund, die er wahrscheinlich dem Urtheilsmann³⁴⁶) zahlte. Wer das Schwert vor Gericht zog, um damit Jemand zu verwunden, erlegte eine Strafe im Betrage von zehn Mark Silber³⁴⁷).

Die Wedde musste an demselben Tage, an welchem sie auferlegt wurde, bezahlt werden, bei Strafe der Verdoppelung am folgenden und der Vervierfachung am dritten Tage. Erfolgte die Zahlung auch dann nicht, so erhielt derjenige, der die Wedde verwirkt hatte, noch eine Frist von vierzehn Nächten, nach deren Ablauf der Richter zur Pfändung schritt³⁴⁸).

342) M. R. R. c. 123. We vor gerichte geladen wert mit des Richter steken vnde nicht en kumpt, de schal tho rechte wedden, he en möge denn mit synen baden bewisen, dat ydt em notd benamen hebbe. Vgl auch c. 124.

343) Das. c. 72. Sprecket ock ein men em sy nen warteken gekamen, edder em sy nicht mer denn ein edder twe kamen, vnde dat he dat waren wil vp den hillgen, he en darff nene wedde mer vthgeuen, denn als he vorsümet hefft.

344) Das. c. 71. Kumpt he denn nicht, so brecket he dre wedden, dat synt LX schillinge, he möge denn bewisen echte notd vnde rechte notd.

345) Das. c. 128. Men wert he wedder vehlich, (der das Urtheil gescholten) he schal dem Richter geuen dre pundt penninge.

346) Das. c. 75. We ein recht ordel bescheldet, dat ys twe pundt.

347) Das. c. 109. We syn swerd edder wapen thüt vor gerichte vp eines mannes schaden, de schal dem Richter dat swerd vnde dat wapen antworten vnde dartho tein marck süluers dem Richter wedden vor den bröke.

348) Das. c. 74. Weddet ein man vor gerichte, dat schal he bereden by schynender sonne. Beredet he ydt nicht, so sticht dat wedde dre dage: des ersten dages twe pundt, des andern dages veer pundt, des drüdden dages acht pundt vnde nicht höger, so fecht eme de Richter syne dage auer veertein nacht, höret

Die unterliegende Partei musste der obsiegenden Schäden und Kosten ersetzen ³⁴⁹⁾, die jedoch häufig gegen einander compensirt, „niedergelegt“ wurden ³⁵⁰⁾.

Auch die Gerichtspersonen wurden unter Umständen einer Geldstrafe unterzogen. Wer ein ungerechtes Urtheil fand, d. h. ein solches, das später von der Oberinstanz abgeändert wurde, zahlte ein Pfund ³⁵¹⁾, falls er nicht beschwor, dass er es nicht besser gewusst habe ³⁵²⁾, und wer auf die Aufforderung des Richters nicht zur Gerichtshegung erschien, musste eine Strafe von einer Mark Silber erlegen ³⁵³⁾.

he denn nicht, so pandt de Richter vth synem hofe edder wor he des synen wat findet.

349) Brieflade Nr. 911. Wenn demnächst Jemand gegen unsere gewöhnlichen Rechte, Vertrag, Auftrag, Kaufbriefe und Ansprüche seinen Gegnern durch Beschuldigung auf Schaden zu dringen sich erdreisten sollte, so soll die Partei, welcher die Sache abgewonnen wird, der andern allen Schaden und Kosten, die darauf verwendet, zu gelten schuldig sein.

350) Brieflade Nr. 880. Hiermit legen wir alle Gewalt, Schaden etc. nieder. Das. Nr. 992. So auch beide Parten viele Gewalt, Unkosten, Zehrung — — gefordert und noch fordern, schlagen wir die eine Gewalt gegen die andere nieder. Hiermit sollen sie entschieden sein.

351) M. R. R. c. 75. We ein vnrecht ordel findet dat ys ein pundt.

352) Das. c. 130. Fraget de Richter einen man eines ordels vnde findet he dat na synem synne, so he dat allerrechttest wete, all ys ydt wol vnrecht, he lidet dar nene nodt vmb, yfft he dat wehren wil, dat he des nicht beter en wete.

353) Fabri S. 225. s. Anm. 54.

Thesen.

1. Die actio de tigno juncto setzt Furtivität voraus.
 2. Die Einrede der Klageverjährung ist nach gemeinem Rechte von dem Richter nicht ex officio zu berücksichtigen.
 3. Der Contradictor vertritt nach gemeinem Rechte die Person des Cridars.
 4. Das Beweisurtheil muss inappellabel sein.
 5. Dem Staatsanwalte ist in dem heutigen Criminalverfahren die Stellung einer Partei anzuweisen.
 6. Die Zulassung eines Privatanklägers lässt sich in dem heutigen Criminalverfahren nicht rechtfertigen.
-